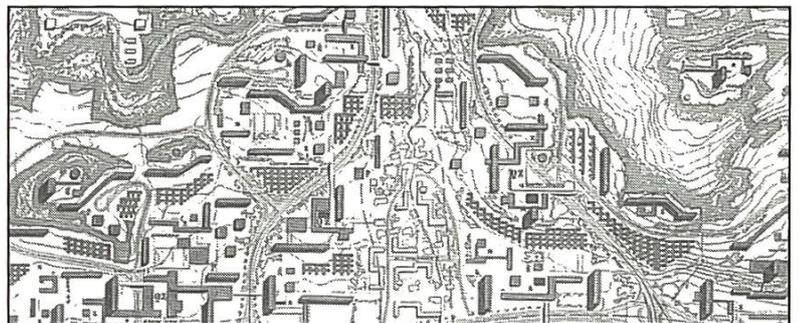
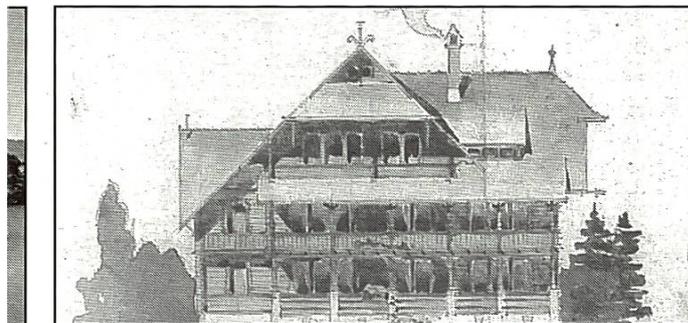
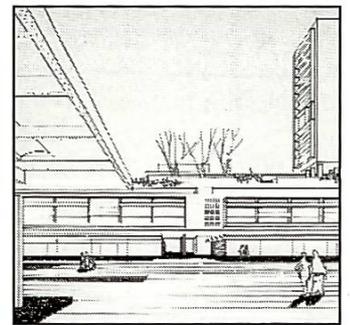
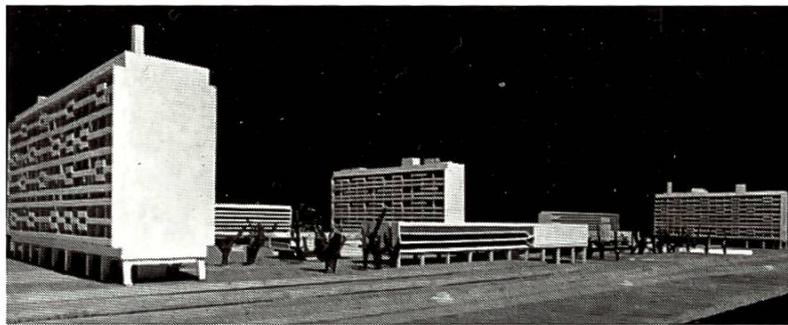
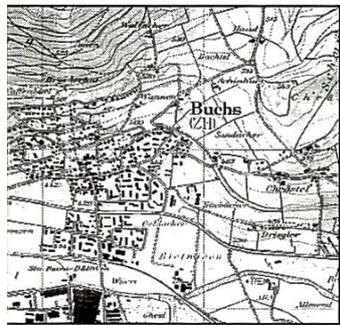


Heimatkundliche Vereinigung Furttal

Mitteilungsheft Nr. 33

Utopien, Visionen und Ideen

Was Menschen im Furttal während 130 Jahren bewegte



Buchs ZH 2004

Grafik Umschlag: bütlerdesign, 5724 Dürrenäsch

Herstellung: **Horisberger**[®]
TOTAL PRINT MANAGEMENT

Utopien, Visionen und Ideen

**Was Menschen im Furttal während
130 Jahren bewegte**

Inhalt

Vorwort	
Ursula Maurer, Buchs	5
Schiffbarmachung des Furtbaches	
Lucas Wüthrich, Regensdorf	6
Warum die Strafanstalt Regensdorf heute nicht im Riet steht	
Max Brütsch, Dielsdorf	9
Dorfumfahrung Boppelsen	
Werner Wegmann, Boppelsen	14
Eine öffentliche Badeanstalt im Watter Furtbach	
Emil Zollinger, Watt	20
Pferderennplatz in Dällikon	
Peter Staub, Dällikon	25
Gemeindezentrum und Mehrzweckgebäude in Buchs	
Ursula Maurer, Buchs	28
Wasserverbindungen von und zur Limmat	
Hans Günter, Otelfingen	32
Ausbau des Emma Kunz – Zentrum, Würenlos	
Hans Ehram, Würenlos	35
Das Furttal mit direktem Eisenbahnanschluss an die weite Welt	
Rainer Siegenthaler, Bülach	43
Sport- und Touristikflugplatz Dällikon	
Peter Staub, Dällikon	49
Studienstadt Otelfingen	
Thomas Hegglin, Würenlos	51
Ein Hotelprojekt auf der Lägern Hochwacht	
Pit Wyss, Dielsdorf	64
Der unendliche Traum eines Freiluftschwimmbades in Regensdorf	
Lucas Wüthrich, Regensdorf	70
Furttal-Hochleistungsstrasse	
Georg Eppler, Watt	75
«Boldern» liegt heute nicht am Katzensee	
Max Brütsch, Dielsdorf	79
Kurzhinweise auf weitere Ideen und Projekte	
Hans Günter, Otelfingen	83

Vorwort

zum 50 Jahre-Jubiläum der HVF Heimatkundliche Vereinigung Furttal

Zum Glück gibt es Ideen und Visionen, die eine positive Weiterentwicklung zulassen und uns vor bald 200 Jahren das technische Zeitalter brachten. Die Ideen lassen sich verwirklichen, Visionen können Traumbilder bleiben oder als unausgeführter Zukunftstraum in einer Utopie enden.

Die Gründer der HVF Heimatkundlichen Vereinigung Furttal hatten 1954 auch eine Idee, nämlich Funde, Altertümer, Gebäude und Geschichten zu sammeln, zu erhalten und den Nachfahren als Kulturerbe zu hinterlassen. In all den Jahren war sie bemüht mit dem jährlich erscheinenden Mitteilungsheft viele interessante Themen aus dem Furttal zu beschreiben.

Es ist mir eine Freude Ihnen aus Anlass des 50-jährigen Bestehens die neue, ganz spezielle Jubiläumsschrift vorzustellen. Nach den Krisen- und Kriegszeiten kam die Zeit des Aufschwungs und zwischen 1949 und 1965 der beginnende Wohlstand. Die Architektur veränderte sich vom Schweizer Chaletstil (Hotel Lägern Hochwacht) bis zu modernen Beton-, Glas- und Stahlkonstruktionen. Zukunftsprognosen über eine immer stärker wachsende Bevölkerung und der damit verbundenen Zunahme des Verkehrs lösten faszinierende Ideen aus. Auch im Furttal wurden städtebauliche Konzepte entwickelt (Satellitenstadt Otelfingen) und Autobahn, Pferderennbahn, Sportflugplatz, Gross-Schiessanlagen und Badeanstalten durften in den verschiedenen Ideen, Visionen und Utopien nicht fehlen. Sogar der Furtbach sollte schiffbar gemacht werden! Rückblickend stelle ich fest, dass zum Glück vieles nicht realisiert worden ist. Anderes harret noch der Ausführung. Heute leben wir dankbar im stadtnahen und doch ländlichen Furttal zwischen Altberg und Lägern.

In all den Jahren ist die HVF stetig auf über 400 Mitglieder gewachsen. Dies zeigt, dass ein Interesse für Heimat und Kultur vorhanden ist. Denn Kultur im Wandel der Zeit soll nicht nur in den Ferien, sondern auch zuhause gepflegt werden.

Zum Gelingen dieser farbigen Jubiläumsschrift danke ich allen Autoren und der Redaktion für ihre Beiträge und Arbeit sowie den Furttalgemeinden für ihre grosszügige Unterstützung, welche die Farbausgabe dieses Heftes möglich gemacht hat.

Ursula Maurer, Buchs, Präsidentin HVF

Schiffbarmachung des Furtbaches

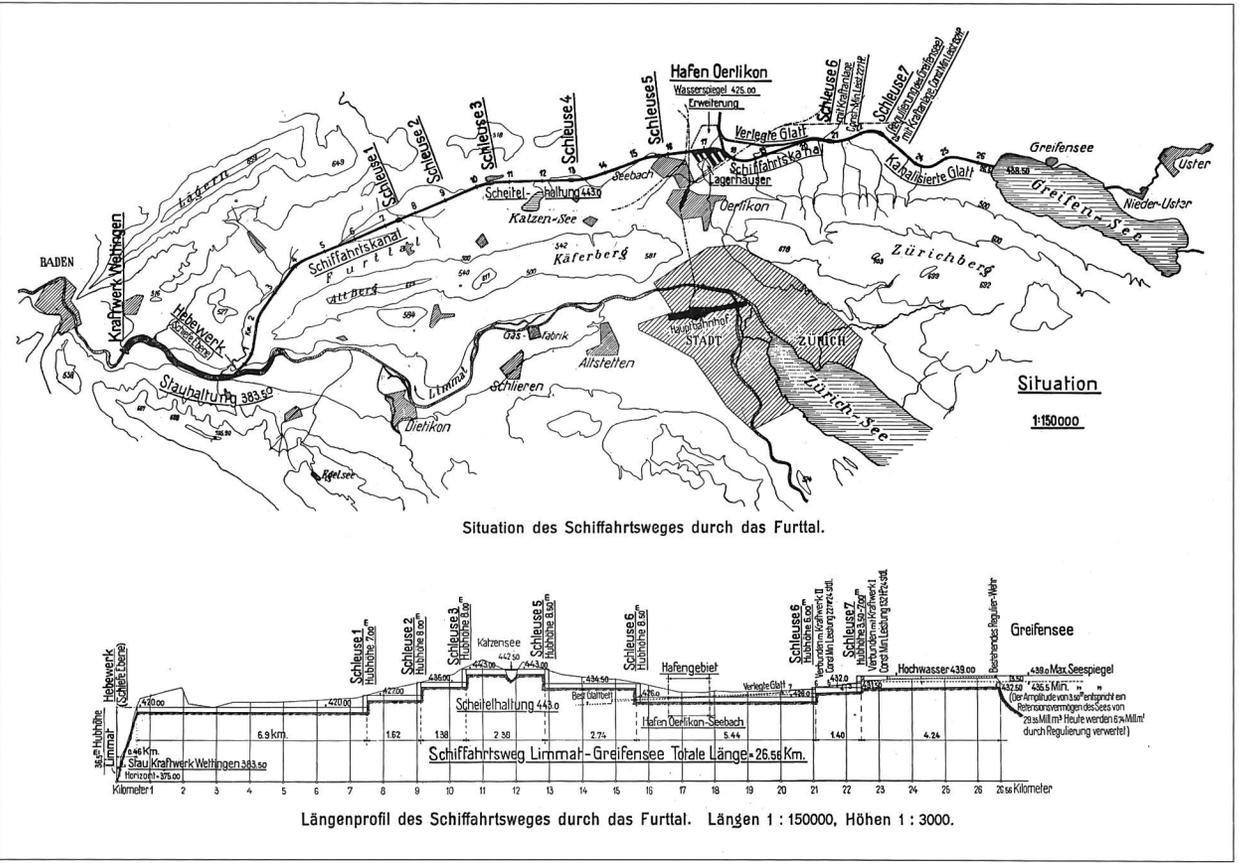
Grundidee

Das 1909 von einem Basler Schifffahrtsingenieur vorgelegte Projekt einer Kanalverbindung vom Rhein durchs Glatttal zum Greifensee (als Basisstandort für die Industrien im Zürcher Oberland) und zum Zürichsee erwies sich von vornherein als undurchführbar, regte aber andere gleichgerichtete Pläne an. 1919/1924 entstand die Idee, Zürich über die kanalisierte Limmat von der Aare bei Stilli bis nach Zürich-Altstetten an die Flussschifffahrt anzuschliessen. Baden wäre dabei mit einer neuen Limmatbrücke und einem Tunnel unter dem Schartenfels umfahren worden.

Schiffbarmachung des Furtbaches

1920 liess der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband die Frage eines Kanals von der Limmat durchs Furttal bis ins mittlere Glatttal bei Opfikon/Oerlikon prüfen. Das zu diesem Zweck ausgearbeitete Projekt sah eine Schiffbarmachung der Limmat bis Würenlos vor. Hier sollte ein Schiffshebwerk den Höhenunterschied zum Furttal von 36,5 m überwinden. Der Furttalkanal von 17 km Länge mit fünf Schleusen hätte oberhalb der Furtbachmündung in Würenlos (420 m.ü.M.) begonnen und in gestrecktem Lauf bis zum Oberhauserried geführt. Die dritte Schleuse wäre etwa in den Sand bei Watt zu liegen gekommen und hätte den Scheitelpunkt (443 m.ü.M.) gebildet. Die beiden Stränge des Kanals wären vom Wasser der als Reservoirs dienenden Katzenseen gespeist worden, deren Wassermenge sich allerdings wohl schnell erschöpft hätte. Im Osten wäre man entlang dem Katzenbach zu einer 4. Schleuse beim Reckenholz gelangt und weiter zur Glatt im Oberhauserried (426 m.ü.M.), wo eine grössere Hafenanlage geplant war. Die Kosten berechnete man mit ca. 14 Millionen Franken. Um den Kanal rentabel zu gestalten, dachten die Planer an neue grosse Industrien der Elektro-, Metall- und Chemiebranche entlang des Kanals im Furttal. Man glaubte dieser Gegend die zu erwartende Raumentwicklung zumuten zu dürfen, da sich hier wenig Bewohner befanden und der Boden für die Landwirtschaft wegen der Versumpfung für ungeeignet gehalten wurde. Fortsetzungen waren einerseits vorgesehen über zwei weitere Schleusen zum Greifensee, andererseits über mehrere, zum Teil unterirdische Schleusen und einen Tunnel unter dem Zürichberg zum Zürichsee bei Zollikon. Der Kanal war für Frachtboote von nur 600 Tonnen ausgelegt (statt wie üblich für solche von 1350 Tonnen), was keine kostendeckende Betreuung ermöglicht hätte.

Oben: Situation Schifffahrtskanal durch das Furtal
 Unten: Längenprofil Schifffahrtskanal durch das Furtal



Es blieb eine Utopie

Das Projekt verschwand schnell in den Schubladen der Planer, vor allem weil die Schiffbarmachung des Oberrheins von Basel bzw. von Rheinfeldern aus nicht weiter gedieh. Sie ist aber immer noch ein Planungsziel der schweizerischen Wasser- und Verkehrswirtschaft. Die Industrialisierung des Furttals begann sich erst gut dreissig Jahre später (ab 1954) in nunmehr klarer Konzeption und in einem umweltverträglichen Mass zu entfalten.

Dass das utopische Projekt des Furttalkanals nicht verwirklicht worden ist, darf man als Glück bezeichnen. Mit ihm wäre das Furttal schlagartig, gleichsam über Nacht, zu einer bedeutenden Ballungszone der Industrie geworden, mit allen Nachteilen, die solchen Gegenden anhaften.

Lucas Wüthrich, Regensdorf

Quellenangabe

- Wasserwirtschaftsplan der Glatt, Publikationen
des Schweiz. Wasserwirtschafts-Verbandes Zürich, Nr. 8/1920

Warum die Strafanstalt Regensdorf heute nicht im Riet steht

Die anfangs des 20. Jahrhunderts gebaute Strafanstalt Regensdorf genügte immer weniger den Anforderungen eines modernen Strafvollzuges, deshalb wurden ab 1964 zweckmässige Lösungen studiert. Der Gemeinderat Regensdorf vertrat entschieden die Meinung «im Riet wäre die Anstalt in der Nähe der Industrie und könnte dort ihr Eigenleben führen». Diese Haltung führte zu jahrelangen Diskussionen und Auseinandersetzungen mit der Justizdirektion und der Anstaltsleitung.

Rückblick

Als gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Ersatz der baufällig gewordenen und nicht mehr zeitgemässen Strafanstalt Oetenbach in Zürich nötig geworden war, wurde die Bedingung gestellt, sie sei ausserhalb der Stadt zu bauen, weil mit dem Verkauf des Geländes in Zürich der Neubau finanziert werden konnte. Wegen der im Gefängnis betriebenen Gewerbe sollte dieser nicht weiter als 10 bis 12 km von der Stadt entfernt zu stehen kommen. Die damalige Anstaltsleitung hätte wegen der Industrie gegenüber dem abgelegenen Furttal einem Standort im Limmattal den Vorzug gegeben.

Wenige Jahre nach der Eröffnung der Anstalt in Regensdorf (1901) zeigten sich bauliche und konzeptionelle Mängel, welche die Durchführung des Vollzugssystemes erschwerten. Die Werkstätten (140 m²) und das Schulzimmer waren zu klein, es gab keine Lager- und Effektenräume, die hygienischen Verhältnisse (Torfmüll-Klosetts!) waren unbefriedigend, und noch vieles mehr genügte immer weniger den sich verändernden Anforderungen an einen modernen Strafvollzug. Ueber Jahrzehnte musste man sich mit Provisorien behelfen, und verschiedene bauliche Massnahmen wurden geprüft, aber nur teilweise realisiert.

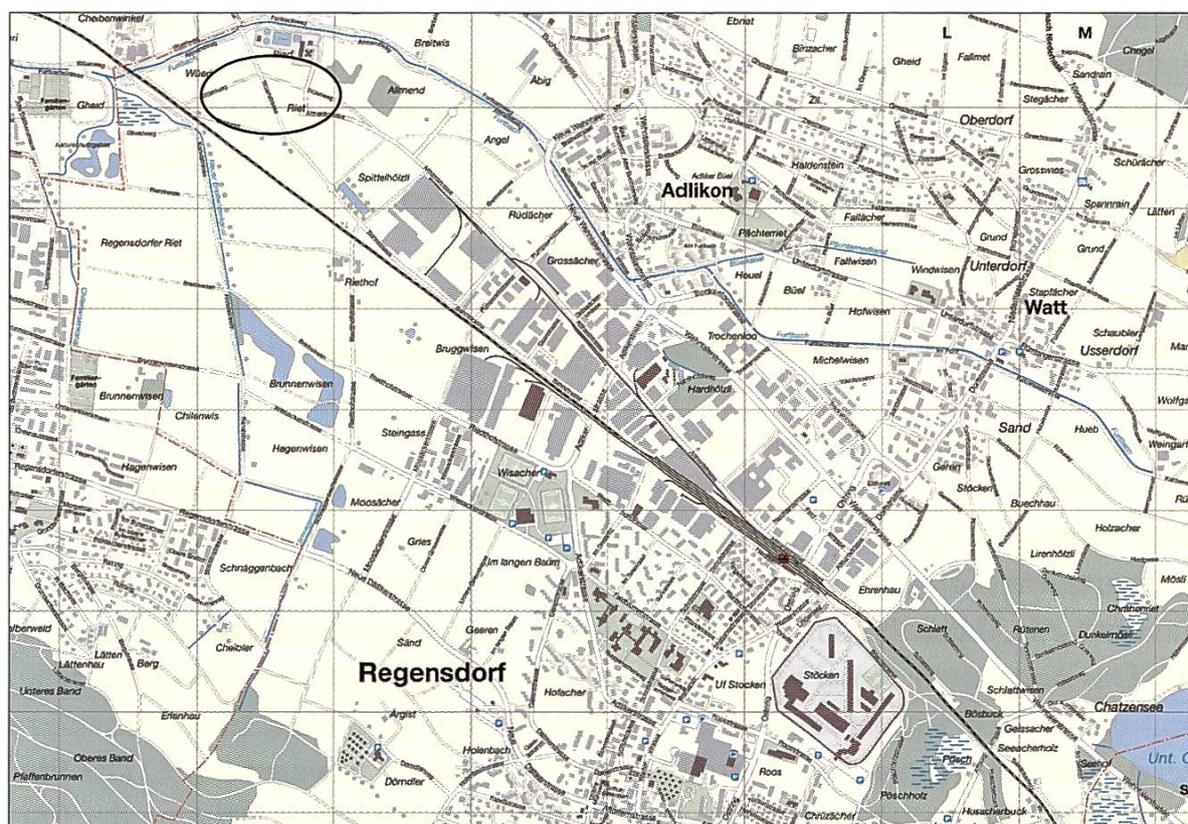
Erstes Neubauprojekt 1964–1965

1964 wurde eine Planungskommission eingesetzt, welche die Aufgabe hatte, nach modernen Lösungen zu suchen. Die Kernfrage war, ob der Altbau umgebaut, modernisiert und erweitert werden kann. Man gelangte aber zum Schluss, dass nur ein Abbruch und totaler Neubau der Anstalt am alten Standort sinnvoll sei. Das bestehende Areal sei gross genug für ein Projekt für ca 700 Gefangene, und die Kosten wurden auf 64 Millionen Franken geschätzt. Eine Planskizze zeigt, wie der Neubau mit Zentralwäscherei zu bauen gewesen wäre. Die Planungskommission sah wegen dieses Vorhabens keine Beeinträchtigung der Entwicklung der Gemeinde, sodass sich die Standortfrage nicht stellte.

Der Gemeinderat war damals mit der Umwandlung eines ländlichen Dorfes in einen Industriort beschäftigt. Er schätzte in der damaligen Phase der Wachstumseuphorie, dass Regensdorf im Endzustand ca 40'000 Einwohner aufweise, deshalb für die Strafanstalt langfristig kein Platz mehr vorhanden sei und sie nicht mehr in das Dorf passe. Die hässliche Mauer störe das Dorfbild. Er empfahl vehement eine Verlegung in die Industriezone und nahm zu diesem Zweck mit der Justizdirektion Kontakt auf.

Landabtauschvertrag Kanton – Gemeinde

Die Zeit schien reif zu sein, die Standortfrage auf den Tisch zu bringen, obschon weder für die Planungskommission noch die Anstaltsleitung diese Frage aktuell war, während die Justizdirektion geneigt war den Vorschlag der Gemeinde Regensdorf nach einer Verlegung zu favorisieren. Das Anstaltsareal wäre für die bauliche Entwicklung der Gemeinde wertvoll gewesen. Der Gemeinderat überlegte aus diesen Gründen ähnlich wie die damaligen Behörden um 1895, als die Entfernung der Anstalt Oetenbach aus dem Weichbild von Zürich beschlossen worden ist. Der Kanton verfügte zwar im Riet über Land, das die Anstalt bewirtschaftete (vor Jahren war sogar einmal die Idee aufgetaucht dort einen



Geplanter Standort der Strafanstalt im Riet

© media swiss ag

Gutshof zu errichten). Diese Grundstücke waren nicht arrondiert und reichten für eine Realisierung des Projektes nicht aus, sodass der Kanton als Bauherr mit der Gemeinde Regensdorf einen umfassenden Landtauschvertrag aushandelte. Dieser sah die Abtretung von zwei Parzellen von total 39'630 m² Fläche in der Allmend und im Rietli zum Preis von Fr. 90.00/m² (= Fr. 3'566'700.00) gegen den Erwerb von 5'640 m² Land im Hard (beim heutigen Restaurant Feldschlösschen) zum Preis von Fr. 150.00/m² (= Fr. 846'000.00) sowie den Abtausch von je 4400 m² Wald in der Allmend und im Böschholz vor. Das Areal sollte der Wohnzone oder der Zone für öffentliche Bauten zugeteilt werden. Im Abschnitt III des Tauschvertrages ist unter Punkt 8 folgendes festgehalten:

- «Sofern die neue Strafanstalt im Riet realisiert wird, verpflichtet sich der Kanton
- a) die bisherigen Anstaltsgebäude auf Kat. Nr. 4277 abzubauen mit Ausnahme der Zentralwäscherei, zugehörigem Kesselhaus und der Angestelltenwohnhäuser,
 - b) der neuen Anstalt einen Namen zu geben, in welchem die Ortsbezeichnung «Regensdorf» nicht mehr erscheint.»

Beim Personal regte sich Opposition, und auch der Sicherheitsdienst meldete ernstzunehmende Bedenken an. Die in das Sicherheitsnetz einbezogenen Dienstwohnungen seien vom Gebiet Riet zu weit entfernt, sodass im Alarmfall wertvolle Zeit verloren ginge. Auch noch viele andere Argumente wurden aufgeführt, z.B. erhöhten Fluglärm. Die Angestellten empfanden die Verlegung als Ausgrenzung, sie wollten im Dorf bleiben.

Entscheidende Gemeindeversammlung

Der Tauschvertrag kam an der Gemeindeversammlung vom 21.6.1971 zur Diskussion und Abstimmung. Die NZZ Nr. 286 vom 23.6.1971 berichtet über den Verlauf. Ein Auszug daraus: «Noch nie hatte die Regensdorfer Gemeindeversammlung einen Ansturm erlebt, wie dies am Montag der Fall war, als 711 Stimmberechtigte in der Turnhalle Einlass beehrten. Zu Beginn der Versammlung verlangten verschiedene Redner, dass der vom Gemeinderat eingeladenen Beamte der Justizdirektion wegzuweisen sei, damit er nicht als Aufpasser feststellen könne, welche Gegenargumente die (stimmberechtigten) Anstalts-Angestellten ins Feld führten. Der Präsident lehnte diese Anträge ab, weil der Eingeladene Aufschluss über den modernen Strafvollzug hätte geben können. Da weitere Bürger an diesem Begehren festhielten, verliess der Beamte enttäuscht den Saal mit der Bemerkung, die Anstalt werde so oder so in Regensdorf gebaut. In einer regen und emotionalen Diskussion wandten sich viele

Ein Antrag auf geheime Abstimmung wurde verworfen, ebenso ein Rückweiserungsantrag mit 298 Nein zu 267 Ja. In der Schlussabstimmung befürworteten lediglich 162 Anwesende den Tauschvertrag, während die massive Nein-Mehrheit gar nicht mehr gezählt wurde. Damit war die Verlegung der Strafanstalt von der Pöschwis in das Riet vom Tisch.

Das gesamte Projekt landete in der Schublade. Nach meiner Erinnerung fand der Justizdirektor die geplante Anlage sei auch am alten Standort zu gross, finanziell nicht vertretbar und betreuungstechnisch ungelöst.

Neubau 1995

Eine Planungskommission arbeitete zwischen 1972 und 1975 ein neues, gruppenorientiertes Konzept aus. Diesmal kam es 1985 zur erfolgreichen Volksabstimmung, und der Neubau wurde mit einem Kostenaufwand von 134,4 Mio. Franken 1995 am alten Ort eingeweiht.

Max Brütsch, Dielsdorf

Dorfumfahrung Boppelsen

Glaube an die Zukunft

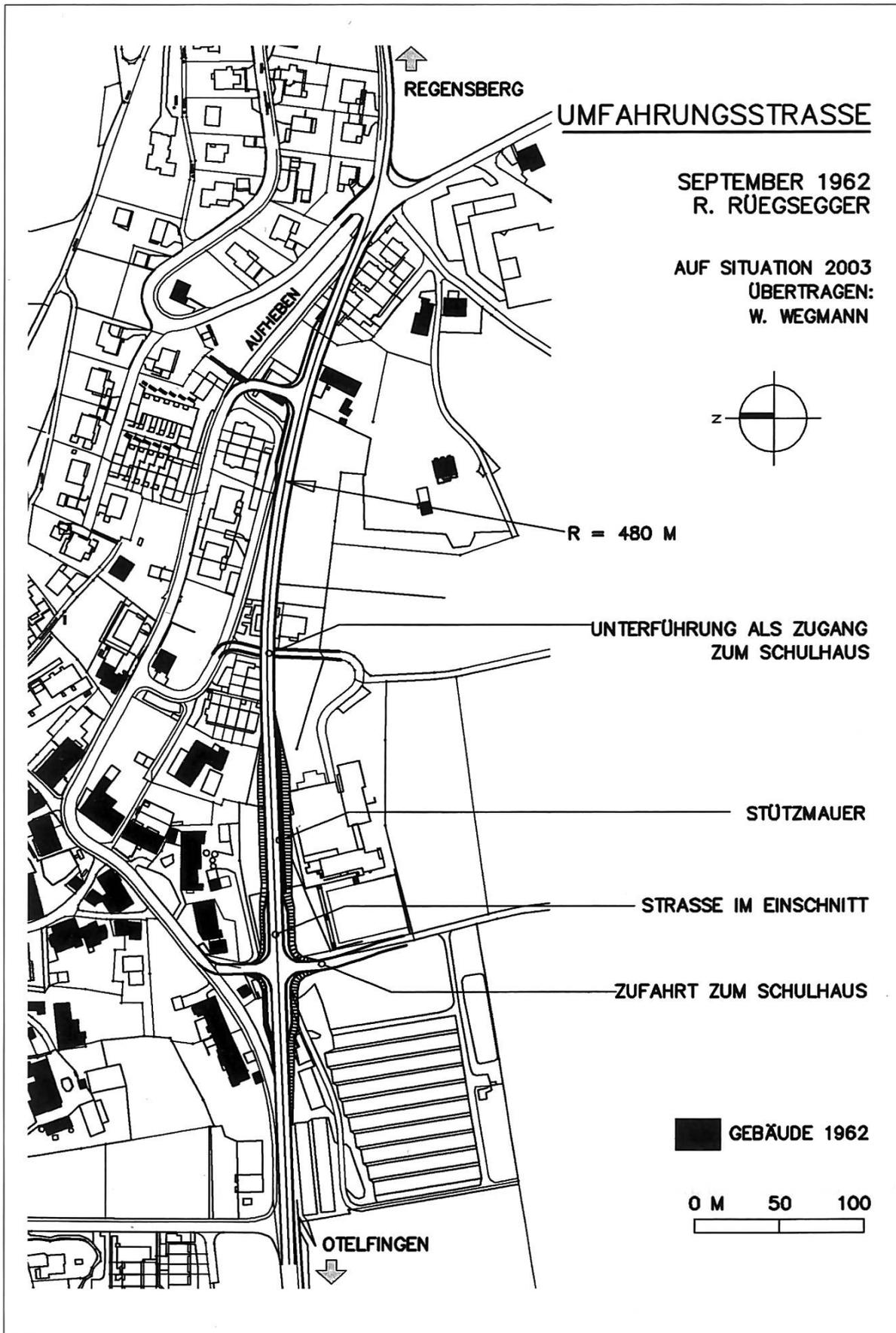
Das Ende der 50er-Jahre des letzten Jahrhunderts war in der ganzen Schweiz geprägt vom Glauben an Wachstum in allen Bereichen. Das prophezeite, grosse Bevölkerungswachstum verlangte nach Flächen, wo diese Menschen wohnen sollten und nach Strassen, auf denen sie sich verschieben konnten. Dort wo Ortsplanungen im Gange waren, wurden grosszügig Bauzonen ausgeschrieben und noch grosszügigere Strassen geplant. Im Juni 1960 trat übrigens das Bundesgesetz über die Nationalstrassen in Kraft als Grundlage für den Nationalstrassenbau.

Das Bauerndorf Boppelsen im Umbruch

Viele Bauerndörfer, vorab in der Nähe der Städte, wo der Bedarf nach Bauland stieg, traf diese Entwicklung ziemlich unvorbereitet, und es wurde ohne Zonenplan dort gebaut, wo die Nachfrage bestand, sofern der Interessent für die Erschliessung sorgte.

Auch in Boppelsen ging eine Zeit relativer Beschaulichkeit eines vorwiegend durch die Landwirtschaft geprägten Dorfes zu Ende. 1960 zählte Boppelsen 295 Einwohner – gleich viele wie 1930. Die Protokolle des Gemeinderates sind bis 1959 geprägt durch Geschäfte, wie sie wohl jahrzehntelang ähnlich waren: Vormundschaftsangelegenheiten, die Bekämpfung von Borken- und Maikäfer, die Aufsicht über Fleisch- und Feuerschauer, Gemeindearbeiter und Abdecker, die Berichte über Milchproben in den Ställen, die Regelung von Wildschäden und dann immer wieder die Verhängung von Bussen wegen Velofahren ohne Nummer, Motorradfahren in angetrunkenem Zustand oder wegen Überhocken im Restaurant Lägernstübli. Gegen Ende der 50er-Jahre wird das Teeren von Strassen ein Thema.

Doch dann verlagert sich das Schwergewicht der Geschäfte immer mehr in eine andere, ungewohnte Richtung, und die allen vertrauten Geschäfte sind zwar noch zu erledigen, verlieren aber ob den neuen Aufgaben an Gewicht. Abrechnungen über Grundstückgewinnsteuern und Baubewilligungen beherrschen nun das Protokoll. Die Baubewilligungen beanspruchen eine Seite und regeln lediglich den Wasseranschluss und die Beseitigung des Abwassers ohne weitere Bedingungen. Es fehlte jede baugesetzliche Grundlage, und es konnte gebaut werden, wo und wie man wollte, sofern die Erschliessung geregelt war.



Projekt Umfahrungsstrasse 1962

Ortsplanung

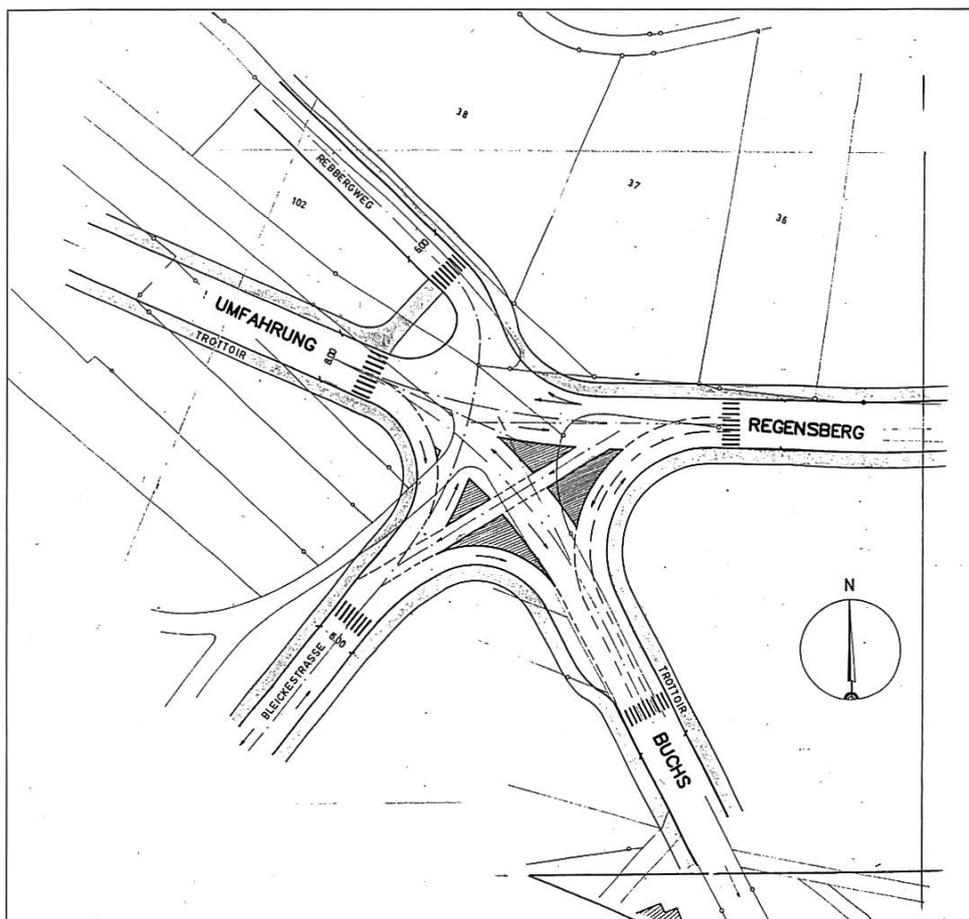
Dass das kein Zustand war, begriff der Gemeinderat schnell. Am 23. Juni 1959 beschloss er, die Schaffung einer Bauordnung an die Hand zu nehmen. Der Planungskommission gehörte auch Rudolf Rüegegger aus Zürich (später Buchs) an, der in Boppelsen während Jahrzehnten umsichtig und zuverlässig die Aufgaben eines Gemeindeingenieurs wahrnahm. Bis die Gemeindeversammlung aber den Kredit für eine Bauordnung behandeln konnte, sollte es allerdings noch 4 Jahre dauern. In den Protokollen herrscht in dieser Zeit bezüglich Ortsplanung Funkstille. Aufgrund der archivierten Unterlagen machten sich Ing. Rüegegger und die Planungskommission aber so ihre Gedanken über die künftige Entwicklung von Boppelsen. So findet sich im Archiv z.B. ein Entwurf für Bauzonen, die sich vom Farissen bis weit über den Bopplisser Weiher hinaus ausdehnten, mit einer «Wohnblockzone mehrgeschossig» zwischen Dorf und Weiher!

Umfahrungsstrasse

In diese Zeit der Vorstudien fällt auch der Vorschlag für eine Umfahrungsstrasse. Der Entwurf für eine «Umfahrungsstrasse Boppelsen» vom September 1962 sieht in kühnem Schwung eine direkte Verbindung zwischen Ortsanfang und -ende südlich des Dorfes vor, wobei wohl eher die ungehinderte Fahrt als die Entlastung des Dorfes vom Durchgangsverkehr im Vordergrund stand. Der Ausbau der Strasse entspricht voll dem damaligen Trend: Eine 8 Meter breite Strasse, mit Einlenkern und Beschleunigungsspuren bei den Ein- und Ausfahrten, erlaubt das Befahren mit hohen Geschwindigkeiten. Nördlich des geplanten Schulhauses ist ein tiefer Geländeeinschnitt mit Stützmauer nötig. Die Erschliessung zum Schulhaus erfolgt primär von Westen. Mit Trottoirs und Fusswegen sowie einem geschützten Schulweg (mit Unterführung) wird aber auch an die Fussgänger gedacht.

Aus heutiger Sicht ein Kuriosum, das aber ebenfalls voll dem damaligen Zeitgeist entspricht, stellt die Skizze für den Verkehrsknotenpunkt in der «Hand» vom Januar 1963 dar. Wenn man bedenkt, dass 1958 im Furttal 500 Personenautos immatrikuliert waren, mutet dieser Vorschlag tatsächlich utopisch an! Es muss angenommen werden, dass Ing. Rüegegger die, wenn auch inoffiziellen, planerischen Aktivitäten auf dem Gemeindegebiet Otelfingen bekannt waren (siehe Beitrag «Studienstadt Otelfingen») und er somit logisch darauf reagierte. Die Bleikestrasse hätte immerhin zu der auf dem Farissen vorgeschlagenen «Akademie» geführt!

Am 29. Juni 1964 genehmigte die Gemeindeversammlung einstimmig und



**Kreuzung
in der Hand
1962**

ohne Diskussion einen Kredit von Fr. 15'000 für eine Bauordnung, die zwei Jahre später ebenfalls einstimmig von der Gemeindeversammlung angenommen wurde. Im Zonenplan ist das Trasse für die Umfahrung – leicht abgeändert – dargestellt. Der Plan zeigt, dass es sich bereits zu diesem Zeitpunkt nicht um eine Umfahrung ausserhalb des bewohnten Gebietes handelt, denn Baugebiet ist auch südlich der «Umfahrung» ausgeschieden.

In der Bauordnung von 1984 wurde auf die Ausscheidung eines Trassees für eine Umfahrung verzichtet. Es darf spekuliert werden, wie sich Boppelsen **mit** Umfahrung entwickelt hätte.

Werner Wegmann, Boppelsen

Quellenangabe

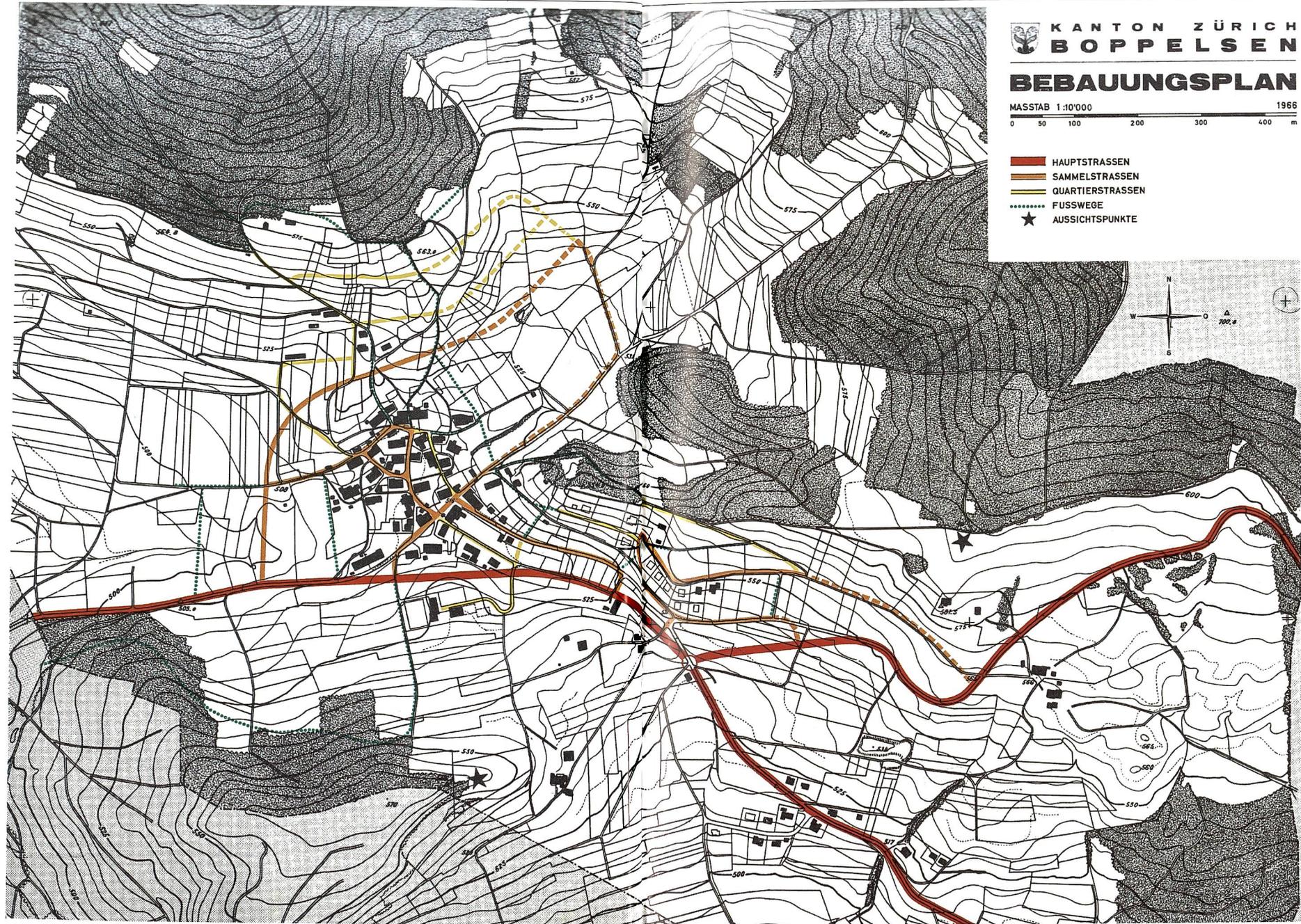
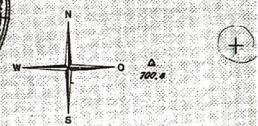
– Archiv Gemeinde Boppelsen

BEBAUUNGSPLAN

MASSTAB 1:10'000 1966



-  HAUPTSTRASSEN
-  SAMMELSTRASSEN
-  QUARTIERSTRASSEN
-  FUSSWEGE
-  AUSSICHTSPUNKTE



Zonenplan Boppelsen 1966

Eine öffentliche Badeanstalt im Watter Furtbach

Vom Sodbrunnen zum laufenden Brunnen

Man kann nicht sagen, die Watter seien versessen gewesen auf Hygiene und Sauberkeit. Es mussten schon Anstösse von behördlicher Seite erfolgen. So wurde 1836 die Vorsteherschaft des Dorfes durch den Bezirksarzt Dr. Wäckering auf die schlechte Qualität des Watter Wassers aufmerksam gemacht. Um die alten, durch Gülle und Fäkalien verunreinigten Sodbrunnen ersetzen zu können, seien möglichst bald laufende Brunnen zu erstellen.

Den Wattern passte die Aufforderung gar nicht, denn es fehlte an Geld. Mit 20 gegen 15 Stimmen wurde eine Zweierdelegation gewählt, um beim Statthalter vorzusprechen und das Nein zu begründen. Dieser empfing die beiden Watter aber unfreundlich, verlas ihnen die Leviten und kündigte an, er werde die nächste Gemeindeversammlung selbst leiten. Er hatte aber nicht mit der Starrköpfigkeit der Watter gerechnet. Trotz Leitung durch Statthalter Ryffel am 30.5.1842 wurde mit 42 gegen 15 Stimmen beschlossen keine laufenden Brunnen zu bauen.

Was die Gemeinde nicht fertig brachte, gelang einzelnen Bauern. In den nächsten Jahren wurden sektorenweise fünf Brunnengenossenschaften gegründet. Am Hang nördlich des Dorfes wurden Stollen in den Sandstein getrieben. In sogenannten Brunnenstuben fasste man das gefundene Wasser und leitete es in Gussröhren in den entsprechenden Dorfteil. Ueber Teilstöcke, einem klugen Verteilsystem, fand das köstliche Nass die Brunnen der einzelnen Genossenschaftsmitglieder. Fast alle Brunnen waren dreigeteilt. Aus der Röhre floss das sauberste Wasser in das Becken für die Küche. Der grosse Trog war reserviert für die Viehtränke, und im kleinen Abteil, im Ueberlauf des grossen Troges, erfolgte die Reinigung der verschmutzten Kleider und Gegenstände. Natürlich war die Umgebung der Brunnen auch Treffpunkt der Nachbarn. Die Brunnen stammten fast durchwegs aus dem Steinbruch von Würenlos.

Das saubere Wasser war gegenüber den Sodbrunnen ein gewaltiger, gesundheitlicher Fortschritt. Die verbesserte Versorgung mit dem gesunden Wasser sorgte während der nächsten 60 Jahre für weniger Krankheiten und eine geringere Säuglingssterblichkeit. Nicht gelöst war aber noch die bessere, persönliche Sauberkeit, denn wer wollte schon in einem laufenden Brunnen vor aller Öffentlichkeit baden! Das Wasser ins Haus zu tragen, aufzuwärmen und in einem Zuber zu baden, wurde meist als zu aufwändig und unnötig betrachtet.

Der grosse Fortschritt – das umfassende Wasserleitungsnetz

Die entscheidende Wende brachte das Jahr 1911. Nicht nur die Elektrizität kam in diesem Jahr in die Watter Häuser, sondern auch das Wasser. Mit Pumpen wurde das Quellwasser in die Reservoirs oberhalb des Oberdorfs gebracht und via Gussleitungen in alle Häuser und Hydranten geleitet. In den Häusern wurden aber vorerst nur Wasserhähne montiert. Klosetts mit Spülung oder gar Badezimmer folgten erst Jahre oder Jahrzehnte später. «Holleri und Hollera – das Wasser ist zum Waschen da. Auch zum Zähneputzen, kann man es benutzen». Dieser lustige Vers hat noch heute seine volle Berechtigung. Wie war dies um 1920? Der Wunsch nach Sauberkeit war vorhanden, und «bessere Häuser» hatten in irgend welcher Form Bademöglichkeiten eingerichtet. In Bauernhäusern, und der Schreiber dieser Zeilen wuchs in einem solchen Haus auf, waren die Badegelegenheiten erwünscht, aber nicht einfach zu erfüllen. Bei mir ging das so: Vorhanden war im Haus ein Waschraum, wie sie früher in den verschiedenen, freistehenden Waschküchen des Dorfes anzutreffen waren. Die Haupteinrichtung des Raumes bestand aus einer geschützten Feuerstelle mit einem darüberstehenden, grossen Kupferkessel zum Erhitzen des Wassers. Wasser einerseits für die zweimonatige Grosswäsche und andererseits für das Brühwasser der Schweinemetzg. Jedesmal bei der Grosswäsche wurde zum Abschluss der hölzerne Waschkübel mit heissem Wasser gefüllt, und die Familienmitglieder nahmen ein Vollbad.

Eine weitere Bademöglichkeit bot sich in den Thermalbädern in Baden an. Hin und wieder kehrte ein gutgekleideter Dorfbewohner «geputzt und gestriegelt» von der Bäderstadt zurück.

Eine weitere Alternative war der Katzensee, das herrliche Gewässer im oberen Furttal. War man tagsüber beim Ernten oder Heuen voller Staub und Schweiß, war das Bedürfnis nach einem erfrischenden Bad gross. Also, nach dem Feierabend ab zum See. Die Watterseite war mit seinem steil abfallenden Ufer und dem Seerand voller Schilf und Schlingpflanzen nicht einladend. Dagegen befand sich auf der südlichen Seeseite, auf dem Gebiet der Stadt Zürich, eine grosse Liegewiese, meist voll von junglichem Volk, umrahmt von Wald und See mit einer angenehmen Wassertiefe. Unsere Eltern waren aber von dieser Bademöglichkeit nicht begeistert, es sei dort unseriös. Immer wieder drangen darüber wahre und auch erfundene Geschichten ins Dorf. Und auch das Wasser soll nicht durchwegs sauber gewesen sein.

Die Idee einer eigenen Badeanstalt in Watt

Alle diese Umstände und Begebenheiten gaben Anlass für ein neues Konzept: Eine dorfeigene Badeanstalt wäre die Lösung! So taten sich 1920 namhafte Leute aus Watt zusammen, um das Projekt an die Hand zu nehmen. Einer der Hauptinitianten war der damalige Lehrer Meyer, denn er kannte den Sauberkeitsgrad seiner Schüler bestens. Auch hörte er die Klagen der Eltern, welche bedauerten, dass die Zustände auf der Affolternseite des Katzensees nicht gerade vertrauenserweckend seien und man deshalb die Kinder von diesem Platz fernhalten müsse. Lehrer Meyer fand Gesinnungsfreunde, vor allem im Bauern Jean Schwarz und in vielen anderen, welche unbedingt das Projekt verwirklichen wollten.

Der Standort sollte bei der obersten Schwelle im Furtbach, im sogenannten Oel sein. Das ist heute rund 400 Meter östlich der Brücke, welche die beiden Dorfteile Watt und Sand verbindet.



A erster Standort B zweiter Standort

© media swiss ag

Also gelangten die Initianten an die Vorsteherschaft der Zivilgemeinde Watt, welche ein offenes Ohr hatte. Wie üblich bildete man eine Kommission. Dieser gehörten neben der Vorsteherschaft auch Lehrer Meyer und Jean Schwarz an. Anlässlich der ersten Sitzung vom 11.7.1920 wurde beschlossen mit Heinrich Frei, dem Landbesitzer, in Verbindung zu treten und zuhanden der nächsten Gemeindeversammlung einen Kostenvoranschlag zu erstellen. Eine Woche später kam man aber zum Schluss, dass das Geschäft erst später den Bürgern vorzulegen sei, weil man zuerst das Resultat der Analyse einer fachmännischen Beratungsstelle abwarten wollte. Die Vorsteherschaft war auch nicht untätig. Am 15.1.1921 wurde ein Gesuch an die Gesundheitsbehörde von Regensdorf geschickt und bereits Details beschrieben. Vorgesehen war ein zweiteiliges Bassin mit Boden und Wänden aus Zementmauerwerk. Bassingrösse 15x9 Meter, Wassertiefe am Rand 60 cm und in der Mitte 90 cm, Gefälle 7,5 %. Bei einem Wasserdurchfluss des Furtbaches von gegenwärtig 150 Minutenliter würde das Wasser alle 24 Stunden erneuert. Vorgesehen war eine Trennung von Frauen und Männern durch eine Holzwand in der Mitte und eine Umfassungswand aus Holz. Es wurde gebeten die Antwort schnell zu schicken, da man mit den Bauarbeiten noch diesen Winter beginnen wolle. Trotzdem geriet das Projekt unter Zeitdruck. Die Regensdorfer Gesundheitsbehörde äusserte nämlich Bedenken, ob immer genügend Wasserzufluss vorhanden sei. Anlässlich einer Lokalbesichtigung am 27.2.1921 erklärte Gesundheitskommissions-Präsident Maurer, dass er zwar persönlich dafür sei, aber in der Kommission keine Einigkeit herrsche. Trotzdem habe man nichts in den Händen um dagegen zu sein. Am 17.3.1921 kam es zu einer zweiten Sitzung, diesmal mit dem kantonalen Bauingenieur, der Gesundheitsbehörde Regensdorf und der Baukommission Regensdorf. Der Kanton wie auch die Gesundheitsbehörde stimmten der Idee einer Badeanstalt in Watt mündlich zu, unter der Bedingung, dass noch der Landbesitzer und die Furttal-Entsumpfungskommission zu konsultieren seien.

An der Sitzung vom 3.4.1921 lagen die schriftlichen Bewilligungen und der Kostenvoranschlag vor. Dieser war mit Fr. 7'830 doppelt so hoch wie erwartet. Deshalb beschloss man weitere Offerten einzuholen, den Turnverein um unentgeltliche Hilfe bei den Grabarbeiten anzugehen und mit dem Grundeigentümer nochmals zu verhandeln. Den Baukredit wollte man der nächsten Gemeindeversammlung vorlegen. Der Landbesitzer zögerte aber immer noch, und der Wasserstand des Furtbaches war unterdessen sehr tief. So verschob man die Abstimmung auf den nächsten Winter und das ganze Projekt um ein Jahr.

Am 1.2.1922 erfolgte die endgültige Planaufgabe. Der Standort wurde auf mehr-

seitigen Wunsch um 50–100 Meter nach Osten verschoben. Vier Tage später fand endlich die längst erwartete Gemeindeversammlung der Zivilgemeinde Watt statt. Der Kostenvoranschlag war unterdessen auf Fr. 4'000 gedrückt worden. Nochmals wurde der Plan, aber auch die Wichtigkeit der Anlage für die Gesundheit der Bevölkerung eingehend erklärt. Selbst der angesehene Salomon Frei trat für die Badeanstalt ein. Aber auch die Zweifler meldeten sich zu Wort: Ernst Meier befürchtete Wassermangel im Sommer, Landbesitzer Frei möchte noch zuwarten, weil die Gemeinde zuerst andere Aufgaben zu lösen habe, Maurermeister Ad. Keller war gleicher Meinung und schlug als Ersatz die Einrichtung einer Dusche im Schulhaus vor. Zudem brauche man das Geld nötiger für ein Strässchen von der Altburg zur Strafanstalt. Und auch Arnold Schwarz bekräftigte die ablehnende Haltung. Nach der ausführlichen Diskussion blieben zwei Anträge: Die Kommission empfahl ein Ja und der Landbesitzer Frei wünschte ein Nein. Genaue Abstimmungszahlen sind im Protokoll leider nicht aufgeführt, aber die ablehnende Haltung der Stimmbürger war offensichtlich.

Ende der Träume

Damit war die Idee einer Badeanstalt in Watt endgültig gestorben. Offensichtlich waren es drei Punkte, die zur Ablehnung führten:

- Die Angst, es werde oft zuwenig Wasser im oberen Furtbach haben.
- Die Kosten seien zu hoch, und das Geld könne für anderes und wichtigeres gebraucht werden.
- Der Landbesitzer war nicht bereit Land abzutreten.

Acht Jahrzehnte sind seither durch das Land gezogen. Jedes Haus hat inzwischen ein eigenes Badezimmer, Regensdorf verfügt über ein Hallenbad (aber noch kein Freibad!), und die hygienischen Verhältnisse haben sich seither massiv verbessert. Aber der Furtbach hat auch heute noch oft zuwenig Wasser, und die Verhältnisse am Katzensee sind leider immer noch die gleichen wie damals.

Emil Zollinger, Watt

Pferderennplatz in Dällikon

Als im Sommer 1956 eine Besprechung des Rennvereins Zürich mit dem Gemeinderat Dällikon stattfand, war dies nicht die erste Kontaktnahme um die Frage zu klären, ob ein Pferderennplatz in Dällikon zu realisieren wäre. Schon Jahre zuvor wurde mit privaten Grundeigentümern eine solche Möglichkeit besprochen.

Zwischenzeitlich entnahm man der Presse, dass der Rennverein an verschiedenen anderen Orten günstig Land kaufen oder pachten wollte. Diese Versuche seien aber schon alle im Anfangsstadium gescheitert. An der Gemeindeversammlung vom 9.6.1956 wurden die Stimmbürger über dieses Projekt orientiert. Das dafür geeignete und benötigte Land war in Gemeindebesitz und erstreckte sich über 20–25 ha westlich der Buchserstrasse im sogenannten «Amerika». Schon bei dieser Orientierung wurde deutlich, dass dieses Thema die Dälliker Stimmbürger noch gehörig beschäftigen würde. Da auch im Gemeinderat unterschiedliche Auffassungen über die Realisierung eines Pferderennplatzes bestanden, wurde auf weitere Interventionen des Rennvereins gewartet. Anfangs 1957 war es dann soweit. Nun ging es aber speditiv voran (man beachte die damaligen, offenbar möglichen Zeitabschnitte, wie ein solches nicht alltägliches Geschäft abgewickelt werden konnte). Aus heutiger Sicht völlig undenkbar, aber trotzdem ist es sicher mit «rechten Dingen» zu- und hergegangen. Welch gute alte Zeit?! Innert 2 Tagen wurden 2 Gemeinderatssitzungen abgehalten und dazwischen eine Sitzung mit den zuständigen Herren des Rennvereins, um die entsprechenden Formalitäten und ganz speziell die finanziellen Auswirkungen zu bereinigen. Dabei ging es um einen jährlichen Pachtzins im Betrag von Fr. 17'000 bis Fr. 20'000. Da der Gemeinderat noch immer unterschiedlicher Auffassung war, wurde einstimmig beschlossen, das Geschäft 10 Tage später, einer speziell für dieses Geschäft einzuberufenden Gemeindeversammlung vorzulegen. 2 Tage vorher sollte noch eine Orientierungsversammlung stattfinden, wo sich die Stimmbürger über diese Angelegenheit aussprechen können.

Es wäre spannend (zumindest für den Leser aus Dällikon), einige Passagen aus diesen beiden Versammlungen mit den jeweiligen Rednern zu zitieren. Ich meine dies nicht aus Sensationslust oder gar persönlicher Diffamierung, bei weitem nicht. Aber eben spannend wäre es. Ich versuche gefallene Argumente möglichst unverfänglich zu zitieren, damit keinerlei Rückschlüsse auf die Votanten gezogen werden können. Als Argumente auf der Einnahmenseite wurde neben dem Pachtzins auch auf die Erträge der Billetsteuer hingewiesen. Da ca.

20'000 Zuschauer pro Renntag erwartet wurden, ergäben dies Fr. 2'500 Einnahmen, was der heutigen Finanzlage der Gemeinde sehr nützlich wäre. Aber eben, da wurde bestritten, dass so viele Leute an die Veranstaltung kommen würden. Als positives Argument wurde auch darauf hingewiesen, dass beim bereits bestehenden Rückgang der Landwirtschaft das Gemeindeland in absehbarer Zeit nicht mehr verpachtet werden kann oder dann zu einem Zins, welcher der Gemeinde keine Unterstützung mehr bringt. Zitat: *Es ist ganz sicher vorteilhafter heute den Pferderennplatz anzunehmen, als in einigen Jahren das Land der Industrie zur Verfügung zu stellen und dass die Gemeinde von neuen Wohnquartieren eingerahmt wird, was zu neuen Schulhausbauten, Strassen, Kanalisationen etc. führt.*



Geplanter Standort des Pferderennplatzes im «Amerika»

© media swiss ag

(«wiit ewägg wien Amerika», siehe HVF Heft Nr. 18 Namen in Dällikon)

Es gab natürlich auch kritische und ablehnende Stimmen. Deren Argumente waren, das schönste Kulturland würde der Landwirtschaft entzogen und dadurch noch mehr bäuerliche Existenzen aufs Spiel gesetzt. Finanziell sei dies kein Geschäft und eine angedeutete Steuerfussenkung illusorisch. Man rechnete der Versammlung vor:

Bisherige Situation

Kant. Finanzausgleich	Fr. 13000
Pachtzins Landwirtschaft	Fr. 5000
Total Einnahmen	Fr. 18000

Neu

Pachtzins Rennverein	Fr. 17000
----------------------	-----------

Weil der kantonale Finanzausgleich wegfallen und die Höhe der Billetsteuern (heute abgeschafft!) nicht fest kalkulierbar sei, wäre der Pferderennplatz für Dällikon ein unsicheres Geschäft.

Nachdem dann auch noch gesellschaftspolitische Argumente ins Feld geführt wurden – z.B. dass dies eine weitere Gefahr für die heranwachsende Jugend sei und die bisherige, dörfliche Kultur unweigerlich untergehe, müsse man schon deswegen gegen dieses Projekt sein. Zitat: *Die Herren Rennstallbesitzer sind ohnehin eine Nation für sich und zu sehr an Grossstadtluft mit Gelagen und pompöser Aufmachung gewöhnt. Dies verträgt unsere Bevölkerung schlecht.* Nach ausgiebiger Diskussion wurde die Versammlung beendet und 2 Tage später die entscheidende Gemeindeversammlung abgehalten.

Der Gemeinderat legte einen ablehnenden Antrag vor, ein Stimmbürger beantragte Zustimmung und zugleich ein Antrag auf geheime Abstimmung. Selbstverständlich hörte man die gleichen Argumente wie vor zwei Tagen, die geheime Abstimmung wurde genehmigt und durchgeführt. So nebenbei, die Rechnungsprüfungskommission wurde nicht offiziell einbezogen, und daher lag auch von ihr keine Stellungnahme vor.

Ergebnisse der Abstimmung:

ausgeteilte Stimmzettel	84	(73 % der Stimmberechtigten)
eingegangene Stimmzettel	84	
annehmende Stimmen	35	
verwerfende Stimmen	46	
leer	3	

Die Gemeindeversammlung hatte somit beschlossen das Gemeindeland nicht zu verpachten und den Bau des Pferderennplatzes zu verhindern. Damit war das Projekt «Pferderennplatz in Dällikon» begraben, es wurde jedoch 10 Jahre später in Dielsdorf verwirklicht.

Peter Staub, Dällikon

Gemeindezentrum und Mehrzweckgebäude in Buchs – oft gewünscht, nie realisiert

Der Wunsch nach einem grösseren Mehrzweckgebäude, einem Gemeindezentrum und einer Kultur- und Sporthalle besteht in Buchs seit vielen Jahren. Die Belegungsfrequenz der Mehrzweckhalle in der Schulhausanlage Zihl ist mit der Bevölkerungsentwicklung gestiegen, und es wird für die Gemeinde und die Vereine immer schwieriger Veranstaltungstermine zu koordinieren. Der als Turnhalle konzipierte Raum ist nicht geeignet für eine grössere Veranstaltung. Bei einer Theatervorführung mit Bewirtung besteht keine geeignete Lüftung; ist die Bühne aufgebaut, behindert sie eine Sportveranstaltung.

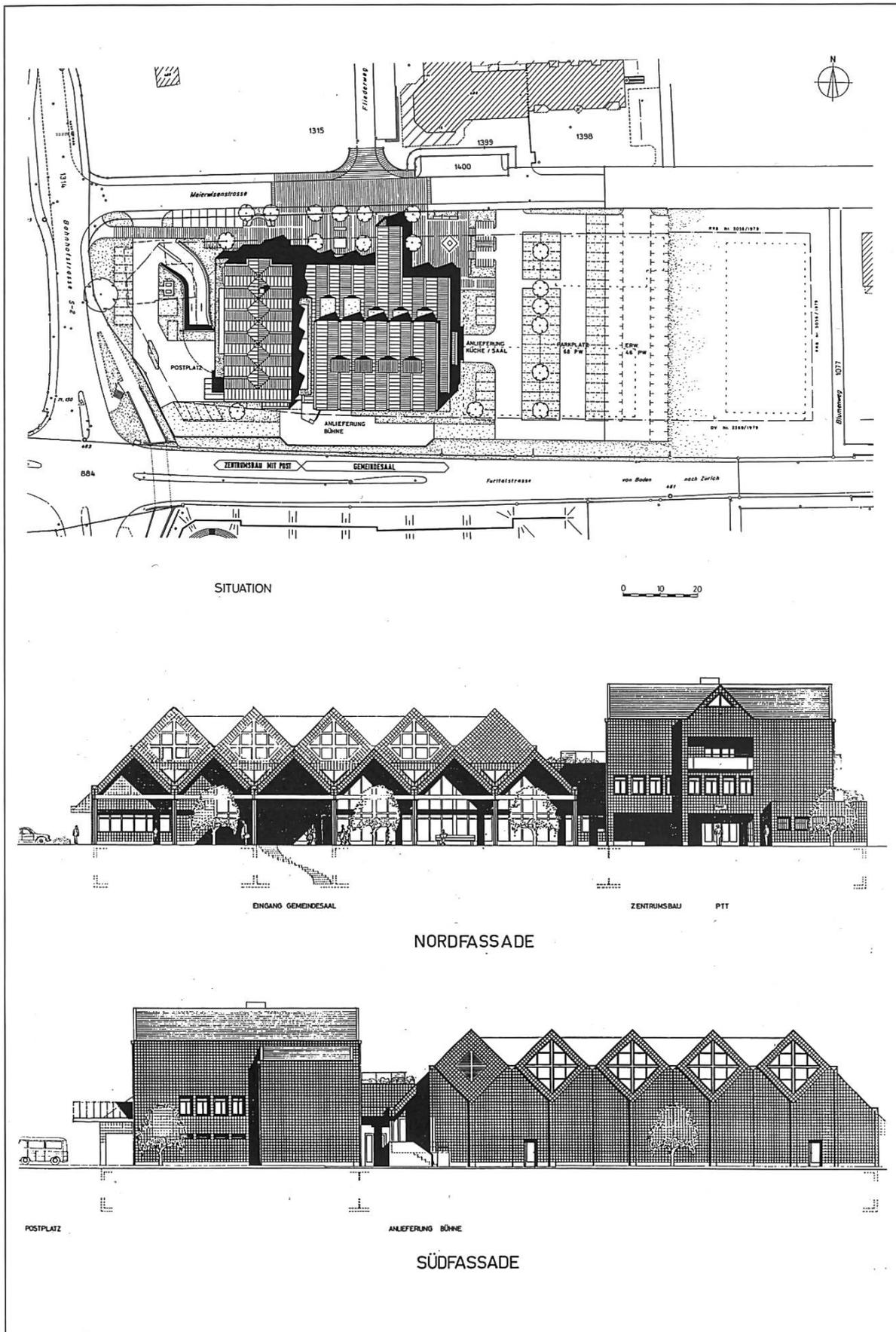
Gemeindezentrum mit Post

Im Mai 1985 erfolgte ein Aufruf der Gemeinde Buchs an die Bevölkerung und Vereine ihre Wünsche und Bedürfnisse anzumelden. An der Gemeindeversammlung vom 20. Juni 1985 bewilligten die Stimmberechtigten einen Wettbewerbskredit von Fr. 75'000. Von fünf Architektenteams wurde das Projekt «Emil» der Werkgruppe für Architektur und Planung, Zürich zur Weiterbearbeitung empfohlen und am 11. Dezember 1986 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Gemeindesaal und Zentrumsbau sollte auf dem Grundstück des alten Schulhauses an der Furttal-, Bahnhof- und Meierwiesenstrasse zu stehen kommen. Durch die Einzelinitiative von Jakob Muggli, dass nach dem Abbruch des alten Schulhauses die fehlenden Räume für Bibliothek, Spielgruppe, Spitex, Krankenmobilierraum und die Kulissenwerkstatt für das Theater in das Projekt integriert werden müssen, entstand 1989 das neue überarbeitete Projekt für ein Gemeindezentrum mit Post.

Anlässlich der Gemeindeversammlung vom 30. November 1989 wurde das Projekt mit dem erforderlichen Baukredit von 14 Millionen Franken vorgestellt und zur Bewilligung beantragt. Nach einer hitzigen Diskussion und spektakulären Abstimmung wurde das Projekt mit einer Mehrheit von nur vier Stimmen verworfen.

Damit hatte sich der Traum für ein allen Bewohnern dienendes Gemeindezentrum in Luft aufgelöst. Die früher an der Bahnhofstrasse eingemietete Post, erhielt ein Barackenprovisorium an der Meierwiesenstrasse, wo sie noch heute ihren Betrieb weiterführt. Es ist zu hoffen, dass sie auch weiterhin dem Dorf erhalten bleibt!



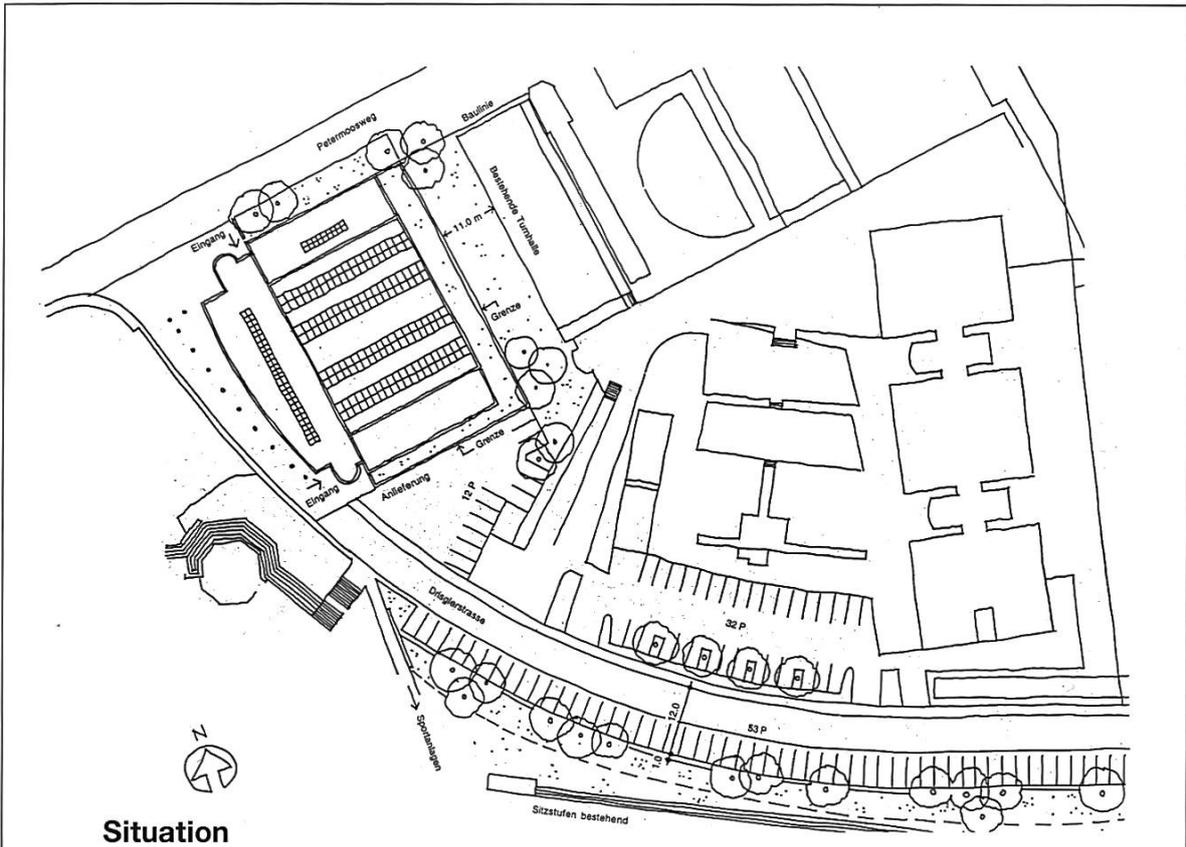
Situation und Ansichten Gemeindezentrum mit Post 1989

Sport- und Kulturhalle beim Schulhaus Petermoos

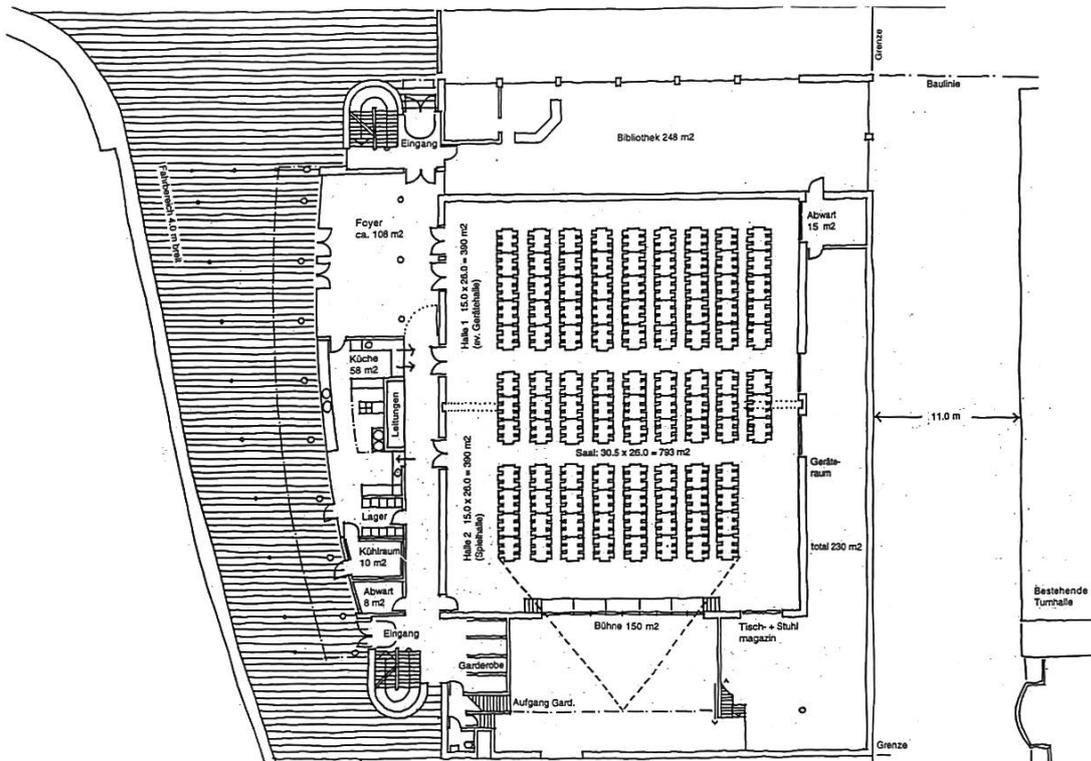
1998 erkannten die Politische Gemeinde und die Primarschulpflege erneut die Wichtigkeit eines allen Bedürfnissen dienenden Mehrzweckgebäudes. Nach der Kreditbewilligung von Fr. 150'000 für ein Vorprojekt wurden vier Studien (u.a. von der Architekturabteilung der ETH Zürich/Prof. H. E. Kramel und dem Architektenteam Spiess und Wegmüller, Zürich) ausgearbeitet. Mit dem Antrag auf einen Realisierungskredit von Fr. 300'000 zur Ausarbeitung des Projektes von den Architekten Spiess und Wegmüller für den Bau einer Sport- und Kulturhalle wurde zur Gemeindeversammlung vom 2. Juni 1998 eingeladen. Das Interesse der Bevölkerung und der verschiedenen Vereine war gross. Die 163 Stimmberechtigten begrüßten grundsätzlich das 7 Mio. teure Projekt, wollten aber sicher sein, dass sich Buchs ein solches Bauvorhaben leisten könne. Mit dem Antrag eines Stimmbürgers, zuerst den neuen Finanzplan zu erstellen, wurde jedoch die Vorlage mit 72 Nein zu 70 Ja an die Behörde zurückgewiesen.

Mit den prekären Platzverhältnissen in der Mehrzweckhalle Zihl und der weiterhin wachsenden Bevölkerung von Buchs (2003 über 4'500 Einwohner) wäre es an der Zeit einen neuen Vorstoss zu unternehmen. Bis dann bleiben aber die Wünsche Träume!

Ursula Maurer, Buchs



Situation



Grundriss EG

Situation und Grundriss Erdgeschoss Sport- und Kulturhalle 1998

Wasserverbindungen von und zur Limmat

Einleitung

Mit der zunehmenden Besiedlung des Furttals fielen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts bei Starkniederschlägen wegen der Versiegelung des Bodens durch Bauten, Strassen und Plätze sowie aus den ARA (Abwasserreinigungsanlagen) wesentlich höhere Wassermengen an als früher. Das Bett des Furtbaches konnte aber nur ein begrenztes Volumen aufnehmen, sodass es als Folge davon zu Ueberschwemmungen und zu einem unerwünschten Rückstau in den Drainageleitungen im ehemaligen Rietgebiet kommen konnte. Am grössten war die Gefahr für das Dorf Würenlos, wo maximal 30 m³/Sekunde abfliessen, bei einem Höchsthochwasser (alle 50–100 Jahre) müsste man jedoch mit einer Menge von gegen 100 m³/Sekunde rechnen. Eine Anpassung des Baches an solche Fälle würde jedoch einen massiven Eingriff in das Dorfbild mit Bachprofilausweitung, Häuserabbruch und Aufhebung von Strassen bedingen.

Andererseits führt der Furtbach auch heute noch von Natur aus wenig Wasser, da er eigentlich erst unterhalb des Katzensees beginnt und mit diesem nur durch einen kleinen, 1874 erstellten Ablauf (Kapazität 0,040 m³/Sekunde) verbunden ist. Deshalb war und ist die Wasserqualität wegen der wachsenden Bevölkerung und dem damit verbundenen Abwasser sowie der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung seit langem unbefriedigend.

Mit der ganzen Furtbach-Thematik und dessen Geschichte hat sich Felix Thommen in seiner Publikation «Der Furtbach – Von der Naturgefahr zum Dienstleistungsgewässer» im Heft Nr. 32/2003 der HVF Heimatkundlichen Vereinigung Furttal ausführlich und profund auseinander gesetzt.

Ideen einer Problemlösung

Nach der grossen Melioration von 1918–1923 befassten sich die zuständigen Kantonsstellen immer wieder mit verschiedenen Verbesserungs-Projekten, die aber nie zur Ausführung kamen.

Dazu gehörte 1972 ein Gesamtsanierungsprojekt inkl. der Idee, bei Hochwasser die Ueberschuss-Mengen in der Gegend der heutigen ARA Otelfingen zu sammeln und durch **einen Stollen unter dem Altberg hindurch in die Limmat** zu führen. Es wurde jedoch nicht vorangetrieben, weil eine erste Kostenschätzung rund 60 Mio. Franken ergab und damit das Problem der geringen Wassermenge und der schlechten Wasserqualität nicht gelöst war. 1977 untersuchte der Kan-

ton Aargau die Möglichkeit den Dorfkern von Würenlos mit einem Umleitungskanal zu entlasten. Auch diese Idee scheiterte vor allem an den Kosten von ca 17 Mio. Franken.

Gegen Ende der Siebzigerjahre kam neue Bewegung in die Sache. Der Kanton Zürich schlug 1978 den Gemeinden die Erstellung von drei Hochwasser-Rückhaltebecken in Regensdorf, Otelfingen und Würenlos vor und beauftragte einen Fachingenieur mit dem Studium der Problematik von Wassermengen und Abwasser inkl. Kostenschätzung. Dieser ging davon aus, dass die Rückhaltebecken das Hochwasserproblem lösen, deshalb gebaut werden und befasste sich darum vor allem mit der Frage der in Normalzeiten geringen und schmutzbelasteten Wassermenge. Da zu dieser Zeit gerade der Autobahntunnel durch den Gubrist zwischen Weiningen/Oberengstringen und Zürich-Affoltern/Regensdorf in Planung bzw. im Bau war, lag es auf der Hand, dass die Idee eines **Wasseraustausches zwischen dem Furt- und Limmattal** näher geprüft wurde, zumal im Tunnelprofil Platz für eine solche Verbindung vorhanden gewesen wäre.

Folgende Lösungsansätze wurden untersucht:

- Var. 1: Zufuhr von Verdünnungswasser aus der Limmat in den Furtbach und Ableitung des Abwassers aus der ARA Regensdorf in die Limmat.
- Var. 2: Wie Var. 1, jedoch Ableitung eines Teils des Abwassers aus Regensdorf in die damals nicht ausgelastete ARA Buchs-Dällikon.
- Var. 3: Zufuhr von Verdünnungswasser aus der Limmat in den Furtbach und Ableitung eines Teils des Abwassers aus Regensdorf in die ARA Buchs-Dällikon.
- Var. 4: Zufuhr von Verdünnungswasser aus der Limmat in den Furtbach, Aufhebung der ARA Regensdorf und Ableitung des Abwassers aus Regensdorf in die ARA Buchs-Dällikon.
- Var. 5: Zufuhr von Verdünnungswasser aus der Limmat in den Furtbach, Filterierung der Abwässer in Regensdorf und Buchs und deren Ableitung in einem separaten Kanal in die ARA Otelfingen, wo sie gemäss den gültigen Gewässerschutzbedingungen aufbereitet werden.

Die Kostenschätzungen für bauliche Massnahmen lagen zwischen 14 und 19 Mio. Franken, diejenigen für den jährlichen Unterhalt zwischen 2,4 und 2,6 Mio. Franken. Der Experte schlug nach Abwägen aller Vor- und Nachteile die Variante 3 vor, weil sie ein guter Kompromiss zwischen verschiedenen Möglichkeiten sei. Damit hätte eigentlich der Wasserleitung von der Limmat in den Furtbach nichts mehr im Weg gestanden.

Die Gubrist-Leitung kommt nicht

Am 22.10.1980 fasste der Regierungsrat des Kantons Zürich die endgültigen Beschlüsse. Von einer Verdünnungswasser-Verbindung vom Limmat- ins Furttal wird Abstand genommen, weil diese Massnahme nur das Symptom des über- schmutzten Furtbachs bekämpft bzw. das Problem «verwässert». Zudem seien die Bau- und insbesondere die Betriebskosten (hohe Pumpenleistungen nötig) nicht akzeptabel. Viel wichtiger und nachhaltiger sei die Durchsetzung und Einhaltung der seit 1975 auf Bundesebene gesetzlich vorgeschriebenen Einlei- tungsbedingungen für geklärtes Abwasser, die vor allem in der ARA Regensdorf verletzt würden. Der Regierungsrat beschloss deshalb, dass die Furtbachkorrek- tion zum Hochwasserschutz in drei Etappen ausgeführt werden soll:

1. Etappe: Furtbachausbau von Watt bis Buchs

Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Wüeri, Regensdorf

Ausräumung von Auflandungen im Furtbach bis zur Kantonsgrenze

2. Etappe: Furtbachausbau von Buchs bis Oetlikon

3. Etappe: Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Mühlewiesen, Oetlikon-
Würenlos

Die 1. Etappe wurde sofort in Angriff genommen und 1990 abgeschlossen, im Bereich des heutigen Golfplatzes Otelfingen wurde ein Teil der 2. Etappe ausgeführt, und der Rest soll nach Bedarf und entsprechend den finanziellen Mitteln gebaut werden. Da die 3. Etappe ganz auf dem Gebiet des Kantons Aar- gau liegt, und das Rückhaltebecken Mühlewiesen allein dem Schutz des Dorfes Würenlos dient, werden die Kosten dafür vollständig vom Kanton Aargau getra- gen, der damit auch den Termin der Realisierung selbst bestimmen kann. Eine Ausführung ist heute nicht in Sicht.

Als Folge der Forderung nach besser geklärtem Abwasser wurde durch die Gemeinde Regensdorf der Neubau der ARA Wüeri vorangetrieben und 1995 das Werk auf dem neuesten technischen Stand in Betrieb genommen. Auch die ARA Otelfingen wird 2003/2004 saniert und um eine zusätzliche Reinigungs- stufe erweitert.

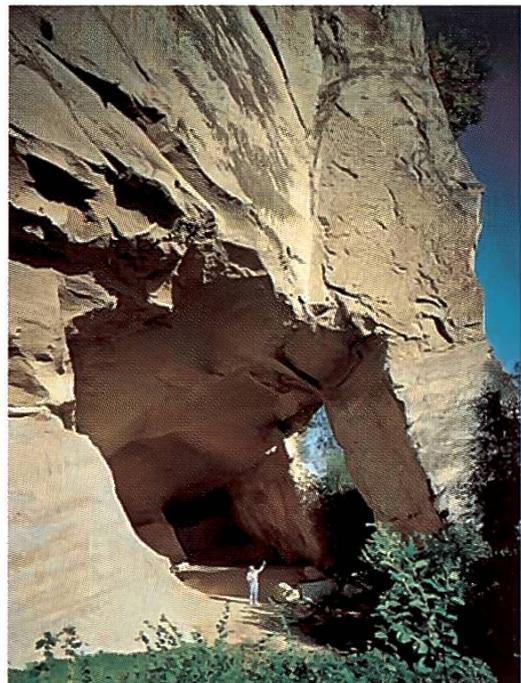
So bleiben die Furttaler ohne Zu- oder Ableitungsverbindung mit der Limmat durch den Gubrist und sind damit weiter selbst für ihr Furtbach-Wasser verant- wortlich. Es ist aber eine immer wiederkehrende und damit nie abgeschlossene Aufgabe.

Hans Günter, Otelfingen

Ausbau des Emma Kunz – Zentrum, Würenlos

Gelangt man von Wettingen her ins Furttal, durchschneidet die Landstrasse die Endmoräne eines Arms des Linthgletschers, der das muldenförmige Zungenbecken vom Bickgut über den Buchwald bis zum Steinbruch bildete. Darin eingebettet liegt die aargauische Landgemeinde Würenlos, die unterste im sonst zürcherischen Furttal. An diesem Einschnitt treten an drei Stellen Gesteinspartien zu Tage, die schon von den Römern entdeckt und zum Teil ausgebeutet wurden. Heute wird nur noch Restgestein der vorderen Anlage verwendet.

Alten Steinbrüchen haftet zumeist etwas Besonderes, Dunstunwobenes und Geheimnisvolles an, so auch dem «Römischen Steinbruch Würenlos» mit dem bekannten Emma Kunz-Zentrum. Es mag wohl kaum ein Zufall gewesen sein, dass der bekannte und seinerzeit sehr erfolgreiche Schweizerfilm «Steinbruch», von Albert J. Welti inszeniert und mit den ebenso bekannten Namen wie Heinrich Gretler und Maria Schell, in diesem Steinbruch, allerdings im «mittleren» gedreht wurde. Als damals junge Burschen strebten wir gleich nach der Schule und auch in jeder freien Stunde eiligst an den Ort des Geschehens. In gebührender Distanz verfolgten wir das emsige Treiben, bestaunten die Kameraleute, die Scheinwerfermänner wie auch die Kulissenbauer und versuchten, möglichst nahe an die Schauspieler heran zu kommen. Besonders das hübsche Mädchen Maria beäugten wir Buben, an Spott seitens der Klassenkameradinnen fehlte es allerdings nicht.



Steinbruch, seit 2'000 Jahren abgebaut

Der Steinbruch, ein uralter Werkplatz

Nach Dr. Haberbosch, meinem damaligen Geographielehrer an der Bezirksschule Baden, haben die Römer, Altmeister der Baukunst, als erste das von den Geologen mit «Muschelkalksandstein» benannte Sedimentgestein entdeckt und abgebaut. Er bezeichnete es als «erdgeschichtlicher Zufall», dass am Steilhang des Haselhügels die sonst überdeckte Meeresmolasse an die Oberfläche tritt. Die mittels wassergetränkten Holzkeilen abgesprengten Felsbrocken dienten im Mittelalter nach der Bearbeitung als Kantensteine der Bögen am Bruggerturm, Mellingerturm und am Turm der Badener Stadtkirche, wie auch an einigen Profanbauten in der Bäderstadt. Im weiteren Umkreis befinden sich ebenso grössere Brunnenstöcke und Tröge, wie monumentale Kunstwerke, z.B. der Geiserbrunnen am Bürkliplatz in Zürich. Später fand der Muschelkalkstein Anwendung am Internationalen Arbeitsamt in Genf, der Unfallversicherungsanstalt in Luzern, am Walcheturm-Verwaltungsgebäude, Seiden-Grieder und Nationalbank in Zürich. Bei solchen Grossaufträgen waren bis 40 Steinhauer am Werk, vorwiegend italienischer Herkunft, aber auch Einheimische.

Der Niedergang

Mit dem Aufkommen von Beton und Kunststoffen im Baugewerbe schwand der Absatz stetig. Der Vater von Anton C. Meier, dem vorletzten Besitzer und letzten Betreiber des Werkes, war ein vielseitiger Mann. Er versuchte ein neues Produkt zu lancieren. Verschiedenfarbige, rundförmige «Bachbettsteine» von unterschiedlicher Grösse liess er halbieren, die Schnittflächen blankschleifen und legte sie ungleichmässig verteilt in rechteckige Formen, goss diese mit einem Sandstein-Zementgemisch aus und liess sie trocknen. Die so entstandenen, polierten Platten wirkten sehr schön und eigneten sich gut für Hallen- und Bodenbeläge. Das Produkt präsentierte sich vornehm, des grossen Arbeitsaufwandes wegen war es aber zu teuer, sodass der Betrieb im Jahr 1970 eingestellt werden musste.

Emma Kunz

Emma Kunz (1892–1963) wuchs in Brittnau auf. Bereits in jungen Jahren fiel sie durch ihre seltsamen Träume und Wahrnehmungen auf und setzte sich Zeit ihres Lebens intensiv mit dem weiten Spektrum des Uebernatürlichen auseinander. Mit 40 Jahren begann sie zu pendeln und zu malen und befasste sich intensiv mit geistigen Vorgängen, der Alchemie, der Heilung von Kranken sowie der direkten Einwirkung der Natur (Pflanzen) auf den Menschen. Sie fasste ihre Fähigkeiten in folgende Worte: Das Zusammenwirken von geistigen und magnetischen Kräften und das Wissen um deren Nutzung, auch in der Natur,



**Emma Kunz (1892–1963).
Aufnahme von 1912**

ermöglichen mir zu heilen. Emma Kunz wolle ihre Gedanken und das Fühlen nach Höherem nicht sprachlich, sondern bildlich ausdrücken. So liess sie das Pendel ausschlagen, fixierte Punkt für Punkt und verband sie gradlinig in verschiedenen Farben, bis die Zeichnung fertig vorlag. Sie vermochte diese auch zu deuten und wurde damit als Naturheilpraktikerin bekannt.

Durch einen Krankheitsfall in der Familie des Besitzers wurde Emma Kunz aus Brittnau 1942 auf den Steinbruch aufmerksam. Beim Betreten dieses Ortes soll sie sich nach kurzer Zeit «total aufgeladen» gefühlt haben und befasste sich fortan intensiv mit diesen Kräften. Sie war auch überzeugt, dass das hier gewonnene und gemahlene Steinmehl heilende Wirkung habe. Es wurde AION-A (griech. = grenzenlos) genannt, und es sollen damit viele Heilerfolge erzielt worden sein. Seit 1951 wohnte und wirkte sie im appenzellischen Waldstatt. Trotzdem blieben enge Beziehungen zu Würenlos und dem Steinbruch bestehen.

Das Zentrum

Einige Zeit nach dem Ableben von Emma Kunz gelangten ca 400 Bilder aus ihrem Schaffen in den Besitz von Anton C. Meier. Animiert durch seinen Vater, dessen Hobbys auch Zeichnen und Malen waren, trug er den Lebenslauf und

weitere Informationen über die Künstlerin zusammen und liess ein interessantes Buch über sie und ihr Wirken erstellen.

Anlässlich einer Ausstellung ihrer Bilder im Kunsthaus Aarau 1973, billigte der damalige Konservator Heiny Widmer den Werken hohen künstlerischen Wert zu. Es folgten mehrere Ausstellungen im Ausland. Mit Zuwendungen des Bundesamtes für Kultur, des Kantons Aargau sowie Fremdgeldern begann Anton C. Meier die heute als Grotte bezeichnete Abbaunische samt Gebäuden gekonnt museal zu gestalten. 1986 gründete er das Emma Kunz-Zentrum, und am 17. Oktober 1991 wurde das Museum feierlich eröffnet.

Etwas später musste sich selbst der Bundesrat wegen der Zulassung von «touristischen Wegweisern» mit dem Zentrum befassen. Anlass waren die vom Kanton bewilligten braunen Hinweisschilder für die Dauer der Eröffnung im Jubiläumsjahr 1991. Doch sie blieben weiterhin gegen den Willen des Gemeinderates bestehen, bis sie eines Tages spurlos verschwanden. Anton C. Meier reichte Klage wegen Diebstahl ein. Da der Kanton die Klage abwies, der Gemeinderat aber mit der verfügten Demontage im Widerspruch zum Kanton stand, musste die höchste Instanz, der Bundesrat, entscheiden. In dessen Auftrag richtete die Bundeskanzlei einen 7-seitigen Brief an die Gemeinde. «In Anlehnung an eine ausgedüffelt-differenzierte Auslegeordnung des ganzen Falles, dass die Vorinstanz (Kanton) einen solchen Wegweiser an Kantonsstrassen zu einem touristischen Objekt nur dann bewilligen darf, wenn die Anforderungen an eine genügende Erschliessung für den zu erwartenden Verkehr erfüllt seien...» usw. usw. So geschrieben – aber auch verstanden?



**Zeichnungen von
Emma Kunz**

Die Ausbaupläne

Einem Bericht der Gemeinde vom Mai 1986 ist zu entnehmen, dass zu einem Vorentscheidungsgesuch der Steinwerke AG für den Umbau und die Erweiterung des Steinbruchareals Stellung genommen werden muss. Da das Bauvorhaben nach dem Zonenplan ausserhalb des rechtskräftigen Baugebietes liege, seien vorerst die gesetzlichen Grundlagen zu erstellen. Begründung: Es werden weitere Aktivitäten im Steinbruchareal und längerfristig ein umfangreiches Kur- und Therapiezentrum sowie angegliederte Kulturlokalitäten für *Kunst und Meditation* geschaffen. Zusätzlich soll der Sandsteinfels als Basis für Therapiematerial (Heilbäder) abgebaut werden, wobei dies vornehmlich durch «bergmännische Ausbeutung» und einer entsprechend erforderlichen Aufbereitungsanlage geschehe. Der ganze Therapiebetrieb basiere auf dem Naturheilprodukt AION-A, das vom Ausbeutungsmaterial des Steinbruchs gewonnen werde. Im weiteren solle eine Behandlungsklinik entstehen, was ergänzend zu Schulungsräumen für das Medizinalpersonal und Interessierte führen müsse. Als wesentliches Anliegen solle im Bauvorhaben auch eine Gedächtnisstätte für den künstlerischen und geistigen Nachlass von Emma Kunz integriert werden, da sie als Entdeckerin der Heilwirkung des Steinbruch-Ausbeutungsmaterials bezeichnet werde.

Dass Anton C. Meier ein Mensch mit kreativen Ideen und für deren Verwirklichung viel Energie freizusetzen im Stande ist, attestierte ihm kein Geringerer als M. Pauli, Stadtarchitekt Luzern in der Publikation: *Bauten und Projekte (1982–1995 – Bd. 3)*. Daraus einige interessante Sätze: «Zur Schaffung eines Dokumentations- und Seminarzentrums entstand ein Gesamtplan mit teils visionärer Ausrichtung. Die Altbauten des Steinbruchbetriebes wurden inventarisiert, neue Zweckbestimmungen festgelegt, umgebaut und teilweise erweitert. Substanzerhaltungen galt für Häuser, Werkstätten, Utensilien und Maschinen. Die Räume für Ausstellungen und Lagerung liegen unter Terrain zum besseren Schutz des Kulturgutes und Landschaftsschutz des Hügels. Vom Museum gelangt man zur Grotte mit den strahlungsaktiven Felsschichten (siehe Publikation: «Orte der Kraft in der Schweiz», AT Verlag Aarau 1998), einerseits durch freies Gelände, andererseits durch ein Gangsystem im Sandsteinfels, aus dem mit der Zeit Kammern herausgehauen werden sollen, die verschiedenen künstlerischen Tätigkeiten zur Verfügung stehen werden.»

Die Neubauten umfassen Räume für Ausstellungen, Kongresse und Bewirtung, angelegt zum Teil als Ergänzung zum Museum, als Unterflurbauten. Die Wohnbauten für Gäste und Künstler sind nach den Gesichtspunkten des Naturschutz-

zes, den Niveaulinien des Geländes entsprechend angelegt und mit humusierten und begrüntem, in der Hangneigung liegenden Dächern eingedeckt. Zufahrten, Fusswege, Gallerien, ein kleiner Schräglift, offene und verglaste Verbindungsgänge bilden ein sorgfältig auf die Bauten abgestimmtes Beziehungsnetz. Es wächst aus den vorhandenen feingliederigen, topografischen Gegebenheiten des Steinbruchs, die es bereichert und ergänzt, ohne sie zu stören. Wie im altchinesischen Gartengelände müssen Natur und menschliche Eingriffe in einer Symbiose zusammenwachsen.

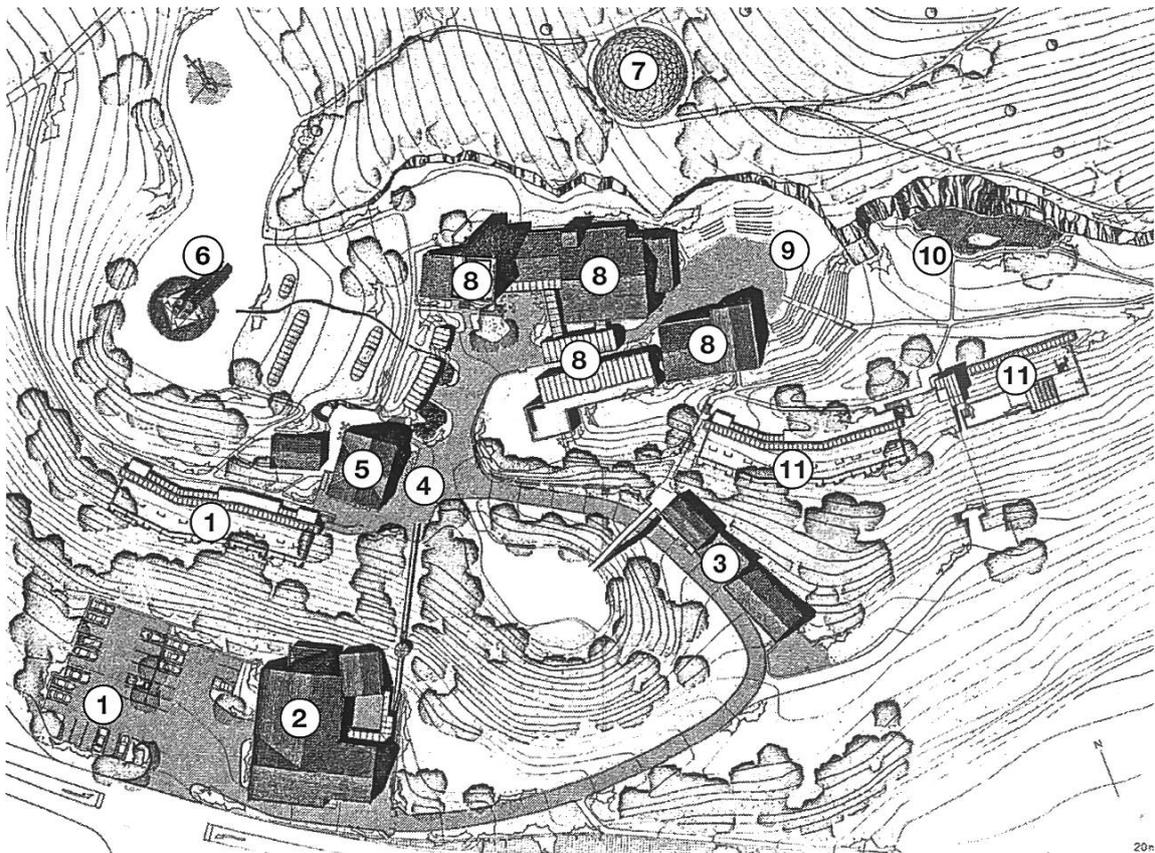
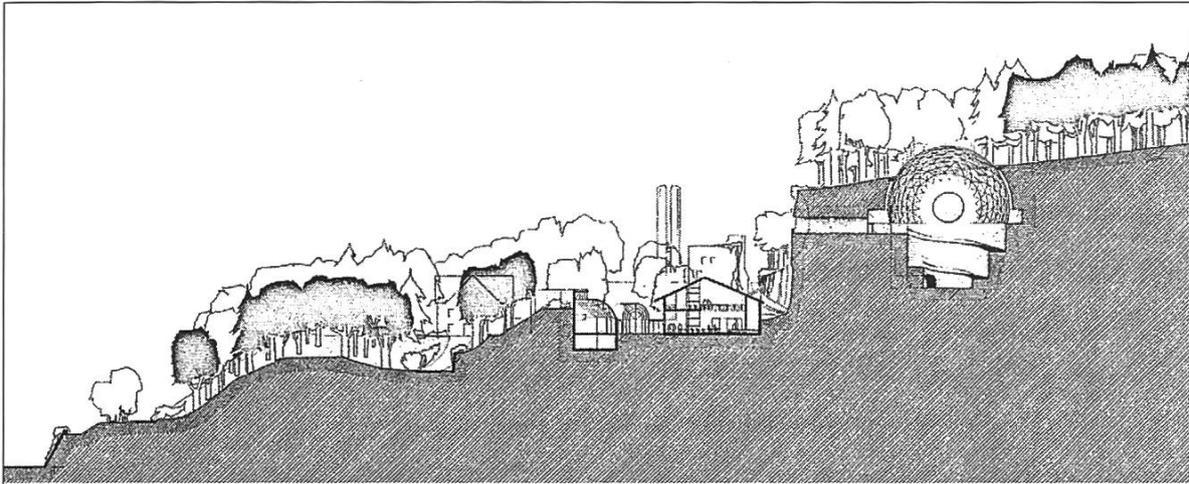
Im März 1987 äusserte sich der Gemeinderat zu den Ausbauplänen der Steinwerke AG wie folgt: «Das Vorhaben in der vorgesehenen Form gemäss Modell, mit vielen Neu- und unterirdischen Bauten, wird als überrissen angesehen. Es wird befürchtet, dass die ganze Problematik unkontrollierbar wird und der Gemeinde mehr negative als positive Impulse bringt. Zudem müssten die planrechtlichen Grundlagen dafür erst geschaffen werden.»

1990 wurden in einem Bericht der Aargauer Woche die geplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit der 700 Jahr-Feier der Eidgenossenschaft von 1991 genannt. Ausstellungen, Heilpflanzen-Lehrgarten, Fotoausstellung, Theaterinszenierung, ökumenischer Gottesdienst und andere Ideen hätten einen Rahmen geschaffen, der später bestehen bleiben sollte. Es kam aber kein Konsens zwischen der Gemeinde und dem Initiator zustande.

Im März 1992 lud der Gemeinderat zu einer Orientierungsversammlung über die Teiländerung des Bauzonen- und Kulturlandplanes (Spezialzone Steinbruch-Areal), sowie über eine entsprechende Teiländerung der Bauordnung ein. Der Gemeindeammann erläuterte in geraffter Form die Gesamtidee zur Errichtung eines Kur- und Kulturzentrums im Steinbruchareal durch die Meier AG. Es blieben viele Fragen offen, da der Hauptbetroffene und Initiator nicht anwesend war. Dem Plan wurde, in Anbetracht der Bedeutung der Anlage, dennoch zugestimmt.

Handänderung des Steinbruchareals

Nach einer längeren, ruhigen Phase stand der Steinbruch plötzlich im Mittelpunkt des Interesses. Im September 2000 war in der Presse die Vermutung angedeutet worden, dass sich eine Glaubensgemeinschaft um die Übernahme der Anlagen bemühe. Dies rief sofort die Behörde auf den Plan. Die Gefahr, dass sich eine Sekte als Meistbietende einnisten könnte, wäre für die Würenloser nach den Worten von Frau Gemeindeammann Vreni Zehnder ein Horror-



Ausbauprojekt 1986, Schnitt und Situation

- | | | | |
|---|----------------------|----|-------------------|
| 1 | Besucherparkplatz | 7 | Lichtkuppelbau |
| 2 | Verwaltung | 8 | Ausstellungsräume |
| 3 | Ehemalige Steinmühle | 9 | Besammlungsplatz |
| 4 | Vorplatz | 10 | Emma Kunz-Grotte |
| 5 | Wohnhaus | 11 | Wohnbauten |
| 6 | Lichtführende Stele | | |

szenario gewesen! In einer dringlich einberufenen Sitzung wurde einstimmig beschlossen, an der bevorstehenden ausserordentlichen Gemeindeversammlung ein Rahmenkredit von 2,5 Mio. Franken zum Erwerb des Grundstückes vorzuschlagen, um die Übernahme durch Unerwünschte zu verhindern. Das Steinbruchgelände habe für Würenlos eine vitale und historische Bedeutung. Das Echo in der Bevölkerung war gross, und der Antrag fand an diesem Abend breite Zustimmung.

Ausblick

Nach den kaufvertraglichen Abmachungen hat der Verkäufer während fünf Jahren ein Rückkaufsrecht. Sollte dieses wahrgenommen und alle baurechtlichen und finanziellen Fragen gelöst werden, müsste man nicht Anton C. Meier sein, wenn er nicht mit seinem Idealismus und seinen Visionen das Werk weiterführen würde. Bis dann bleibt aber der umfassende Ausbau nach den Plänen von 1986 ein Wunschtraum.

Hans Ehram, Würenlos

Das Furttal mit direktem Eisenbahnanschluss an die weite Welt

Der Plan einer transhelvetischen Eisenbahn durch das Furttal bewegte zwischen 1871 und 1873 die Gemüter.

Vorgeschichte

1854–1865 wurde das erste Bahnnetz der Schweiz gebaut, und die privaten Betreibergesellschaften erwiesen sich als gewinnbringend. Ab 1870 begann eine lebhafte Planung neuer Linien, und ein harter Wettbewerb um die besten Linienführungen setzte ein. Man glaubte an das neue Transportmittel «Eisenbahn», denn Alternativen wie Auto oder Flugzeug standen damals noch nicht zur Verfügung. Zudem wollte jede Gemeinde an einer Linie angeschlossen sein, um den wirtschaftlichen Fortschritt nicht zu verpassen.

Im Kanton Zürich war gleichzeitig ein politischer Umsturz erfolgt, nachdem Demokraten aus Winterthur 1869 eine Verfassungsänderung durchgesetzt und anschliessend die Regierung von den Freisinnigen übernommen hatten. Ihr Ziel war es, die wirtschaftliche und verkehrsmässige Vorrangstellung Zürichs und der NOB Nordostbahn in Frage zu stellen. Diesem Zweck sollte die Schaffung eines auf Winterthur zentrierten Eisenbahnnetzes dienen. Der Stadtrat von Winterthur reichte deshalb am 24.8.1870, namens einer noch zu gründenden Gesellschaft, ein Konzessionsgesuch für eine Eisenbahn von Winterthur über Rorbas und Glattfelden nach Weiach ein. Der Zürcher Kantonsrat erteilte am 25.10.1870 die Konzession, diejenige für den aargauischen Streckenteil Weiach-Waldshut folgte alsbald. Aufgrund ihres Prioritätsrechtes beschloss aber die NOB diese Linie selbst zu bauen, und die Konzession wurde ihr am 30.6.1871 übertragen. Dieses Prioritätsrecht war in der Konzession Zürich – Gundetswil – (Romanshorn) enthalten, was der NOB das Vorrecht gab jede von dieser Linie abzweigende Bahn in eigener Regie zu errichten.

Winterthurer Eisenbahnprogramm von 1871 und das Furttal

Winterthur liess sich nicht entmutigen. In einem Programm waren Linien von der Eulachstadt nach Kreuzlingen und Singen vorgesehen. Eine Bahn Winterthur – Bülach – Baden – Lenzburg – Aarau sollte durch die Schweizerische Thalbahn über Olten – Solothurn – Lyss – Yverdon und durchs Broyetal nach Vevey fortgesetzt werden, um eine die ganze Schweiz querende Transitbahn zu erhalten. Ab Bülach stellte ein Zweig durchs Surbtal nach Leuggern – Laufenburg – Stein den Anschluss nach Basel sicher. Die Tösstalbahn war als Verbindung zur Ostalpenbahn gedacht.

Am 27.1.1872 ersuchte die Tösstalbahn die Zürcher Regierung um eine Konzession Winterthur – Bülach – Otelfingen mit Abzweigung nach Niederweningen. Gesuche für die Fortsetzungen Otelfingen – Baden – Lenzburg – Aarau und Niederweningen – Döttingen – Stein/Säckingen wurden an den Kanton Aargau gestellt.

Die Strecke Winterthur – Aarau sollte zuerst der Schaffhauserlinie bis Wülflingen folgen, um dann auf einem neu zu bauenden Trasse zwischen Pfungen und Neftenbach nach Dättlikon zu führen. In der Fortsetzung wollte man die Tösschlucht queren, nördlich von Embrach in einem ca 1,2 km langen Tunnel den Dettenberg durchstossen, südlich an Bülach vorbei in Oberglatt die bestehende BR Bülach – Regensbergbahn kreuzen, über Nassenwil auf die «Hand» gelangen und via Buchs – Otelfingen über Baden-Oberstadt – Mellingen – Lenzburg Aarau erreichen.

Zürcher Konzession

Die zürcherische Konzession wurde am 1.2.1872, also bereits nach 5 Tagen erteilt. Sie überliess es der Tösstalbahn-Gesellschaft, ob sie die Linie ein- oder zweispurig erstellen wolle. Täglich müssten mindestens drei Mal in jede Richtung Personen befördert und an jeder Station gehalten werden, wobei die Geschwindigkeit wenigstens fünf Wegstunden pro Stunde oder 24 Stundenkilometer zu betragen habe. Alle Züge, Schnellzüge eingeschlossen, hätten alle drei Klassen zu führen. Weiter hätten alle Wagen zum Sitzen eingerichtet, mit Fenstern versehen (!), stets gehörig beleuchtet und im Winter geheizt zu sein. Zudem sei jeder Zug mit einem Abortlokal auszustatten. Sollte eine andere Gesellschaft ihr Prioritätsrecht geltend machen, so sei diese verpflichtet innerhalb von sechs Wochen nach der Genehmigung der Konzession durch die Bundesversammlung eine Kautionsklausel von mindestens Fr. 10'000 pro Kilometer zu hinterlegen. Der Bund stimmte am 4.3.1872 in allen Punkten zu.

Mit der Kautionsklausel wollte die demokratische Zürcher Regierung der NOB listigerweise den Appetit auf die Ausübung ihres Prioritätsrechtes mit der Begründung vergällen, Schnellzüge sollen auf der neuen Bahn allen Bürgern zugänglich sein. Die NOB setzten aber damals Schnellzüge mit 1. und 2. Klasse ein, womit die Benützung lediglich dem zahlungskräftigeren Publikum vorbehalten war.

Die Linienführung auf der Karte, die der Konzession zugrunde lag, war sehr summarisch geplant, und massive Kostenüberschreitungen waren zu erwarten.

Der eingezeichnete Dettenbergtunnel zum Beispiel war mit einer Länge von 1200 Metern um 600 Meter zu kurz, gemessen am später gebauten, der auf der direkstmöglichen Linie im Gelände lag. Wie die Bahn die Steigung von Mettmenhasli nach Nassenwil und über die «Hand» nach Buchs bewältigt hätte, blieb offen. Dass nun zwei parallele Linien das untere Tösstal bedienten, war den Konzessionsbehörden gleichgültig. Beide förderten den Fernverkehr, die NOB über Töss – Pfungen – Rorbas nach Basel und die Tösstalbahn über Neftenbach – Dättlikon – Bülach und dem Furttal nach der Westschweiz. Weil



Streckenführung gemäss Konzessionsgesuch von 1872

die Bülacher versuchten, auch die Waldshuterbahn durch den Dettenberg nach Bülach zu bringen, schlugen sie vor, die beiden Linien könnten die Strecke gemeinsam benützen und erst ab Bülach ihre eigenen Wege einschlagen.

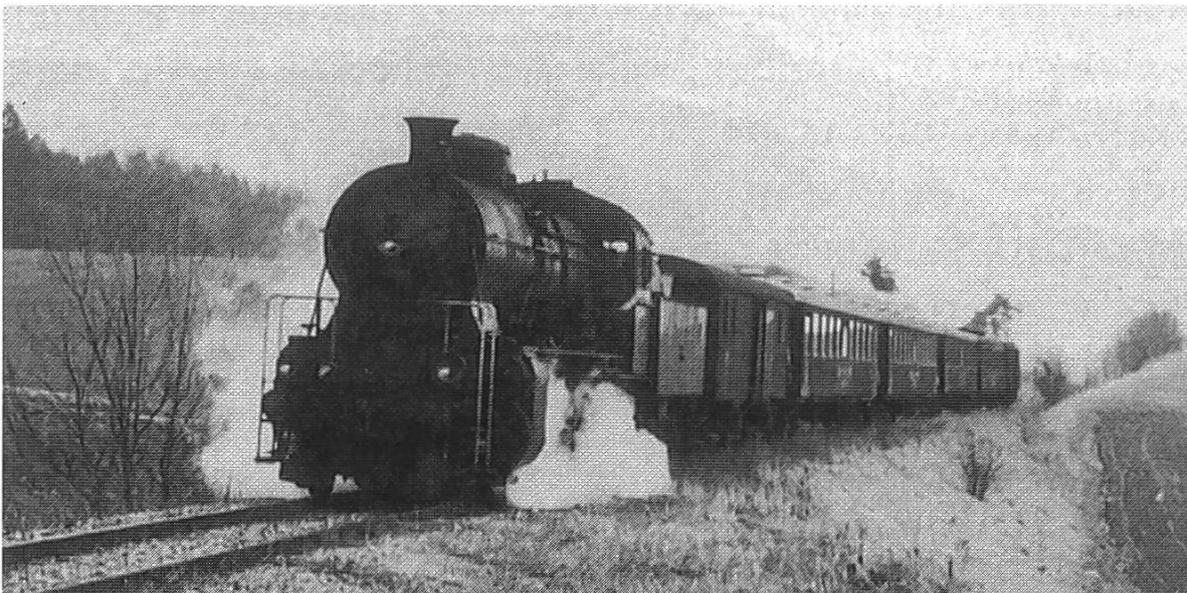
Aargauer Konzession

Im Aargau verlief die Konzessionserteilung sehr zögerlich. Die Regierung versuchte nämlich in Konferenzen mit den sich bewerbenden Unternehmungen Beteiligungen an hängigen Bahnprojekten auszuhandeln. Sie vertrat damit die Interessen ihrer noch nicht erschlossenen Regionen. Es handelte sich dabei um die Bözberg-, Reusstal-, Seetal- und Wynentalbahn sowie um die Aargauische Süd- und die Suhren-Wiggertalbahn. Die Tösstalbahn und das Komitee Winterthur – Singen – Kreuzlingen lehnten jede Beteiligung ab und wären höchstens bereit gewesen die Thalbahn von Aarau bis Waldshut zu verwirklichen. In langdauernden Verhandlungen, die sich bis in den Herbst 1872 hinzogen, verpflichtete sich die SCB Schweizerische Centralbahn Bremgarten mit Wohlen zu verbinden. Gemeinsam mit der NOB sollte zudem die Aargauische Südbahn und die Linie über den Bözberg gebaut werden.

Inzwischen hatte die NOB im August 1872 ebenfalls eine Konzession Otelfingen – Baden beantragt. Die Linie führte über Würenlos und stellte den aargauischen Teil des NOB-Projektes Niederglatt – Baden dar. Die Tösstalbahn wollte dagegen die Strecke ab Otelfingen nördlich des Gmeumeriwaldes direkt nach Baden legen. Als Begründung für eine eigene Linie führte die NOB ihr Prioritätsrecht aus der Konzession Zürich – Baden an und vermutete, dass die Tösstalbahn ihre Pläne für die Strecke Bülach – Otelfingen – Baden durch eine neue Streckenführung via Kloten – Regensdorf aufgeben wolle. Der Aargauer Regierung missfielen die zwei Linien im unteren Furttal, und sie liess den Sinn in Gutachten klären. Am 30.11.1872 wurden endlich die Konzessionen unter der Forderung einer Kautions von Fr. 100'000 erteilt. Bei einem Nichtaufbringen dieses Betrages sollten sie erlöschen. Die übrigen Bedingungen zur Ausrüstung der Strecke und Züge entsprachen den zürcherischen. Es wurde jedoch nur eine zwei Mal tägliche Personenbeförderung verlangt, und Schnellzüge durften im Aargau ohne Drittklasswagen verkehren. Die NOB erhielt die Strecke Otelfingen – Baden, weil sie Würenlos bediente, während die Tösstalbahn sich mit dem Teilstück Baden – Lenzburg – Aarau begnügen musste. Damit fehlte den Winterthurer Initianten ein Stück der geplanten schweizerischen Transitbahn! Es war auch höchste Zeit für die Entscheide, wurde doch mit dem neuen Eisenbahngesetz vom 23.12.1872 der Bund Konzessionsbehörde, und nicht mehr die Kantone.

Eidgenössische Konzession

Die betroffenen Winterthurer Konzessionsbewerber, später die Winterthur-Zofinger Eisenbahngesellschaft, ersuchten den Bund trotz des um fast einen Monat abgelaufenen Termins am 28.2.1873 um Fristerstreckung, weil die Konzessionserteilung durch die Aargauer Regierung sehr spät erfolgt sei. Bei dieser Gelegenheit teilten sie auch die geänderte Streckenführung über Basersdorf – Kloten – Regensdorf und den Verzicht auf die Zweigstrecke Bülach – Niederweningen – Stein mit. Die neuen Pläne wurden damit begründet, dass die NOB mit den Vorbereitungen für die eigene Strecke Niederglatt – Furttal – Baden schon weit fortgeschritten und an der neuen Linienführung mehr beitragswillige Gemeinden gelegen seien. Die spätere Nationalbahn sollte als «Volksbahn» von der öffentlichen Hand finanziert werden, und man rechnete deshalb mit erheblichen Gemeindebeiträgen. Längs der Strecke über Bülach bestand mit der BR Bülach – Regensbergbahn schon eine Eisenbahn, oder die Gemeinden hatten sich bereits der Rheintalbahn Winterthur – Waldshut verpflichtet. Für Buchs, Otelfingen und Würenlos änderte sich nichts, sie blieben der Nationalbahn treu (und mussten dies bereits ab 1878 durch deren Konkurs und spätere Zwangsversteigerung ausserordentlich teuer bezahlen). Die NOB konnte sich später dagegen rühmen, sie habe Niederglatt – Baden «ohne Mitwirkung von Gemeinden» gebaut. Am 23.10.1873 erhielt die NOB die Bundeskonzession für Niederglatt – Baden und zwei Tage darauf die Eisenbahngesellschaft Winterthur-Zofingen die ihrige neu über Kloten – Regensdorf. Für Otelfingen – Wettingen war nun eine gemeinsame Doppelspur vorgesehen.



Dampfzug um 1930 auf der NOB-Strecke zwischen Buchs und Otelfingen

Ausgeträumt

Der Traum einer transhelvetischen Eisenbahn durch das Furttal (und dadurch mit direkten Anschlüssen an die grossen Schweizer Städte und indirekt sogar ins Ausland) hatte sich verflüchtigt. Keine Schnellzüge mit allen drei Klassen sollten hier die Ost- und Westschweiz verbinden. Die NOB-Linie Niederglatt – Baden wurde zur «theilweisen Entlastung des Zürcher Hauptbahnhofs vom Güterverkehr» zwar gebaut und am 1.10.1877 eingeweiht. Sie war jedoch zu einem Nebenschauplatz der grossen Eisenbahnpolitik verkommen. Bis zum ersten Weltkrieg verkehrten lange Güterzüge, ab 1922 serbelte sie mit bescheidenstem Lokalverkehr dahin und wurde 1937 durch die spätere Betreiberin SBB stillgelegt. Die Winterthur-Zofinger Eisenbahn blieb als unvollendetes Werk ein Torso und kam ebenfalls nicht über den Status einer Lokalbahn hinaus. Erst durch die Gründung der SBB Schweizerische Bundesbahn 1898 und die Uebernahme der meisten Privatbahngesellschaften entstand eine einheitliche Eisenbahnpolitik in der Schweiz. Dem Furttal fehlte aber noch lange Zeit ein direkter Anschluss nach Zürich.

Rainer Siegenthaler, Bülach

Quellenangaben

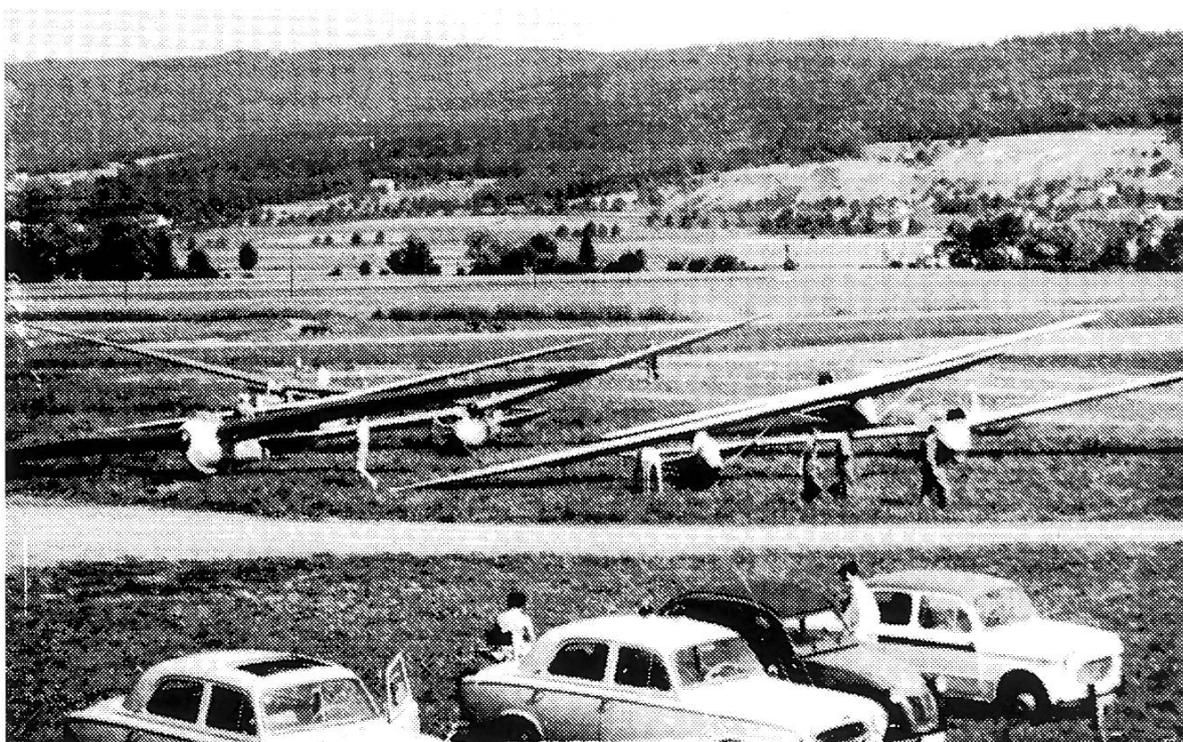
- Neujahrsblatt der Lesegesellschaft Bülach, Der direkte Weg von Paris nach Konstantinopel führt durch den Dettenberg, Nr. 26/1976
- Siegenthaler Rainer, Die «Schipkapass»-Bahn Bülach-Baden, Schweizer Eisenbahn-Revue, 8–9/2002 und 10/2002
- Alfred Escher-Ausstellung am Hauptsitz der Schweiz. Kreditanstalt Zürich, Katalog 1994
- Sommer-Fahrplan 1879 der Nordost-Bahn, Vereinigte Schweizer-Bahnen, Nationalbahn und Centralbahn, Buchdruckerei R.F. Haller-Goldschach, Bern
- Akten und Pläne Staatsarchiv des Kantons Zürich
- Akten und Pläne Staatsarchiv des Kantons Aargau

Sport- und Touristikflugplatz Dällikon

Die Vergangenheit zeigt, dass Dällikon, und damit auch zumindest das mittlere Furttal, irgendwie immer mit der Fliegerei und deren Auswirkungen konfrontiert war. Schon 1942 wurde das Kant. Landwirtschaftsamt beim Dälliker Gemeindepräsidenten vorstellig und legte einen provisorischen Situationsplan über einen vorgesehenen Privatflugplatz im Furttal vor. Die Gemeinden Dällikon und Buchs mit ihrem Riedland und noch zusätzliches Privatland kämen dafür in Frage. Im Gemeinderat Dällikon wurde darüber diskutiert, man fand aber, da diese Angelegenheit von einer Realisierung noch weit entfernt sei, dass vorläufig durch den Gemeinderat keine Stellung bezogen würde (ob der Gemeinderat Buchs kontaktiert wurde, ist nicht bekannt).

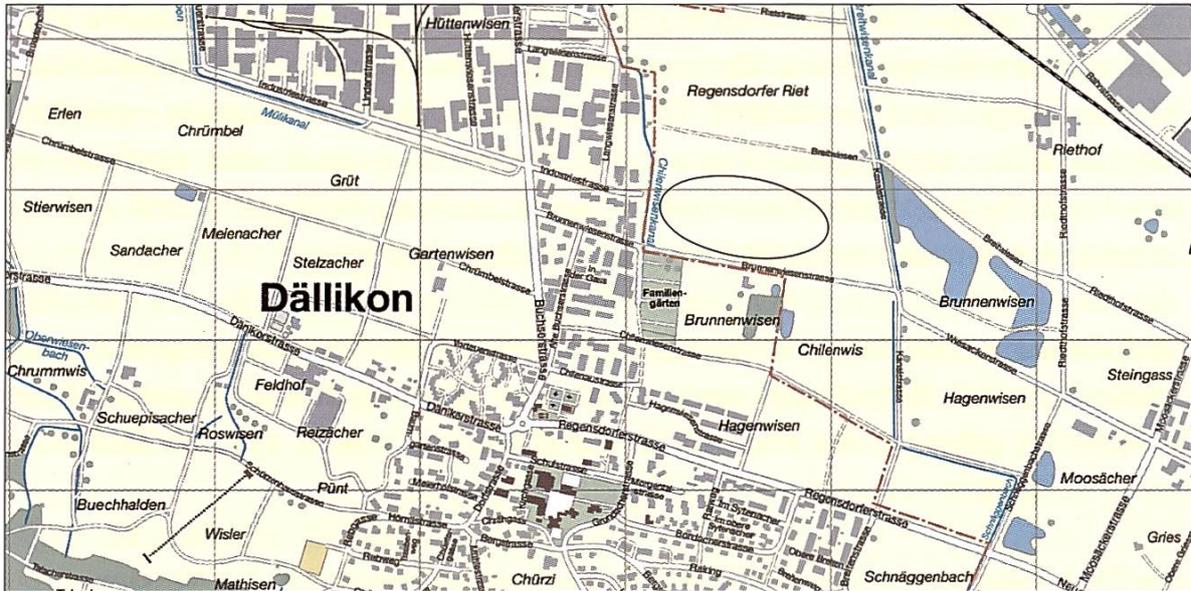
Bald darauf wurde dann der Segelflugplatz durch die Segelfluggruppe Lägern gegründet und in Betrieb genommen. Unter der Führung ihres Obmanns, Walter Meierhofer, gelangte der Platz rasch zur Blüte und wuchs mit den Jahren zu einem bekannten schweizerischen Segelflugzentrum.

Am 28.1.1948 wurde der Dälliker Gemeindepräsident durch den Vorsteher der Kant. Baudirektion, Regierungsrat Kägi, nach Zürich zu einer Besprechung der Flugplatzfrage eingeladen. Die Baudirektion beabsichtige, anstelle des Segel-



Segelflugplatz Dällikon 1940 – 1964

flugplatzes einen Sport- und Touristikflugplatz zu erstellen. Dieser sollte als Entlastung des Flughafens Kloten bei dichter werdendem Verkehr dienen. Es seien bereits schon umfangreiche Pläne hierfür vorhanden. Der Gemeindepräsident hatte diese Planung aber ernsthaft zurückgewiesen. Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss wurde nicht gefasst.



Standort des geplanten Sport- und Touristikflugplatzes Dällikon

© media swiss ag

Anmerkungen des Autors

Leider liegen in den Archiven der Baudirektion keine dieser umfangreichen Planunterlagen mehr vor. Es wäre interessant gewesen herauszufinden, welche Strategie wirklich hinter dieser Planung steckte. Es war immerhin die Zeit, zu welcher der Flughafen Kloten geplant und noch im Bau war. Und doch wurde bereits «Ersatz» für eine Entlastung für einen noch nicht im Betrieb stehenden Flugplatz gesucht. Es ist ein Rätsel, wie so dicht nebeneinanderliegende Flugplätze (Furttal / Kloten) hätten betrieben werden können. 1964 musste nämlich der damalige Segelflugplatz in Dällikon wegen dem erhöhten Flugaufkommen in Kloten geschlossen und nach Schänis verlegt werden!

Mir scheint, dass schon damals eine etwas, gelinde gesagt, konfuse Flugplatzplanung im Gange gewesen ist. Trotz heute störendem Fluglärm in Dällikon und Buchs, können wir froh sein, dass die damaligen Behörden nein zu einem solchen Projekt gesagt haben. Viele der heutigen Bewohner und Bewohnerinnen hätten Dällikon und Buchs dann vermutlich nur vom Hörensagen gekannt.

Peter Staub, Dällikon

Studienstadt Otelfingen

«Gut Ding will Weile haben – wir bauen an der neuen Stadt»

Auf der grünen Wiese eine mustergültig geplante Stadt für 30'000 Einwohner, mit einer City aus Stahl und Glas, Hochhäusern, Stadtparks und kreuzungsfreien Strassen. In den 50-er Jahren des 20. Jahrhunderts wollten Architekten und Planer die Schweiz in die Zukunft führen. Die Aufforderung, den gesellschaftlichen Aufbruch zu wagen und einen modernen Lebensstil zu verwirklichen, fand in der Öffentlichkeit grosses Echo. Doch die neue Stadt in Otelfingen wurde nie gebaut.

1955 sorgte eine Broschüre für landesweites Aufsehen. «achtung: die Schweiz» hiess die provokativ in rot gebundene Schrift. Verfasser waren Max Frisch, der spätere Soziologieprofessor Lucius Burckhardt und Markus Kutter, der sich später in der Werbebranche erfolgreich etablierte. Das gesellschaftskritische Pamphlet bildete den Anfang einer Stadtbauidée, die in der zweiten Hälfte der 50-er Jahre Architekten, Planer, aber auch breite Bevölkerungsschichten begeisterte.

Die drei Autoren schlugen vor, die kommende Landesausstellung (Expo 64) nicht als nationale Leistungsschau durchzuführen, sondern eine neue Schweizer Stadt nach den modernsten Städtebauprinzipien zu errichten. Mit dieser sollten «alle lebenswichtigen Probleme unserer Existenz gemäss den neuesten Erkenntnissen in Angriff genommen werden». – «Man ist nicht realistisch, indem man keine Ideen hat», schrieb Max Frisch, der nach dem Studienabschluss an der ETH einige Jahre als Architekt gearbeitet hatte, in der Weltwoche. Die Autoren warfen die Frage auf, wozu ein Pavillon für Landwirtschaft an der Landesausstellung nötig sei. «Wir zeigen einen lebendigen Markt, keine Milchpavillons, sondern eine Stadt, die auf beispielhafte Art mit Milch versorgt wird – und so weiter! Musterschlachthaus, Musterbäckerei, Mustergaragen, Musterbäder, Musterschulen.»

Aufruf zum Aufbruch

Frisch und seinen Mitstreitern, die Mitte der fünfziger Jahre die Diskussion um die Neue Stadt entfachten, ging es nicht nur um städtebauliche Fragen. Ihre Kritik zielte auf das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben der Schweiz in der Nachkriegszeit. Es ging nicht nur darum, Probleme der Gegenwart – Verkehrszunahme, Wohnungsnot, Zersiedlung etc. – zu lösen. Die Initianten der Neuen Stadt wollten einen Anstoss geben, dass die Schweiz Zukunftsperspekti-

ven entwickelt. Die Neue Stadt war auch Ausdruck für ein neues Lebensgefühl nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren. Und schliesslich sollte der Bau der Musterstadt ein Beispiel für demokratisches Planen sein.

Von vielen Zeitgenossen wurde dieser Aufruf zum Aufbruch als Unsinn abgetan. Die NZZ stellte ihrer Leserschaft die Frage, «aus welchem geistigen Urschlamm solche Blasen aufsteigen?» Bei jüngeren Architekten und Planern hingegen löste die Idee Begeisterung aus. Auch die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung äusserte sich positiv zum Vorschlag, eine Modellstadt zu bauen. Sie erhoffte sich Erkenntnisse, um bestehende Städte zu sanieren oder Satelliten- und Trabantenstädte zu bauen, wie sie in anderen europäischen Staaten, u.a. Grossbritannien, Deutschland oder Schweden, im Entstehen waren.

In den Städten herrschte Wohnungsnot

Die in den 50-er Jahren anlaufende Hochkonjunktur löste in den Schweizer Städten und Agglomerationen einen kräftigen Wachstumsschub aus. Zwischen 1950 und 1960 wuchs die Zahl der Städte mit 10'000 bis 100'000 Einwohnern von 37 auf 60. Den grössten Bevölkerungszuwachs in diesem Zeitabschnitt verzeichneten im Grossraum Zürich Dietikon (+109%), Dübendorf (+75%) und Schlieren (+65%). Namhafte Wissenschaftler gingen davon aus, dass sich die Schweizer Bevölkerung innerhalb weniger Jahrzehnte von 5 auf 10 Millionen verdoppeln wird. Kam dazu, dass in den 50-er Jahren die Nachfrage nach Wohnraum stark anstieg. Besonders gravierend war die Situation in der Stadt Zürich, wo es kaum noch freie Wohnungen gab.

Im Auftrag der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung gründeten die beiden Planungsfachleute Hans Aregger und Rolf Meyer eine Studiengruppe, um die Idee der Neuen Stadt weiterzuverfolgen und wissenschaftliche Grundlagenarbeit zu leisten. Man war sich bewusst, dass Beispiele aus dem Ausland nur mit Vorsicht auf hiesige Verhältnisse übertragen werden konnten. Die Mitarbeiter für die Studiengruppe waren schnell rekrutiert: Junge Planer, Architekten, Ingenieure, Soziologen und Juristen waren begeistert von der Idee. Im Oktober 1955 wurde eine Trägergesellschaft Neue Stadt gegründet. Zwei Jahre später zählte die Gesellschaft bereits über 500 Personen.

Die Planer gingen davon aus, dass ein Projekt im Raum Zürich am meisten Chancen hätte verwirklicht zu werden. Die Nachfrage nach Wohnraum war entsprechend gross. Anstatt gesichtslose Aussenquartiere – Schwamendingen galt als abschreckendes Beispiel – zu errichten, sollte auf der grünen Wiese

etwas Neues entstehen. Ein geschlossener Lebensraum mit Wohn- und Arbeitsplätzen.

Die Studiengruppe nahm Abklärungen vor, wie das Bauland gesichert und erworben werden könnte. Ferner war unklar, wie die Stadt finanziert würde. Es gab Gemeinden, die ihr Interesse anmeldeten, namentlich Altstätten im Rheintal oder Murten. Auch in Zofingen im Kanton Aargau sollte ein Neu-Zofingen entstehen. In diesen Jahren wurden diverse Studien erarbeitet, wie eine industrielle Kleinstadt mit rund 10'000 Einwohnern realisiert werden könnte. Viele dieser Entwürfe vermochten jedoch nicht zu überzeugen und wurden demzufolge nie realisiert.

Mehr Demokratie im Städtebau

Die Trägergesellschaft Neue Stadt wollte mit ihrer Modellstadt nicht nur Lösungswege aufzeigen, wie technische und wirtschaftliche Fragen des Städtebaus gelöst werden können. Auch ideelle Zielsetzungen sollten verwirklicht werden: Mehr demokratische Mitsprache in der Planung, mehr Lebensqualität für die Bewohner. Die Stadt sollte die Voraussetzungen schaffen, damit der moderne Mensch seine Bedürfnisse befriedigen konnte. Für den damaligen



Otelfingen 1958

Planungspionier Hans Marti war Städtebau eine «staatsbürgerliche Aufgabe der Demokratie». Er forderte seine Berufskollegen auf, aus der «Klausur der Studios herauszutreten und zu erfahren, wie das Volk über den kommenden Städtebau überhaupt denkt». Da viele Planer weniger an gesellschaftskritischen Fragen als vielmehr an der Lösung technischer und wirtschaftlicher Probleme interessiert waren, kam es innerhalb der Trägergesellschaft bald einmal zu Spannungen. So distanzierten sich Burckhardt, Frisch, Kutter und andere Mitstreiter bald einmal von der Neuen Stadt.

Im April 1956 startete ein fünfköpfiges Team unter der Leitung von Ernst Egli, Dozent für Städtebau an der ETH Zürich, mit der Ausarbeitung des Studienprojekts. Mit dabei war Ernst Winkler, Leiter des Instituts für Landesplanung an der ETH. Es ging in erster Linie darum, wissenschaftliche Grundlagenarbeit zu leisten. Der Leiter der Arbeitsgruppe war jedoch entschlossen, ein konkretes Projekt zur Ausführung zu bringen. Soziologischen Studien wurde ein breiter Platz eingeräumt. Man war davon überzeugt, dass soziale Probleme in einer Stadt wie Vereinsamung, Identitätsverlust oder Entfremdung durch geschickte Planung gelöst werden könnten. Zudem suchte die Planungsgruppe nach familiengerechten städtebaulichen Formen.

Das Furttal gerät ins Visier der Planer

Das Vorgehen der Planer war gekennzeichnet durch ein gehöriges Mass an Pioniergeist. So fuhren am 1. Mai 1957 der ETH-Dozent Ernst Egli und der Planungsfachmann Hans Aregger zwecks einer Erkundungsfahrt durch den Kanton Zürich und hielten Ausschau nach einem geeigneten Standort. Die Entscheidung fiel rasch auf das Furttal. Die Ebene zwischen Regensdorf, Otelfingen und Hüttikon schien besonders geeignet, um das Stadtplanmodell zu realisieren. Das gesamte Furttal zählte 1950 rund 4'380 Einwohner. Das Gebiet war vorwiegend landwirtschaftlich genutzt. Ausnahme unter den Furttaler Gemeinden war Regensdorf, das nach 1950 ein stärkeres Wachstum verzeichnete. Für die Planungsgruppe ein deutliches Anzeichen dafür, dass in den kommenden Jahren das gesamte Furttal einem erhöhten Siedlungsdruck ausgesetzt sein wird. Diese Prognosen waren jedoch nicht unumstritten: Als Kurt Leibbrand, Professor für Verkehrsplanung an der ETH, von der Planungsgruppe um seine Mitarbeit angefragt wurde, äusserte er seine Bedenken, ob die Entwicklung im Furttal tatsächlich in der von der Planungsgruppe geschilderten Weise eintreten wird. Leibbrand war der Ansicht, dass aufgrund der Verkehrsbasis die Entwicklung nicht im Furttal, sondern im Raum Spreitenbach stattfinden wird, womit er schliesslich Recht haben sollte.

Der «Kleinhausmanie» entgegenzutreten

Bis weit in die 50er-Jahre waren in der Schweiz die Erfahrungen mit Hochhäusern und die landläufigen Vorstellungen darüber rudimentär. Obwohl in Fachkreisen bereits in der Zwischenkriegszeit thematisiert, wurde das Hochhaus erst nach dem Krieg als neues städtebauliches Element eingeführt. Die sogenannte Hochhausfrage war ein Thema, über das in der Schweizer Öffentlichkeit heftig diskutiert wurde. Angeheizt wurde es durch die Tatsache, dass infolge mangelnder Bauordnungen hier und dort Bauten errichtet wurden, die nicht ins gewohnte Stadt- und Landschaftsbild passten oder bezüglich Wohnqualität als schlecht beurteilt wurden.

Bei Planern war die Wünschbarkeit von Hochhäusern jedoch unumstritten, nicht zuletzt, um die «Kleinhausmanie» und die Zersiedelung der Landschaft zu verhindern. Auch die Mitglieder der Planungsgruppe Neue Stadt waren klare Verfechter des Hochhauses. Man erhoffte sich einerseits, das Bauland rationeller ausnützen zu können, andererseits wurde ihm eine ästhetische Funktion zugesprochen. Mit 24 Stockwerken und 70 Meter Höhe glaubten die Planer, im Furttal an die obere Grenze der zumutbaren Gebäudehöhe angelangt zu sein.

Otelfingen als von Hochhäusern geprägte Stadt

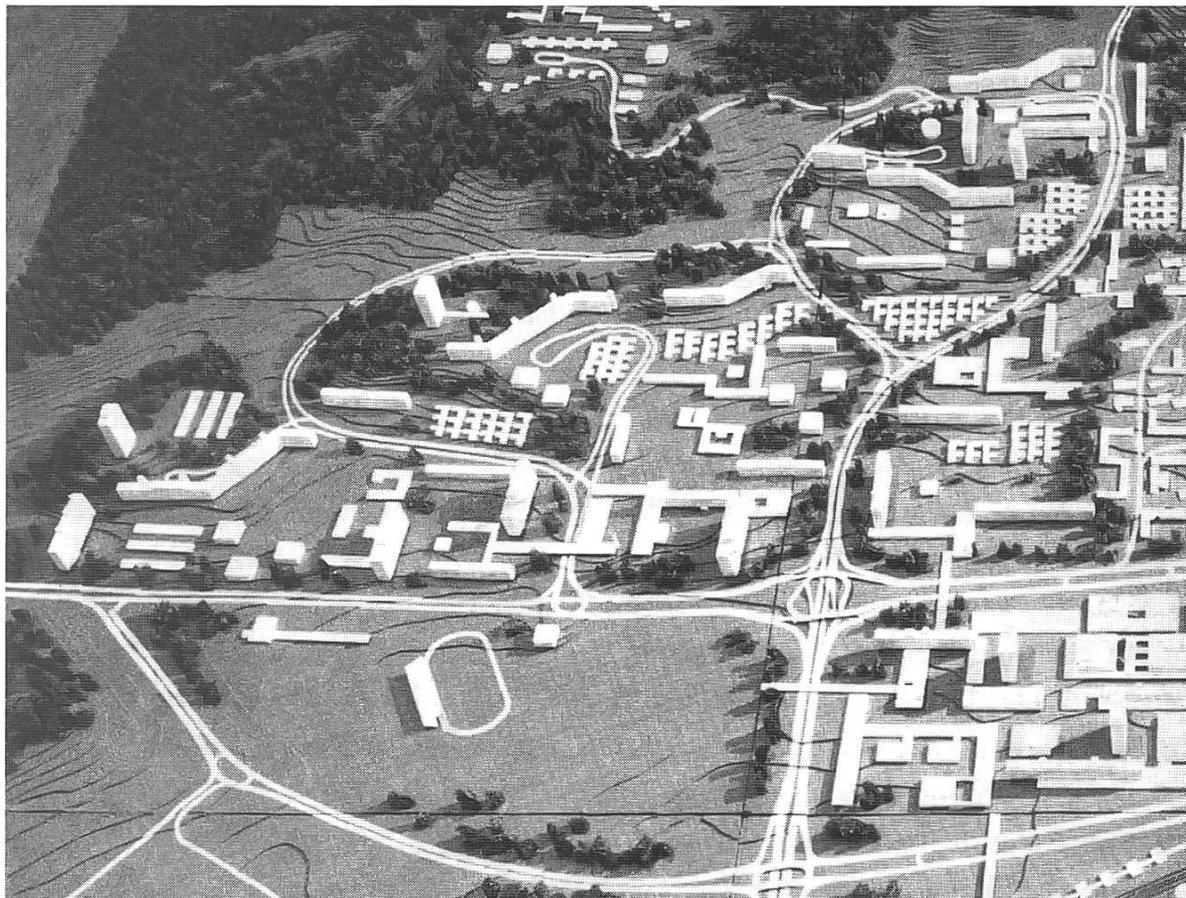
Und so stellten sich die Planer die neue Stadt im Furttal vor: «Als eine niedrige, dem Fussgänger vorbehaltene Bazarstadt, über welcher sich in weiten Abständen die Hochscheiben der Bürobauten erheben». Auf die Durchgrünung der City sollte bewusst verzichtet werden: «Diese soll als eine gedrängte künstliche Landschaft in Stein, Stahl und Glas, erfüllt von pulsierendem Leben in bewusstem Gegensatz stehen zur stillen Weite des angrenzenden Stadtparks.» Durch den Gegensatz von hohen Wohnblocks und grossflächigen Grünzonen sollte ein «neues Gleichgewicht zwischen Freiraum und Baumassen, kontrastreich und spannungsgeladen, aber auch frei von jeder Eintönigkeit» entstehen. Für die Planung der Wohneinheiten orientierten sich die Planer an der Unité d'Habitation, die Le Corbusier zwischen 1947 und 1952 in Marseille verwirklicht hatte. Im Stadtmodell im Furttal hatten freistehende Einzelhäuser zwischen Turm-, Scheiben- und Kulissenhäusern definitiv keinen Platz.

Im Verlauf der Arbeit am Studienprojekt stellte sich die Frage, was mit dem alten Otelfinger Dorfkern geschehen sollte. Die Planer zogen einen Totalabbruch zwar in Betracht, lehnten einen solchen aber bald einmal ab. «In der heutigen so schnelllebigen Zeit», so lautete die Begründung, «ist es mehr denn je nötig, auf den bewährten, uns von unseren Vätern überlieferten Werten aufzubauen,

um auch dem Neuen einen Anker im Bestand des aus unserer Eigenart Gewachsenen zu geben.» Die Planungsgruppe begründete ihren Entscheid ferner damit, dass die Neue Stadt die Tradition des früheren Ortes weiterführen sollte. So wurde «Alt-Otelfingen» in das Projekt miteinbezogen; die historische Bebauung – zumindest das, was erhaltenswert schien – sollte jedoch einer neuen Funktion zugeführt werden: Der alte Dorfteil war für Wohnungen und Ateliers für Künstler und Handwerker, Kulturbauten, Schulen und Heime vorgesehen, und die Kirche durfte auch noch gnädigst stehen bleiben

Bauern werden zu Farmern

Mit dem Studienprojekt sollten auch Lösungen erarbeitet werden, um die Schweizer Landwirtschaft zu modernisieren. In erster Linie ging es um die Frage, wieweit die anwachsende Bevölkerung durch die einheimische Landwirtschaft ernährt und der stark zunehmende Verlust an Agrarland wettgemacht werden konnte. Die Planungsgruppe war sich einig, dass die Landwirtschaft auch im Furttal nur überleben kann, wenn sie «hochintensiviert» wird. Ein junger Planer schlug gar vor, im Furttal «landwirtschaftliche Dörfer mit der Zeit ganz auszumerzen und durch Farmer zu ersetzen».



Westlicher Teil des Modells

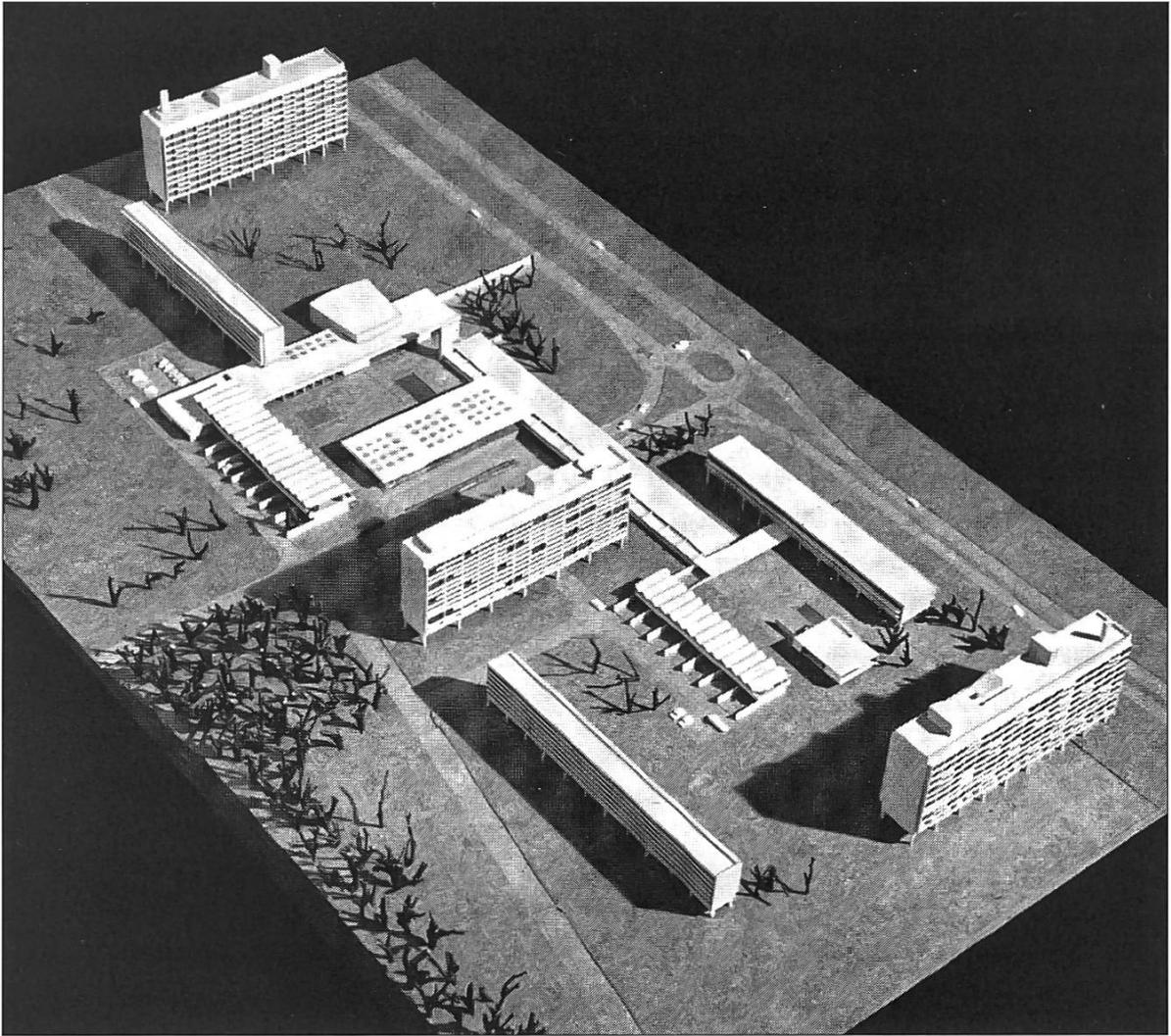
Die Forderungen der Planungsgruppe deckten sich in den wesentlichen Punkten mit den Zielsetzungen der Schweizer Agrarpolitik, die darauf ausgerichtet war, mittels Produktionssteigerung die Existenzgrundlage für die Landwirtschaft zu sichern und für den Krisenfall einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad zu erreichen. Bei der Planung im Furttal ging es natürlich auch um die Frage, wie eine Stadt mit 30'000 Einwohnern und 15'000 Arbeitsplätzen mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt werden konnte. 1955 gab es in Otelfingen noch 60 Bauernbetriebe. Nach dem Bau der Stadt hätten noch zwischen 10 und 15 Betriebe hier ihr Auskommen gefunden.

Angesichts des schnell anwachsenden Individualverkehrs (zwischen 1950 und 1970 nahm dieser in der Schweiz um das Siebenfache zu) kam der Verkehrsplanung in der Studienstadt eine besondere Rolle zu. Ziel war ein Strassennetz zu erarbeiten, damit von jeder Wohnung aus alle Arbeitsplätze innerhalb von 15 Minuten mit dem Auto oder Bus erreicht werden konnten. Die Strassen verliefen kreuzungsfrei. Für die Fussgänger wurden eigene Wege angelegt, sodass man die Möglichkeit hatte, die Stadt zu durchqueren, ohne jemals eine Fahrbahn zu betreten.

Ein Beispiel für mustergültige Planung

Im Dezember 1958 ging die Mitteilung durch die Schweizer Presse, dass das Studienprojekt abgeschlossen sei. Es lag ein rund dreihundertseitiger Bericht und ein Modell des Projekts Otelfingen vor, das im Institut für Landesplanung der ETH der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Grosses Interesse an der Studie zeigten vor allem Planungsstellen, technische Hochschulen und Universitäten in Deutschland, wo man vielerorts nicht nur mit der Planung, sondern auch mit der Ausführung ähnlicher Projekte beschäftigt war. Ein deutscher Professor für Städtebau und Landesplanung an der Technischen Hochschule in Aachen schrieb in einem Brief an die Verfasser der Studie: «Ich muss gestehen, dass wir mit einigem Neid bewundern, mit welcher Gründlichkeit die Schweiz Massnahmen vorbereitet, wie gewissenhaft und intensiv alles untersucht und besprochen wird.»

Die Studie stiess auch in der Schweiz auf Interesse, vor allem in Fachkreisen. Das Hochbauamt des Kantons Zürich wie auch der Zürcher Stadtrat bekundeten ihre Anerkennung für die geleistete Arbeit. Die Zürcher beteiligten sich mit dem Modell der Studienstadt sogar an einer Städtebau-Ausstellung in Lüttich (Belgien). Grosses Interesse zeigte auch der Berner Stadtplaner im Zusammenhang mit der Planung von Bern-Bümpliz.



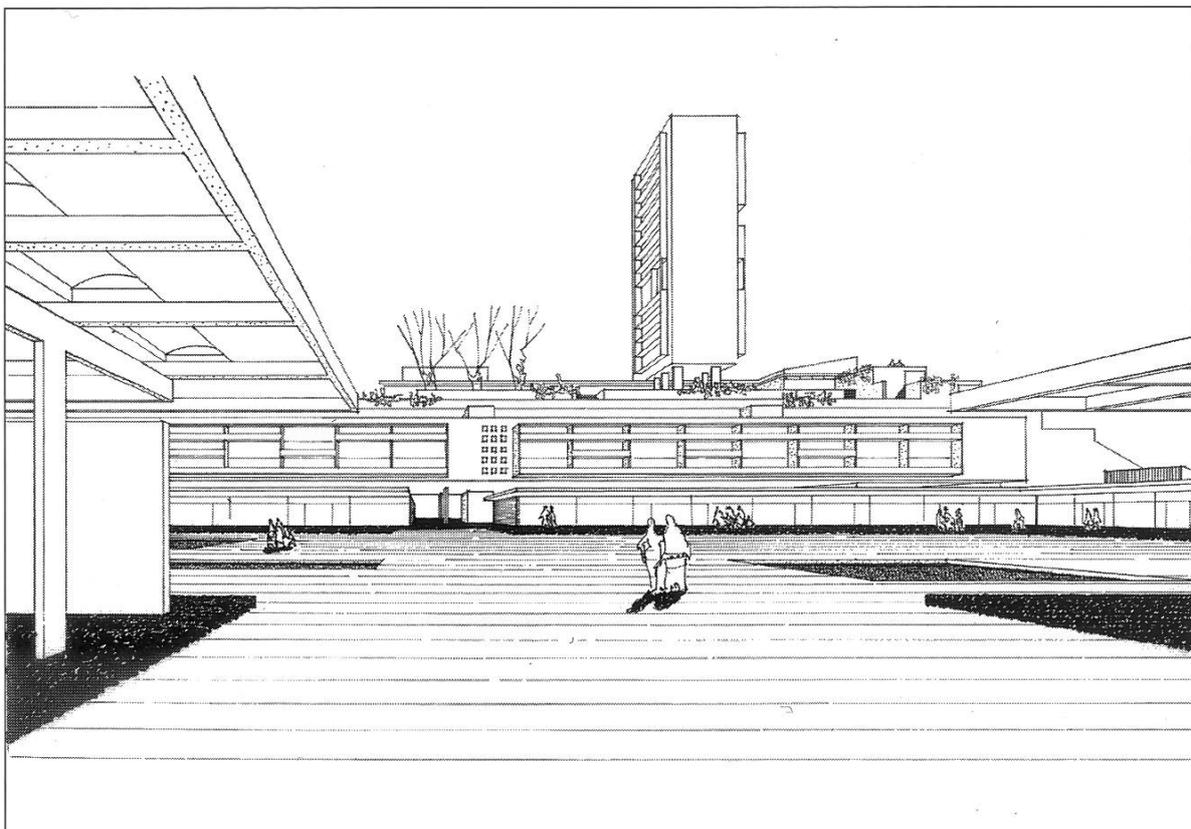
Teilausschnitt Quartierzentrum

Massive Kritik in Otelfingen und im Furttal

In Otelfingen regte sich Widerstand, als bekannt wurde, auf dem Gemeindegebiet solle eine neue Stadt mit 30'000 Einwohner entstehen. Aufgrund der Verunsicherung in der Bevölkerung beschloss der Gemeinderat im Höfli-Saal einen Vortragsabend durchzuführen, um das Modell zu präsentieren und Einsicht in die Pläne zu gewähren. Obwohl die Referenten beteuerten, es würde sich hier lediglich um eine akademische Studie handeln, blieb bei der Bevölkerung eine grosse Skepsis bestehen. Bereits am 6. Juni 1958 hatte sich die Planungsgruppe mit dem Otelfinger Gemeinderat in Baden getroffen, um diesem das Projekt vorzustellen. Ins Feld geführt wurden nebst dem Argument der günstigen Lage zur Stadt Zürich auch die «typisch schweizerischen Voraussetzungen», die Otelfingen für ein solches Projekt bieten würde.

Die Planungsgruppe versuchte, dem Gemeinderat das Projekt schmackhaft zu machen, indem man versicherte, die neue Stadt sei eine grosse Chance für die Gemeinde. Man habe jetzt noch die Möglichkeit, die Entwicklung selber in die Hand zu nehmen, ohne ein weiteres negatives Beispiel für die regellose Verstädterung zu werden. Der Gemeinderat winkte jedoch ab. Die Studie führte in Otelfingen kurzfristig zu einem Anstieg der Bodenpreise; auswärtige Spekulanten witterten hier bereits ein Geschäft. Die Planungsgruppe versuchte, auf den Gemeinderat beruhigend einzuwirken. Trotzdem wünschte dieser, dass bei einer Fortführung der Studien, die Neue Stadt nicht mehr in den Zusammenhang mit Otelfingen gebracht wird.

Das Studienprojekt war auch Thema im Zürcher Kantonsrat, nachdem ein Kantonsrat aus Buchs am 19. Januar 1959 eine Interpellation eingereicht hatte. Er wollte wissen, ob der Regierungsrat Kenntnis habe von der Arbeit und wieweit die Planung dieser neuen Stadt mit der kantonalen Regionalplanung übereinstimme. Ferner wurde die Regierung aufgefordert, Stellung zu nehmen. Regierungsrat Paul Meierhans antwortete darauf, dass aufgrund der kantonalen



Perspektive Stadtzentrum

Planung bestehende Regionalzentren gefördert und Satellitenstädte abgelehnt würden. Ferner betonte der Baudirektor, dass nach Ansicht der Regierung weder eine reale Grundlage, noch ein Bedürfnis bestehe, im Furttal ein solches Projekt zu realisieren, da sowohl die wirtschaftlichen wie auch gesetzlichen Grundlagen fehlen würden.

Für die Expo 64 nicht geeignet

Aufgrund des Interesses von Fachkreisen führten die Planer ihre Studien weiter. Sie gründeten eine Forschungsgemeinschaft für Städtebau, die anfangs von der ETH finanziell unterstützt wurde. Anlässlich der Landesausstellung 1964 wurde zwar keine neue Stadt erbaut, wie das Max Frisch und seine Mitstreiter in «achtung: die Schweiz» Jahre zuvor gefordert hatten. Aber immerhin sollte das Modell der Studienstadt Otelfingen an der Expo 64 in Lausanne gezeigt werden. Nach einer heftigen Auseinandersetzung innerhalb des Ausstellungskomitees erhielt die Forschungsgemeinschaft eine Absage, obwohl sich Persönlichkeiten wie der Künstler Max Bill oder der bekannte und international renommierte Schweizer Architekt Alfred Roth dafür eingesetzt hatten. Das Studienprojekt schien für die Landesausstellung ungeeignet, da es sich über bestehende Strukturen hinwegsetzte und als kaum realisierbar befunden wurde.

In einer Pressemitteilung, die 1963 in allen grösseren Schweizer Tageszeitungen erschien, hielt die Forschungsgemeinschaft fest: «In einigen Sätzen zusammengefasst kann gesagt werden, dass heute die Voraussetzungen zum Bau einer neuen Schweizer Stadt, ausser vielleicht im Rahmen einer Landesausstellung, wie sie seinerzeit durch die Broschüre «achtung: die Schweiz» angeregt wurde, nicht möglich ist. Es ist aber nicht unmöglich, die fehlenden Voraussetzungen noch zu schaffen. Sind diese einmal da, bedarf es einer äusserst sorgfältigen Planung, um die Stadtgründung zu einem Erfolg werden zu lassen... Demnach wäre es höchste Zeit, sich zu überlegen, ob nicht für die nächste Landesausstellung 1989 ein derartiges Projekt sinnvoll wäre und schon heute in Angriff genommen werden sollte.»

Schlussbetrachtung

Heute staunen wir über den Zukunftsoptimismus der Planer vor mehr als 40 Jahren. Alles schien möglich, das vor uns Liegende unbegrenzt und planbar. Und heute? In einer Zeit, die von Unsicherheiten geprägt ist, sind grosse Würfe nicht mehr gefragt. Wir neigen zu einer bewahrenden Haltung. Die Neue Stadt ist glücklicherweise eine Studie, und Otelfingen und das Furttal mit seiner hohen Lebensqualität sind erhalten geblieben. Trotzdem müssen wir uns in städ-

tebaulichen und planerischen Fragen den Herausforderungen stellen und immer wieder nach zeitgemässen und vorausschauenden Lösungen suchen. Denn nur so können wir den Problemen der Zeit gerecht werden.

Thomas Hegglin, Würenlos

Quellenangaben (Auswahl)

- Fachgruppe Bauplanung der Studiengruppe Neue Stadt, Studienprojekt einer neuen Stadt im Furttal, Zürich 1958, Bericht und Beilagen
- Wissenschaftshistorische Sammlungen der ETH-Bibliothek, Zürich, Die Studienstadt im Furttal bei Zürich, 2. Bericht über die Grundlagen einer neuen Schweizer Stadt, 1963
- Korrespondenz, Berichte, Pläne, Pressearchiv und andere Quellen

Ein Hotelprojekt auf der Lägern Hochwacht

Die Lägern, der grandiose Aussichtsberg

Die Lägern ist der höchste Berg im Zürcher Unterland mit einer grandiosen Aussicht, ein «Luegisland», dessen Rundsicht vom Säntis im Osten bis ins Berner Oberland und in die Vogesen im Elsass reicht. Sie ist der Hausberg der Unterländer und wurde 1977 ins Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung aufgenommen. Diese wunderbare Aussicht war schon immer ein Anziehungspunkt. Johann Rudolf Ringger, 1841 in Niederglatt geboren, hat sie um 1860 als Panorama nach der Natur gezeichnet, in Stahl gestochen und publiziert. Dieser prächtige Stahlstich hat ein Format von 125 × 7,5 cm. Im Vordergrund sieht man die umliegenden Dörfer und Hügellandschaften, im Hintergrund die Bergwelt von den Glarneralpen bis zum Gantrischgebiet.

Frühere Bauten auf der Lägern

Die «Burg» der Herren von Lägern

Unweit der heutigen Lägern Hochwacht erstellte die Dienstmannen-Familie «von Lägern» im 12. Jahrhundert eine einfache Burg, die später zum Sicherungsring um das Städtchen Neu-Regensberg gehörte. Sie wird allerdings schon um 1303 als Ruine erwähnt. Die Burg liegt beinahe am höchsten Punkt der Lägern auf dem Felsgestein. An der Ost- und Westseite wurde in den Fels ein «Halsgraben» gehauen, um Feinde besser abwehren zu können. Die Anlage war verhältnismässig gross, misst die Ruine doch 67 × 20 Meter. 1902 – 1903 wurde sie archäologisch untersucht und baulich gesichert.

Die Hochwacht

Im 17. Jahrhundert gab sich Zürich eine neue Militärorganisation und damit auch ein neues Alarmsystem. An der Stelle des heutigen Triangulationspunktes erstellte der Stadtstaat Zürich deshalb 1624 eine erste «Hochwacht», die zur Zeit des Dreissigjährigen Krieges erneuert und erweitert wurde. Rauch- und Feuersignale konnten gegeben oder empfangen werden. Die Lägern war wegen ihrer freien und weiten Sicht zu einer der Haupthochwachten im ganzen Nachrichtensystem bestimmt. 1812 wurde sie aufgehoben, jedoch 1847 im Sonderbundkrieg nochmals aktiviert. 1876 brannte das alte Wachthaus nieder.

Mit Regierungsratsbeschluss vom 6.8.1903 wurde die Lägern Hochwacht der Gemeinde Boppelsen zugewiesen; bis dahin sah man sie stets als Regensberger Gebiet an.

Aufkommender Tourismus

1865 wurde die Eisenbahnlinie von Zürich nach Dielsdorf eröffnet, sodass Rundreisen mit einem Fussmarsch über die Lägern nach Baden und Rückfahrt mit dem Zug beliebt wurden. Der Tourismus erforderte Verbesserungen und zusätzliche Angebote. Es entstanden Führer, Panoramen, Fotomäppchen und Ansichtskarten. Vorallem an Auffahrt und Pfingsten fanden Massenwanderungen auf die Lägern statt. Die Nordostbahn-Gesellschaft setzte dafür sogar Extrazüge ein. Auf dem Berg wurde gegessen, getrunken und getanzt.

1885 erwarb der Wirt Daniel Romann aus Dachslern ein Wirtschaftspatent und erstellte 1888 auf Staatsboden ein einfaches Holzgebäude mit Wirtschaft. Später begann auch Fritz Hofer auf der Hochwacht mit dem Verkauf von Getränken und Esswaren, und er besserte die Strasse nach Regensberg aus. In den Jahren 1893–1895 baute er das Wirtshaus «Zur hohen Wacht», den Kernbau des heutigen Restaurants. Dieses Gebäude war dem Ort und Zeitgeschmack angepasst: Ein massiver kubischer Wohnturm mit begehbare Zinne und gemauerter Zinnenbrüstung. Weil das Flachdach rasch undicht war, wurde wenig später ein Ziegeldach aufgesetzt, das noch heute diesen Hausteil überdeckt. Der originelle und damals weit herum bekannte Bergwirt Hofer starb am 22.5.1923.

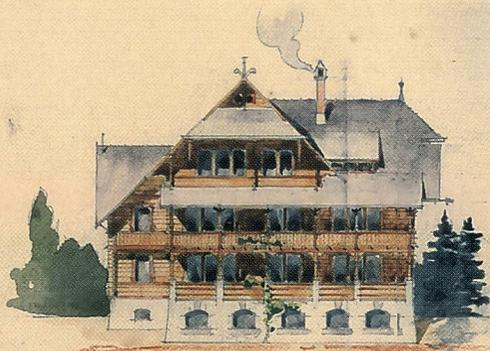


**Fritz Hofer, Wirt auf der Hochwacht
von 1890 bis 1923, als Musikant**

PROJEKT ZU EINEM SCHWEIZERHAUS FÜR HERRN HOFER.

AUF

LÄGERN-HOCHWALT.



15. Mai 1906

SÜDFACADE.



WESTFACADE.



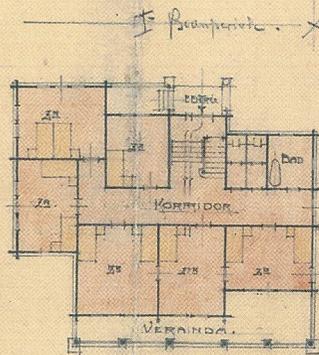
OSTFACADE.

(Prinzipisch)

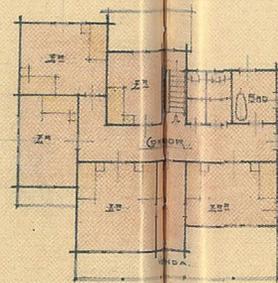


HINTERFACADE.

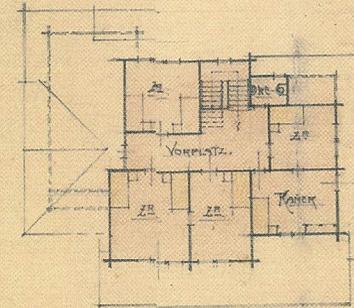
J. Gross



PORTIERGRUNDRISS.



I STOCKGRUNDRISS.



DACHSTOCKGRUNDRISS.



Plan des Hotelprojektes 1906 von Jacques Gross, Architekt in Zürich

Ein Schweizerhaus auf der Lägern

1906 liess sich Hofer vom bekannten Zürcher Architekten Jacques Gross, dem Erbauer des Dolder Grand Hotel, Zürich ein Projekt für ein Schweizerhaus auf der Hochwacht erstellen, ein im damals charakteristischen Holzhausstil gestaltetes Gebäude. Auf gemauertem Sockel aus Lägern-Steinen war ein chaletartiger Bau mit ca 20 Betten und 2 Badezimmern vorgesehen. Der Holzhausstil hatte sich vor allem nach der Landesausstellung 1883 in Zürich stark und stiltypisch entwickelt.

Der Architekt

Jacques Gross, eigentlich Friedrich Jakob Gross, stammte aus Basel und lebte von 1858 bis 1922. Seit 1890 führte er in Zürich ein eigenes Architekturbüro und wurde hier 1909 eingebürgert. Gross war ein Schüler und Freund von Professor Ernst Gladbach, der ein markanter Förderer und Forscher schweizerischer Holzbauarchitektur war. Neben dem Dolder Grand Hotel erstellte Gross auch das verschwundene Hotel Dolder Waldhaus, verschiedene grosszügige Wohnbauten im Chalet-Stil, aber auch massiv gemauerte Häuser wie z.B. die Fabrikanten-Villa «Zum Felsberg» für Hermann Hess-Honegger in Rüti ZH, dem Begründer der Embru-Werke.

Das Projekt

Auffallend am Projekt für ein Schweizerhaus ist die optische Durchdringung von verschiedenen Baukörpern und dem damit verbundenen, vielfältigen Dach, das eine eigenartige, virtuose Dachlandschaft bildet. In unbeschwerter Form gibt es hier offene Dachgiebel, Krüppelwalme und Klebdächer, kombiniert mit Veranden (gedeckten Balkonen) auf der Süd- und Aussichtsseite. Unzweifelhaft wäre das Haus an bester Aussichtslage, z.B. an der südseitigen Krete entstanden, darum sind die Mehrzahl der Zimmer nach Süden gerichtet. Der Eingang und das Treppenhaus liegen auf der Nord- oder wie im Plan angegeben, auf der Hinterseite. Im Parterre und im Obergeschoss sind neben den gemeinsamen Toiletten je ein Badezimmer und im Dachgeschoss ein WC vorgesehen. Auffallend ist das Fehlen von Gemeinschafts- und Essräumen. Diese waren sicher im heutigen Restaurant gedacht.

Der Originalplan hat eine Grösse von 65×45 cm. Gezeichnet ist alles mit Bleistift und mit Wasserfarben koloriert. Er zeigt die vier Fassaden und drei Grundrisse. Leider fehlt der Grundriss des Untergeschosses. Der Plan trägt das Datum vom 15.5.1906 sowie den Firmenstempel und die Unterschrift von Jacques Gross.

Nichtrealisierung

Möglicherweise konnte dieses Schweizerhaus nicht gebaut werden, weil der Kanton Zürich bereits mit Datum vom 28.11.1901 im Grundbuchamt Dielsdorf eine Baubeschränkung über das Grundstück von Hofer eintragen liess: «...auf seinem Grundeigentum keinerlei Bauten auszuführen, durch welche die Signal-sichten nach den Signalen Eschenmosen und Freienstein sowie nach dem Kirchturm Bülach gehindert werden.» Leider sind aber keine Fakten überliefert.

So müssen sich heute noch die Besucher auf der Lägern Hochwacht mit dem alten, später um einen Anbau erweiterten Restaurant begnügen. Und auf eine Uebernachtung mit grandioser Aussicht verzichten.

Pit Wyss, Dielsdorf

Quellenangaben

- Hegi Friedrich; Herren von Legern, Genealogisches Handbuch, III. Band
- Schmid H., Lehrer; Die Lägern und ihre Umgebung als Wanderziel, Regensburg 1897
- Hediger Heinrich; Geschichte des Städtleins Regensburg; Verlag Bopp, Zürich 1927
- Nievergelt Dieter; Historismus – Die Architekturentwürfe von Jacques Gross, Erläuterungen zur Ausstellung 1979 im Sonnenhof (erschieden als selbständiges Heft im Büro für Denkmalspflege Zürich)
- Nievergelt Dieter; Dokumentation der Projekte und Bauten von Jacques Gross; Denkmalspflege der Stadt Zürich.
- Rolf Meier und Bruno Meier; Die Lägern – eine Gratwanderung; Hier und Jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, Baden 2003

Der unendliche Traum eines Freiluftschwimmbades in Regensdorf

Der lange und beschwerliche Weg der ersten Planungsphase

Am 22. Juni 1959 kam an der Gemeindeversammlung Regensdorf eine Motion von Daniel Kunz, Lehrer, und Alfred Duttweiler, Drogist und Sportsmann, betr. Planung eines öffentlichen Schwimmbades (evtl. in Verbindung mit einem Sportplatz) zur Sprache. Es wurde die Bildung einer Kommission beschlossen, die das Vorhaben prüfen und einen geeigneten Ort in Vorschlag bringen sollte. Schon zuvor, 1958 waren Fr. 50'000 in einen Schwimmbadfonds gelegt worden. Am 18. November 1959 wurde eine «Schwimmbad-Kommission» zur Erarbeitung eines Grobprojektes gebildet. Sie bestand aus den neun Mitgliedern Curt Walz (Präsident, vom Gemeinderat delegiert), Ernst Bosshart, Hansruedi Bühner, Alfred Duttweiler, Daniel Kunz, Karl Meyer, Jean Metz, Albert Volkert und Emil Zollinger.

Als Bauplatz war die Waldwiese im Bösch beim Bahnübergang der Altburgstrasse vorgesehen. An der Gemeindeversammlung vom 22. Dezember 1962 war der von der Kommission beehrte Planungskredit umstritten, wurde aber knapp bewilligt. Die Angelegenheit blieb danach mehr als ein Jahr liegen. Im Februar 1963 nahm der Gemeinderat Kenntnis von einem provisorischen Kostenvoranschlag der Architekten Theo Landis und Markus Maurer, Schlieren, in Höhe von 6,995 Mio. Franken. Diese hatten zusätzlich eine Kunsteisbahn ins Projekt aufgenommen, da sich die Stadt Zürich daran interessiert zeigte und sich wohl an den Kosten beteiligt hätte. In der Folge wurde ein zusätzlicher Planungskredit für das Schwimmbad von Fr. 30'000 beschlossen. Es zeigte sich aber, dass der Baugrund im Bösch schlecht und eine Beteiligung der Stadt fraglich sei. Der Gemeinderat sah sich im folgenden Jahr genötigt, das Projekt des Ingenieurbüros Landis und Maurer zu reduzieren, und in einer 1. Etappe nur 2 Becken und das Garderobengebäude zu realisieren, wofür ein Kredit von 2,15 Mio. von der Gemeindeversammlung vom 21. Dezember 1964 beschlossen wurde. In dieser Zeit erhielt man Kenntnis, dass der Bundesrat als Konjunkturdämpfungsmassnahme den Bau von Schwimmbädern generell verbot, so dass der für Ende 1966 vorgesehene Baubeginn dahin fiel.

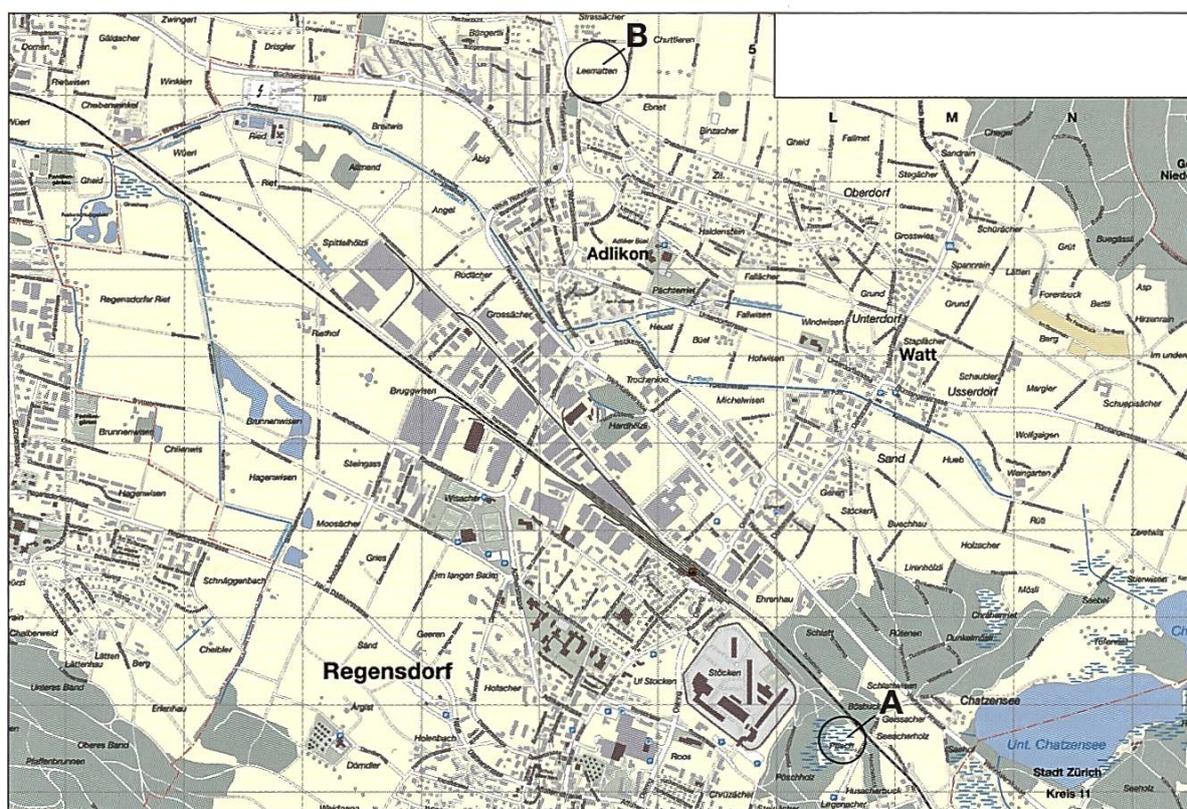
Ein neues Projekt

Am 12. Januar 1965 bestimmte der Gemeinderat eine neue Kommission unter Leitung des Hochbauvorstands Karl Schwarz zur Ausarbeitung eines Detailplans für das Schwimmbad im Bösch. Die von dieser Kommission zugezogenen

Architekten erarbeiteten ein Projekt, das in einer 1. Etappe drei Becken (je eines für Schwimmer, Nichtschwimmer und Kleinkinder), je eine Liege- und Spielwiese, ein zweistöckiges Garderobengebäude und Autoabstellplätze vorsah. Man dachte auch daran, das Bad im Winter als Kunsteisbahn zu nützen. Doch war an einen Baubeginn nicht vor der Erfüllung verschiedener Auflagen zu denken. 1967 ergänzte man das Projekt mit Dienstgebäude, Abwartswohnung und Trafostation. Aus Sicherheitsgründen sollte die Altburgstrasse die Bahn in einer Unterführung queren, wovon man aber aus Kostengründen absah und sich mit einer Warnlichtanlage für Fr. 50'000 begnügte. An dieser Summe wollte sich die SBB zur Hälfte beteiligen.

Das Hallenbad im Zentrum soll den Vorzug erhalten

Etwa gleichzeitig reifte nun der Gedanke an ein Hallenbad im Zentrum heran. Auf einer Studienreise zur Besichtigung moderner deutscher Hallenbäder in Neckarsulm und Montabaur im September 1967 erkannte der Gemeinderat, dass mit dem Freibad Bösch eine Doppelspurigkeit bei der Bäderplanung entstehe. Im Protokoll des Gemeinderats vom 17. Oktober 1967 heisst es: «Der Bau eines Freibades im «Bösch» ist immer noch ungewiss, hingegen hat sich das Interesse der Behörde (und eines Teils der Bevölkerung) mehr einem Hallenbad zugewandt. «Bösch» bleibt pendent.»



A Standort im Bösch B Leematten

© media swiss ag

Ein weiterer Anlauf

Die weitere Planung des Bades im Bösch ruhte danach, bis am 7. Januar 1970 Karl Frutiger eine Initiative einreichte, in welcher der baldige Baubeginn des «Freiluftschwimmbades im Bösch», das ja schon einmal bewilligt worden sei, gefordert wurde. Der Gemeinderat war der Meinung, dass der Kreditbeschluss von 1964 für 2,15 Mio. Franken bereits Ende 1966 verfallen sei, da man ihn zeitlich befristet habe. Das Bösch käme allenfalls als Sportplatz in Betracht, und übrigens sei der Katzensee wieder sauberer und deshalb als Freibad geeignet. Da der Rat weiter nichts unternahm, reichte Frutiger beim Bezirksrat eine Beschwerde wegen Verschleppung ein. An der Gemeindeversammlung vom 5. Mai 1970 wurde das Schwimmbadproblem neu erörtert und nach Ablehnung der Initiative Frutiger ein Vermittlungsantrag von Walter Kägi und René Härrli angenommen, wonach

- mit den Nachbargemeinden zusammen nach einem neuen Standort gesucht werden solle,
- bis Ende 1972 ein Projekt und eine Kreditvorlage zu erstellen sei,
- demnächst eine öffentliche Orientierung über das Vorhaben stattzufinden habe.

An der Orientierungsversammlung vom 24. Juni 1970 brachte der Gemeinderat als neuen Standort für ein Bad die Leematten (bei der Ziegelhütte, an der Wehntalerstrasse unterhalb des Schwenkelbergs) ins Gespräch. Ein grosser Teil des in Frage kommenden Landes war bereits im Besitz der Gemeinde. Am 22. März 1971 wurde an der Gemeindeversammlung ein Landabtausch und ein Planungskredit von Fr. 120'000 gesprochen und die noch bestehende Schwimmbadkommission mit ausgewiesenen Fachleuten verstärkt. Aus dem Wettbewerb ging im September 1972 das Projekt der Zürcher Architekten Bolliger, Hönger und Dubach siegreich hervor.

Ende November 1972 stellte der Regierungsrat einen Teil des Bösch-Areals unter Naturschutz, wodurch dort bauliche Eingriffe kaum mehr möglich waren. Das hatte zur Folge, dass nun das Bad in den Leematten favorisiert wurde, ja dass man sogar auf den Gedanken kam, dem Projekt noch ein Hallenbad anzugliedern. Es fand 1973 eine Abklärung statt, ob das Hallenbad nicht besser in der geplanten Gemeinschaftsanlage «Adlikerbüel» (wo später das Schulhaus «im Pächterried» entstand) zu integrieren sei. 1974 kam der Schwimmbadkommission die Sportplatzplanung «Wisächer» in die Quere. Es stellte sich die Frage, was für die Gemeinde von grösserer Bedeutung sei, ein Freibad oder

ein Sportplatz. Mit dreijähriger Verzögerung legte der Gemeinderat endlich (nach einer von Frutiger im Mitteilungsblatt vom 31. Oktober 1975 publizierten Mahnung) das neue Projekt Leematten der Zürcher Architekten Bolliger, Hönger und Dubach den Stimmbürgern vor, empfahl es aber zur Ablehnung, weil erstens seit 1973 das Hallenbad im Zentrum zur Verfügung stand, zweitens von der Stadt Zürich 1968 am Katzensee ein modernes Freibad eröffnet worden war und drittens inzwischen dem Sportplatz die Priorität eingeräumt worden war. Es ging um einen Kredit von 7,055 Mio. Franken. Im Projekt Leematten sollten auf rund 3½ ha folgende Bauelemente realisiert werden: Zufahrt mit Parkanlagen, Garderobentrakt mit Abwartswohnung, 3 Becken (für Schwimmer und Wettkämpfe 50 × 21,5 m, Schulbecken 25 × 40 m, Sprungturmbecken mit 5m-Turm), Spielplatz und Planschbecken für Mutter und Kind, Spielwiese mit Fussballfeld, Liegewiesen, Restaurant und Minigolfanlage (später evtl. die Integrierung eines Hallenbads). Den Baubeginn sah man für 1976 vor, die Eröffnung für 1977.

Ablehnung

Am 7. Dezember 1975 wurde das Projekt an der Urne mit 834 Ja gegen 1543 Nein deutlich abgelehnt. Der Gemeinderat zog daraus den Schluss, dass nicht mehr speziell ein Schwimmbad zu planen sei, sondern dass er sein Augenmerk eher auf eine zeitgemässe Sportanlage zu richten habe, wozu Land in den Wisächern bereits zur Verfügung stand. Die Idee eines Regensdorfer Freibades, dessen Planung man während über 20 Jahren und teilweise mit bedeutendem Aufwand betrieben hatte, legte der Gemeinderat definitiv aufs Eis. Sie ist seither nie wieder in Erwägung gezogen worden. Der Platz Leematten (resp. Ziegelhütte) wurde jahrelang als provisorischer Reitplatz vom Reitverein Regensdorf benutzt, und es fanden darauf jährlich die beliebten Regensdorfer Reitsporttage statt.

1976 kam zum kleinen Ausgleich der Gedanke auf, das etwas verwilderte Gelände im Bösch der Öffentlichkeit wenigstens in moderierter Form zugänglich zu machen. Man sprach von einer «Familien-Erholungsanlage», wofür ein Projekt für Fr. 353'600 in Auftrag gegeben wurde. Die Gemeindeversammlung vom 15. November 1976 stimmte diesem Kredit sehr knapp zu, weshalb der Antrag auf Urnenabstimmung gestellt wurde. Die Abstimmung vom 24. April 1977 ergab dann eine sehr deutliche Ablehnung mit 295 Ja gegen 992 Nein. Seither ist das Gelände im Bösch gleich geblieben und wird als Wiese landwirtschaftlich genutzt.

Gute Alternativen

Den Katzensee darf man mit gutem Recht als das Freiluftschwimmbad von Regensdorf bezeichnen, auch wenn es auf Stadtboden liegt und an schönen Sonntagen masslos überfüllt ist. Ein Schwimmbad mit einem schöneren Ambiente kann man sich kaum denken. In der Nähe von Regensdorf wurden später von der Stadt Zürich das Schwimmbad Zwischen den Hölzern (auf Oberengstringer Gemeindegebiet), von der Gemeinde Würenlos das Bad Rebacher, in Dielsdorf die Sportanlage Erlen mit kombiniertem Freiluft- und Hallenbad sowie in Rüm- lang das grosse Hallenbad Heuel eröffnet. Die Bevölkerung von Regensdorf kann somit das Fehlen eines Familien-Freibades im eigenen Gemeindebann verschmerzen. In den «Umsetzungsideen» des vom Gemeinderat 2003 veran- lassten Projekts «Zukunft Regensdorf» ist kürzlich das Schwimmbad Furttal wieder ins Gespräch gekommen, doch wird ihm kaum eine Chance eingeräumt.

Lucas Wüthrich, Regensdorf

Furttal-Hochleistungsstrasse

Ausgangslage

Die ZPF Zürcher Planungsgruppe Furttal rechnete in ihrem Bericht vom Juli 1962 bis zum Jahr 2000 mit einer Verzehnfachung der Bevölkerung auf 80'000 Einwohner in den zürcherischen Furttalgemeinden. Damit wäre bis zu diesem Zeitpunkt der mögliche Endausbau des Tales erreicht gewesen. Diese Annahme zwang die Planungsgremien des Kantons die zukünftigen Verkehrsverhältnisse zu analysieren und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Diese fanden Eingang in die Gesamtkonzeption für Hochleistungsstrassen des Kantons Zürich (Prot. Regierungsrat vom 10.9.1964).

In erster Linie ging es im Furttal darum den Durchgangsverkehr von den Dörfern fernzuhalten. Es war zu erwarten, dass dieser nach der Erstellung des Nationalstrassennetzes beträchtlich anwachsen würde, da das Furttal als direkte Strassenverbindung zwischen den Industriezentren Baden-Brugg und dem Raum Winterthur-Ostschweiz eine Umfahrung der Grossstadt Zürich ermöglichte. Der Anschluss an die Autobahn Zürich-Winterthur und die Zürcher Oberland-Autobahn wirkt besonders verkehrsanziehend.

Trotz den Bestrebungen der Gemeinden im Furttal eigene Industrien anzusiedeln und damit ein Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Wohnplätzen zu schaffen, besteht zwischen beiden erfahrungsgemäss kein zwingender Zusammenhang. Deshalb musste mit einem relativ grossen Pendlerstrom zu den Arbeitsplätzen in Zürich und Baden-Brugg, andererseits aber mit einer Gegenbewegung zum Ausgleich des Arbeitskräftedefizites im Furttal gerechnet werden. Diese für Pendlerströme typischen Verkehrszusammenballungen und die sich daraus ergebenden hohen Spitzenbelastungen am Morgen und am Abend ergaben einen beträchtlichen Verkehrsanteil für eine zukünftige Hochleistungsstrasse.

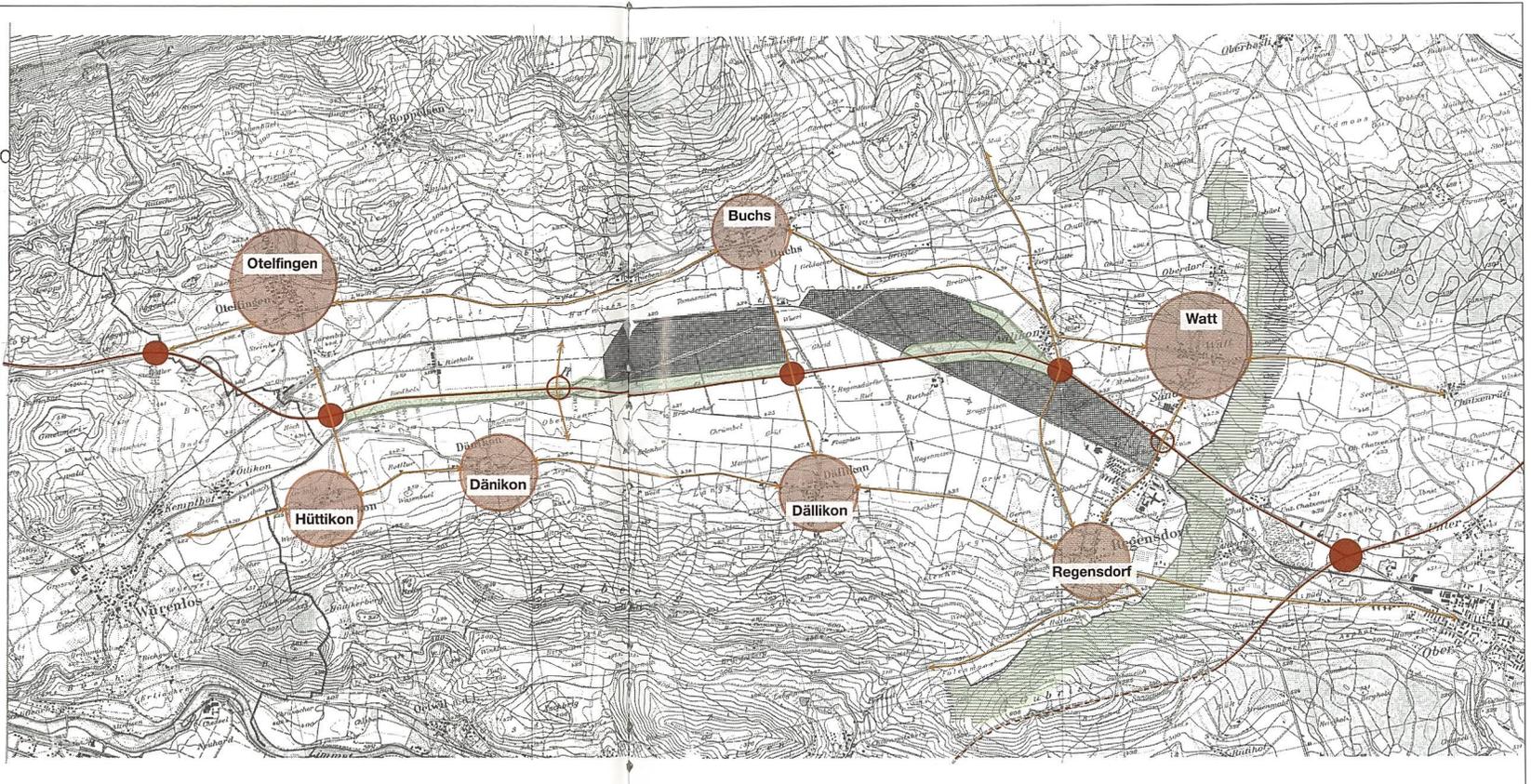
Projekt Furttal-Hochleistungsstrasse

Die Hauptaufgabe der neuen Verkehrsplanung lag nun darin die Hochleistungsstrasse, die im wesentlichen der Talsohle folgen sollte, mit den einzelnen Knoten- bzw. Anschlusspunkten zweckmässig in das Gesamtverkehrsnetz des Tales einzuordnen. Die vorhandenen Strassen sollen die Ortskerne verbinden und verlaufen in der Regel entlang den beiden Hangfüssen. Es war deshalb Ziel der Verkehrsplanung diese Verbindungen aus den Ortskernen zu entfernen, Umfahrungsstrassen zu erstellen und diese durch Talquerverbindungen an die Hochleistungsstrasse anzuhängen.

FURTTAL - EXPRESSTR.
GENERELLE SITUATION 1:10'000

- LEGENDE:
- EXPRESSTRASSE
 - HAUPTSTRASSEN
 - GRÜNZONE
 - INDUSTRIEZONE
 - DORFZENTRUM

10'404 LÖSCHER 60/168 10.61



Streckenführung Furtal-Hochleistungsstrasse, Planung 1961

Es wurde nun ein Projekt ausgearbeitet, das eine vierspurige Autobahn vorsah, die mit Ausnahme eines Teilstückes in Regensdorf in der Talmitte verlief und keine Ortschaften direkt berührte. Von den einzelnen Ortschaften wurden direkte Anschlussstrassen, zum Teil wegen des zu erwartenden grossen Verkehrsaufkommens vierspurig, geplant. Die Furttal-Hochleistungsstrasse war Teil des kantonalen Gesamtkonzeptes und wurde als Talerschliessung und Teil der «Stadtumfahrung» bezeichnet.

Das Projekt wurde in den regionalen Richtplan aufgenommen, der jedoch nach einem emotionalen Abstimmungskampf 1982 an der Urne abgelehnt wurde. Dabei spielte in der Argumentation die Hochleistungsstrasse eine entscheidende Rolle.

Die Idee einer Furttal-Hochleistungsstrasse verschwand damit aus den Planungen, zumal sich auch die Bevölkerungs- und Arbeitsplatzprognosen als weit überrissen erwiesen hatten. Lediglich der Zubringer von der A1 auf aargauischem Gebiet nördlich des Gmeumeriwaldes sowie die Umfahrung Adlikon wurden auf dem vorgesehenen Areal realisiert.

Verkehr heute

Die Furttal-Hochleistungsstrasse wäre auch aus heutiger verkehrstechnischer Sicht für die Dörfer im Furttal und deren Entlastung vom Durchgangs- und Pendlerverkehr wohl eine sehr gute Lösung gewesen. Insbesondere mit der kürzlichen Eröffnung des auf drei Spuren ausgebauten Baregg隧nels und dem damit zu erwartenden Verkehrskollaps am Gubristtunnel, dessen Ausbau noch viele Jahre auf sich warten lässt, werden die Dörfer des Furttals zukünftig mit noch grösseren Verkehrsproblemen zu kämpfen haben. Die Entlastung durch die Furttal-Hochleistungsstrasse hätte aber durch massive Eingriffe in die Natur und die praktische Zerstörung der Erholungslandschaft längs des Furtbaches teuer bezahlt werden müssen.

Georg Eppler, Watt

«Boldern» liegt heute nicht am Katzensee

Projekt einer Reformierten Heimstätte

1944 wurde der Verein «Reformierte Heimstätte für den Kanton Zürich» gegründet. Die Statuten vom 31.8.1944 beschreiben im Abschnitt II § 2 die Absichten: «Der Verein bezweckt die Schaffung und Führung einer Zürcherisch-landeskirchlichen Heimstätte, wo in Lagern, durch Bibelkurse, Freizeiten und ähnlichen Veranstaltungen der innere Aufbau der Gemeinde Jesu Christi gefördert werden kann. In erster Linie soll die Heimstätte der reformierten Jugend dienen.»

Die Heimstätte sollte in der Nähe eines Sees gebaut werden. Der Pfäffiker- oder Greifensee kamen aber wegen des militärischen Schiessbetriebes nicht in Frage. Es wurde ausdrücklich eine ruhige, besinnliche Landschaft gesucht.

In einer Sammelaktion wurde für eine Heimstätte für die Jugend geworben. Ein bebildeter Prospekt zeigt ein schönes Gelände in der Bächau am Zürichsee. Zitat: «Gebt ihr eine stille Bucht, wo sie in Gemeinschaft und neues Erkennen hineinwächst! Erwerbt ihr die Bächau.» Es kamen Fr. 170'000 zusammen.

Für den Landerwerb in der Bächau wären Fr. 400'000 und für die Gebäude Fr. 200'000 nötig geworden. Diese Summen bereiteten der Finanzdirektion des Kantons grosse Sorgen, denn schon damals fehlte es an Geld. Man schlug deshalb als geeignetes Gebiet den Katzensee vor, weil das Land bereits dem Kanton gehörte und für die Gebäude durch die Sammelaktion schon eine schöne Summe beieinander war.

Standort Katzensee

Franz Josef Weck, Naturfreund und von 1912–1929 Gutsbesitzer, verkaufte die Katzensee-Liegenschaft 1929 dem Kanton in der Meinung, dass die Umgebung nicht verändert werden dürfe. Ihm ist zu verdanken, dass das Gelände 1915 unter Naturschutz gestellt wurde. Trotzdem prüfte man die Frage einer Heimstätte am Katzensee.

Am 27.6.1945 reiste der Justizdirektor mit der Aufsichtskommission an den Katzensee, wo das Augenmerk auf den unteren See fiel. Hier, gegenüber dem Badeplatz in der Nähe des Birkenwäldchens, sollte die Heimstätte gebaut werden. Ruhig war es damals, denn auf der Wehntalerstrasse fuhren mehr Pferdefuhrwerke als Autos, und die Stadt war fern. Beide Seelein lächelten und

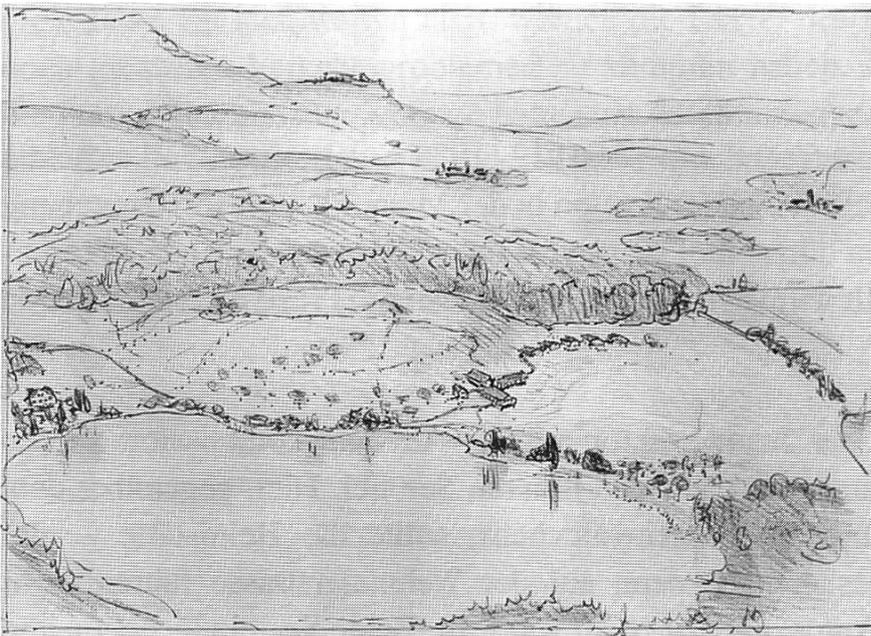
zeigten ihr freundliches Angesicht. Hier war noch die stille Schönheit der Natur spürbar. Ich war damals nicht dabei und weiss deshalb nicht wo die obrigkeitlichen Herren standen. Vielleicht bei der Villa, beim Waschhäuschen oder beim damals eben erst angelegten Obstgarten im Stapferbühl. Man war sich einstimmig einig: Hier muss die Heimstätte gebaut werden! Im Protokoll wurde unter anderem festgehalten: «Der See und die Gegend vermitteln einen sehr schönen Eindruck der ländlichen Stille und Abgeschiedenheit. Der Badebetrieb muss aber durch Einzäunung in geregelte Bahnen gelenkt oder an den oberen See verlegt werden.»

Das Heimstätten-Konzept

Wie aus der Skizze ersichtlich ist, wollte man mehrere Wohnhäuser und einen zentralen Küchen- und Speisesaaltrakt bauen. Konkretere Unterlagen habe ich leider nicht gefunden.

Es sollten nicht nur Jugendliche, sondern auch Arbeiter beherbergt werden. Das Hauptgewicht lag aber auf der Kursarbeit mit etwa 6'000 Konfirmanden und Erwachsenen (z.B. Sonntagschullehrer, Kirchenpfleger). Der Tagesablauf sollte «Frühturnen, Arbeit, nach dem Mittagessen freie Bewegung durch Sport und gemeinsames Abendprogramm» umfassen.

In den Frühjahr- und Herbstmonaten wurde mit täglich 60–70 und in den Sommermonaten sogar mit 200 Personen gerechnet. Zudem würden an drei oder vier Tagen pro Jahr Landsgemeinden mit etwa 1'000 Personen organisiert.



**Ideenskizze 1945
Ref. Heimstätte
Katzensee**

Die Strafanstalt als Nutzerin des vorgesehenen Standortes

Die Standortwahl des Kantons und das Heimstätten-Konzept löste bei der Leitung der Strafanstalt Regensdorf keine Begeisterung aus. Sie hatte seit dem Kauf des Gutsbetriebes Katzensee durch den Kanton die Landwirtschaft intensiviert mit dem Ziel, die Verpflegung mit eigenen Produkten weitgehend sicherzustellen. Dazu brauchte sie Land. Mit der eben noch jungen Obstbaumanlage am Katzensee plante sie, die Gefangenen zukünftig mit genügend Obst versehen zu können. Es wurde auch erkannt, dass landwirtschaftliche Arbeiten im modernen Strafvollzug Zukunft hatten, weil immer mehr Gefangene nach der Entlassung im bäuerlichen Umfeld Arbeit fanden. Zu diesem Zweck wurde zusammen mit dem Strickhof eine landwirtschaftliche Ausbildung eingeführt. Darüber wurde sogar ein Film gedreht. Alle diese Anstrengungen würden durch die Heimstätte in Frage gestellt, weil das Projekt der Landwirtschaft der Strafanstalt ihre wesentliche Grundlage entziehe: Das Land könne nicht mehr wirtschaftlich genutzt, der Viehbestand müsse reduziert werden, und damit gäbe es weniger Milch (es war damals Weideland für 100 Stück Grossvieh nötig, und der Selbstversorgung wurde grosse Aufmerksamkeit geschenkt – der 2. Weltkrieg war ja erst zu Ende gegangen).

Seit 1929 bestand eine Badeordnung, die festlegte, dass nur bis zur Seemitte geschwommen werden durfte, und die Benützung von Booten und Flösse war strikte verboten. Trotzdem kam es immer wieder zu Uebertretungen, und die Aufseher mussten mit der Peitsche die unliebsamen Gäste vertreiben. Schon der frühere Besitzer Franz Josef Weck ärgerte sich deswegen immer wieder. Damit hatte auch der Sicherheitsdienst der Strafanstalt Argumente, die gegen die Heimstätte sprachen. Man befürchtete zudem Kontakte zwischen den vorwiegend jugendlichen Benützern der Heimstätte und den Gefangenen. Die Gefangenen müssten einen Fleck Erde für sich haben. Sie hätten die wohlthuende Stille der Landschaft am Nordufer des Sees nötig um sich zu sammeln und wieder zurecht zu kommen.

Haltung der Regierung

All die vielen Argumente der Anstaltsleitung hörte der Regierungsrat nicht gerne. Für ihn war die Gründung der Heimstätte ein notwendiges Glied im Kampf gegen den überhand nehmenden Egoismus. Die Landeskirche müsse deshalb unterstützt werden. Am Katzensee wären die Kosten geringer als auf der Bächau, der Kanton könne Land abtreten oder im Baurecht geben, zudem sei auch Realersatz denkbar (aber wohl kaum realisierbar, da die Anstösser kein Land verkauft hätten). Der Regierungsrat war überzeugt, dass die Heimstätte

und der Gutsbetrieb getrennt zu führen wären und beide nebeneinander existieren könnten. Der Zugang zur Heimstätte wäre nicht durch den Gutsbetrieb erfolgt. Abschliessendes Zitat: «Die Sträflinge können kein Privileg für die Schönheiten des Katzensees beanspruchen. Auch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Anstalt dürften kaum derart hoch veranschlagt werden.»

Standort-Entscheid

Ueber den weiteren Verlauf der emotionalen Verhandlungen kann ich nichts berichten, fehlen doch im Archiv der Strafanstalt weitere Dokumente. Tatsache ist aber, dass die Suche des Kantons nach einem geeigneten Grundstück aufgrund des Widerstandes der Strafanstalt fortgesetzt wurde, und 1948 auf Boldern in Männedorf, hoch über dem Zürichsee, die Reformierte Heimstätte der Zürcher Landeskirche eröffnet werden konnte.

Der einst stolze Landwirtschaftsbetrieb der Strafanstalt am Katzensee wurde aus wirtschaftlichen und konzeptionellen Gründen 1971 aufgehoben. Erhalten geblieben ist glücklicherweise das weitgehend unberührte, landschaftliche Kleinod des Katzensees.

Max Brütsch, Dielsdorf

Quellenangabe

– Staatsarchiv Zürich; Akten Strafanstalt – Verschiedenes, 1871–1973

Kurzhinweise auf weitere Ideen und Projekte

Zürcher Rangierbahnhof im Furttal

(Information von Rainer Siegenthaler, Bülach)

1954 wurden im Richtplan des Kantons Zürich 8 – 10 Güterumschlagszentren ausgeschieden. Gedacht hatte man an Anlagen wie eine heute in Zürich-Mülligen steht, jedoch ohne Post. Dabei war ein Standort in Otelfingen vorgesehen, oberhalb der Jelmoli SA. Er ist zwar heute noch im kantonalen Richtplan, gebaut wurde jedoch nie etwas. Und heute befindet sich dort ein Teil des Golfplatzes. Auch in Seebach war eine ähnliche Anlage vorgesehen, dieses Areal wurde aber inzwischen überbaut.

Es stand auch ein Container-Umschlagplatz im Furttal zur Diskussion. Geeignete Areale fanden sich in Seebach, Regensdorf-Buchs und als der am besten geeignete Standort eines östlich von Otelfingen. 2001 entschied man sich jedoch endgültig für den Rangierbahnhof Limmattal.

Regionale Schiessanlage Furttal

(Information von Fritz Huber sen., Regensdorf)

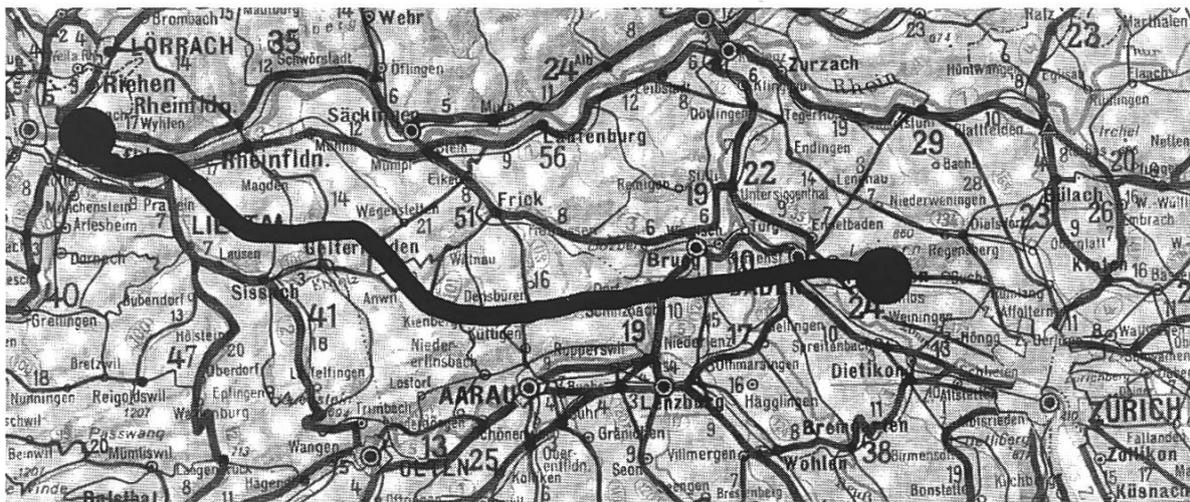
Ende der Sechzigerjahre des 20. Jahrhunderts mussten verschiedene Schiessanlagen im Furttal aus akustischen und baulichen Gründen saniert werden. Dabei wurde zwischen den Gemeindebehörden diskutiert, ob man nicht eine gemeinsame, regionale Schiessanlage bauen wolle, um die Belastungen durch den Schiesslärm auf einen Ort zu konzentrieren. Obwohl alle die Idee gut fanden, wollte niemand einen Standort in der eigenen Gemeinde benennen. So machte jemand den Vorschlag, die Anlage auf dem Dach der Jelmoli SA in Otelfingen zu errichten. Die Gebäudelänge wäre mit fast 400 Meter geradezu ideal und mit den nötigen Schallschutzmassnahmen und dem Einsatz von elektronischer Trefferanzeige liesse sich eine zweckmässige, regionale Schiessanlage verwirklichen, die erst noch weit entfernt von den Wohngebieten liege.

Die Idee kam nie über das Anfangsstadium hinaus. Es ist anzunehmen, dass sich die Bauherrin kaum damit anfreunden konnte, und es sind auch keine Gemeindeakten darüber auffindbar. So wird weiterhin in den Gemeinden geschossen, wobei die meisten Anlagen inzwischen saniert und zum Teil neu gebaut werden mussten.

Oel-Pipeline von Basel nach Otelfingen

(Information aus Zeitschrift «Strom und See» Nr. 59 / 7–8 / 1964)

Im Juli 1964 reichte die Rheinische Pipeline-Transport AG beim Eidg. Amt für Energiewirtschaft ein Konzessionsbegehren für den Bau einer Pipeline für Erdölprodukte von den Basler Rheinhäfen nach dem kurz vorher gebauten Oel-tanklager in Otelfingen ein. Die Strecke hätte bei einer Länge von 76 km die Saalhöhe überwunden und bei Schinznach die Aare überquert. Anschlüsse nach Solothurn und im Raum Mellingen sollten der Versorgung weiterer Landesgebiete dienen. Als Begründung hiess es unter anderem, dass Benzin und Oele dadurch wirtschaftlicher und umweltfreundlicher transportiert werden könnten als bisher. Zudem wollte man damit den damals noch als nötig erachteten Bau von Raffinerien im Grossraum Zürich vermeiden. Da es sich um eine Aufgabe im öffentlichen Interesse handle, wurden die Anstösser-Kantone Basel-Stadt, Basel-Land, Solothurn, Aargau und Zürich sowie die Stadt Zürich eingeladen, sich an diesem gemischtwirtschaftlichen Unternehmen zu beteiligen.



Streckenführung Oel-Pipeline Basel-Otelfingen

Das fehlende Interesse der öffentlichen Hand, aber auch die absehbar hohen Kosten scheinen die Realisierung bereits im frühen Planungsstadium gestoppt zu haben. Jedenfalls hörte man nichts mehr von diesem Projekt. Und die Tanklager in Otelfingen sind inzwischen auch schon wieder abgebrochen!

Hans Günter, Otelfingen

Mitteilungshefte der HVF Heimatkundliche Vereinigung Furttal

Bisher sind erschienen:

- Nr. 1, 1963 Die Kirche von Buchs, Kanton Zürich (K. Grendelmeier)
- Nr. 2, 1964 Meteorologische Betrachtungen zur Zürichseegefrörne 1963 (A. Güller)
- Nr. 3, 1965 I. Aus der Kirchengeschichte von Regensdorf (E. Denzler)
II. Ein frühgeschichtliches Grab in Otelfingen (A. Güller)
III. Die Bettlerstube in Buchs (K. Grendelmeier)
- Nr. 4, 1966 Aus der Jagdgeschichte des Furttals (A. Lutz)
- Nr. 5, 1967 I. Über das «Hochzeitsschiessen» in den Dörfern des Furttals (A. Güller)
II. Der Arzt Johannes Wyss in Otelfingen (P. Wyss)
- Nr. 6, 1968 Das «Eisloch» an der Lägern (A. Güller) **Neuaufgabe 2002**
- Nr. 7, 1969 Vom Weinbau in Buchs (K. Grendelmeier)
- Nr. 8, 1970 Barbara Schmid von Buchs (R. Stiefel)
- Nr. 9, 1972 Auf den Spuren der Römer im Gebiet des Furttales (A. Güller) → **vergriffen**
- Nr. 10, 1974 Erinnerungen eines Amerikaschweizers im 19. Jahrhundert (O. Studer)
- Nr. 11, 1975 Bemerkenswerte Funde aus der Vergangenheit von Dänikon ZH (A. Güller)
- Nr. 12, 1976 Die römische Kryptoportikus von Buchs ZH und ihre Wandmalerei (W. Drack)
- Nr. 13, 1979 Aus der Geschichte von Dällikon (H. Hediger)
- Nr. 14, 1982 Die Industrialisierung des Furttales (Ch. und T. Kaiser) → **vergriffen**
- Nr. 15, 1984 Das bronzezeitliche Gräberfeld in Otelfingen (A. Güller) → **vergriffen**
- Nr. 16, 1986 Lehm vom Altberg für Furttaler Ofenkacheln (E. Wagner) → **vergriffen**
- Nr. 17, 1987 Die Schmetterlinge der Boppelser Weid (J. Kohler)
- Nr. 18, 1988 Namen in Dällikon (P. Fries und D. Gerber) → **vergriffen**
- Nr. 19, 1989 Der Wald im Furttal (F. Thommen)
- Nr. 20, 1990 Mückenhandwurz und Waldhyazinthe (L. Müller) → **vergriffen**
- Nr. 21, 1992 Die Bergwerke im Kanton Zürich (U. Maurer) → **vergriffen**
- Nr. 22, 1993 Das Gemeindemuseum in Regensdorf (L. Wüthrich)
- Nr. 23, 1994 Das Furttal im Spiegel seiner acht Gemeinden (Jubiläumsheft 40 Jahre HVF, 8 Autoren) → **vergriffen**
- Nr. 24, 1995 Die Lägern – Eine Landschaft von nationaler Bedeutung (F. Thommen)
- Nr. 25, 1996 Das Dorf Watt und seine Zivilgemeinde (E. Zollinger)
- Nr. 26, 1997 Archäologische Neuigkeiten aus Otelfingen (M. Graf, D. Fort, B. Hediger)
- Nr. 27, 1998 Was unser Furttal bewegt (F. Bollinger)
- Nr. 28, 1999 Meliorationen im Furttal (F. Thommen)
- Nr. 29, 2000 Familiendokumente erzählen (P. Fries)
- Nr. 30, 2001 Die Kirchen im Furttal (10 AutorInnen)
- Nr. 31, 2002 Der Otelfinger Schreiner Jacob Schlatter (H. Günter)
- Nr. 32, 2003 Der Furtbach – Von der Naturgefahr zum Dienstleistungsgewässer (F. Thommen)
- Nr. 33, 2004 Utopien, Visionen und Ideen (Jubiläumsheft 50 Jahre HVF, 12 AutorInnen)

Bezugsquelle

Ida Wagner, Bordacherstrasse 12, 8108 Dällikon

Unterstützung

Dieses Heft konnte farbig erscheinen dank der grosszügigen Unterstützung durch die Politischen Gemeinden

- Boppelsen
- Buchs
- Dällikon
- Dänikon
- Otelfingen
- Regensdorf
- Würenlos

